



KfW

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011

Jahresabschluss und Lagebericht 2011

Bank aus Verantwortung

KFW IM ÜBERBLICK

	2009 Mio. EUR	2010 Mio. EUR	2011 Mio. EUR
Jahresabschluss			
Geschäftsvolumen	482.470	524.629	555.564
Bilanzsumme	407.237	445.514	493.008
Begebene Schuldverschreibungen	324.323	360.145	399.160
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.247	3.247	3.247
Eigene Mittel	12.236	14.888	16.614
Zinsüberschuss	2.141	2.389	1.941
Zinsverbilligungsleistung	571	558	557
Provisionsüberschuss	199	205	153
Verwaltungsaufwand	552	555	581
Jahresüberschuss	1.664	2.013	547
Cost-Income-Ratio vor Zinsverbilligungsleistung	19,0	17,6	21,9
Kernkapitalquote	11,6	14,7	18,3
Gesamtkennziffer ¹⁾	14,6	17,7	21,6
Zahl der Beschäftigten	3.321	3.543	3.890

¹⁾ Die aufsichtsrechtliche Gesamtkennziffer und Kernkapitalquote werden für interne Zwecke berechnet.

Die Zahlen in den Tabellen wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung erfolgt gerundet. Hierdurch können sich in der Summenbildung Rundungsdifferenzen ergeben.

Lagebericht

WIRTSCHAFTSBERICHT

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft konnte 2011 ihre Erholung fortsetzen. Das globale Bruttoinlandsprodukt legte preisbereinigt um rund 4 % zu. Obwohl der Aufschwung gegenüber 2010 an Kraft verlor, lag das Wachstum über dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Dabei kamen von der Wirtschaftspolitik überwiegend bremsende Impulse. In den Entwicklungs- und Transformationsländern waren Fiskal- und Geldpolitik restriktiv ausgerichtet, um Überhitzungstendenzen entgegenzuwirken, die sich insbesondere in steigenden Inflationsraten zeigten. Konsolidierungserfordernisse zwangen auch die Staatshaushalte der Industrieländer auf Sparkurs.

Während der Jahresbeginn noch von starker Aufwärtsdynamik geprägt war, kühlte sich die globale Konjunktur im Jahresverlauf spürbar ab. Hierzu trug eine Vielzahl von Faktoren bei. So hat zunächst das starke Erdbeben in Japan im März seine Spuren hinterlassen. Weitere Dämpfer erhielt die Weltwirtschaft im Sommer durch die Zuspitzung der Schuldenkrise im Euroraum.

Das weltwirtschaftliche Wachstum wurde noch stärker als im Vorjahr von den asiatischen Schwellenländern getragen. Die Wirtschaftsleistung expandierte dort mit gegenüber dem Vorjahr kaum vermindertem Tempo. Die Stärke Chinas bleibt eine feste Größe, hier wuchs das Bruttoinlandsprodukt mit über 9 % gewohnt kräftig. Hingegen war die unterdurchschnittliche Wachstumsperformance in den Industrieländern enttäuschend. In den USA gewann die Konjunktur am Jahresende zwar wieder etwas an Fahrt, insgesamt fiel die Dynamik mit einer preisbereinigten Wachstumsrate von 1,7 % im Gesamtjahr 2011 jedoch wieder hinter das Vorkrisenniveau zurück. Im Euroraum zeigte Deutschland weiter Stärke, straffe Konsolidierungsprogramme und die enorme Unsicherheit über den Fortgang der Krise belasteten jedoch erkennbar die Konjunktur in den Staaten mit hohen Staatsschulden und geringer Wettbewerbsfähigkeit. Insgesamt verzeichnete die Eurozone eine Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,4 %.

Auch im Jahr 2011 stand das Finanzmarktgeschehen im Zeichen der europäischen Staatsschuldenkrise. Mit Portugal musste im April 2011 ein weiteres Euro-Mitgliedsland nach Griechenland und Irland die Hilfen des Euro-Rettungsschirms in Anspruch nehmen. Zudem machten die anhaltenden Finanzprobleme Griechenlands ein weiteres Rettungspaket notwendig und schürten zugleich die Besorgnis der Marktteilnehmer in Bezug auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung in anderen Euro-Ländern. Vor diesem Hintergrund kam es ab dem Sommer zu einem deutlichen Anstieg der Risikoaufschläge auf spanische und italienische Staatsanleihen. Als Folge davon gerieten die stark in Staatsanleihen engagierten europäischen Banken zunehmend unter Druck, sodass die Europäische Zentralbank in ihrer Rolle als Krisenbekämpferin wieder verstärkt gefragt war. Die bis zum Sommer beschlossenen Leitzinserhöhungen wurden bis zum Jahresende wieder zurückgenommen. Zudem wurden die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen nochmals deutlich ausgeweitet, um dem wieder steigenden Misstrauen der Banken untereinander und den daraus resultierenden zunehmenden Refinanzierungsnotwendigkeiten der Finanzinstitute vor allem aus den Euro-Peripherieländern zu begegnen. Auch die US-Geldpolitik hielt an ihrer sehr expansiven Ausrichtung fest. Als Folge davon bewegten sich die Geldmarktsätze in beiden Währungsräumen im Jahr 2011 weiter auf außerordentlich niedrigem Niveau. Die durchschnittliche Steilheit der Zinsstrukturkurven hat sich im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr zurückgebildet. Ursächlich dafür war nicht zuletzt der deutliche Rückgang der langfristigen Renditen im Jahresverlauf, da sowohl US-Anleihen als auch deutsche Bundesanleihen im Zuge der Verschärfung der Eurokrise verstärkt von Investoren nachgefragt wurden.

Der EUR/USD-Wechselkurs unterlag im Jahresverlauf 2011 ausgeprägten Schwankungen. Dank einer positiven Konjunkturlage in der Eurozone im 1. Quartal 2011 und der Aussicht auf Leitzinsanhebungen der Notenbank konnte der Euro zunächst deutlich an Wert gewinnen und Anfang Mai mit einem Wert von 1,49 gegenüber dem US-Dollar seinen Jahreshöchststand erreichen. Angesichts der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise verlor die europäische Währung in der 2. Jahreshälfte aber deutlich an Boden. Am Jahresende 2011 lag der EUR/USD-Wechselkurs bei 1,29 und unterschritt damit deutlich sein Jahresdurchschnittsniveau von 1,39.

Die deutsche Realwirtschaft zeigte sich 2011 trotz der anhaltenden Staatsschuldenkrise vor allem in der 1. Jahreshälfte stark. Im Gesamtjahr 2011 wuchs sie um 3,0 % und damit das zweite Jahr in Folge sehr kräftig - nämlich gut doppelt so schnell wie im langfristigen Durchschnitt seit der Wiedervereinigung. Der historische Einbruch im Jahr 2009, als das Bruttoinlandsprodukt krisenbedingt um etwas mehr als 5 % schrumpfte, wurde inzwischen mehr als aufgeholt. Das Niveau der Wirtschaftsleistung war 2011 absolut und auch pro Kopf der Bevölkerung wieder höher als vor der Krise im Jahr 2008. Damit ist der deutsche Aufschwung nach 2009 nicht nur im europäischen Vergleich sehr beeindruckend, sondern auch gemessen an anderen großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie den USA und Japan, deren Wirtschaftsleistung zumindest in der Pro-Kopf-Betrachtung noch nicht wieder an das Vorkrisenniveau anknüpfen konnte. Möglich wurde er, weil Deutschland ohne größere Verwerfungen wie etwa Vermögenspreisblasen oder überschuldete Privathaushalte in die Krise gegangen ist und seine Exporteure im Wesentlichen nur einen sehr kräftigen, aber vergleichsweise kurzen globalen Nachfrageausfall zu verkraften hatten. Zugleich hat sich eine neue binnenwirtschaftliche Dynamik entwickelt, sodass die deutsche Wirtschaft etwas unabhängiger von den Wechselkursen der globalen Konjunktur geworden ist: 2011 trug die Binnennachfrage fast drei Viertel zum Gesamtwachstum bei. Besonders der private Konsum erholte sich deutlich und wuchs 2011 um 1,5 %; höher war dessen Anstieg zuletzt vor elf Jahren gewesen. Er profitierte dabei von einem spürbaren Zuwachs der verfügbaren Einkommen und der sehr günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt, der 2011 gleich mit zwei Superlativen glänzen konnte: Die Zahl der Erwerbstätigen überschritt erstmals die 41-Millionen-Marke und markierte damit einen neuen deutschen Allzeiterkord. Gleichzeitig sank die Arbeitslosenquote auf ein gesamtdeutsches Tief. Die guten Absatzperspektiven im Inland wie auch die erneut anziehenden Exporte strahlten wie schon 2010 positiv auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen aus. 2011 wuchsen die Unternehmensinvestitionen um 7,2 %, nachdem sie im Jahr davor schon in ähnlicher Größenordnung zulegen konnten. Die öffentlichen Finanzen entwickelten sich wegen des kräftigen Aufschwungs ausgesprochen positiv: Das deutsche Staatsdefizit sank im Vorjahresvergleich um 3,3 Prozentpunkte auf 1,0 % des Bruttoinlandsprodukts. Deutschland ist damit eines der ganz wenigen Länder, die ihr Defizit bereits 2011 wieder unter den Maastrichter Referenzwert drücken konnten.

Entwicklung der KfW

Die KfW profitierte im Geschäftsjahr 2011 weiterhin von sehr günstigen Rahmenbedingungen. Insbesondere die guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW bei weiterhin niedrigem Zinsniveau und einer steilen, jedoch gegenüber dem Vorjahr flacher werdenden Zinsstrukturkurve haben in Verbindung mit einer robusten konjunkturellen Lage in Deutschland die Ertragslage begünstigt. Demzufolge haben sich sowohl das Zinsergebnis als wesentliche Ertragsquelle als auch die Kreditrisikovorsorge weiterhin deutlich oberhalb der langfristigen Erwartungen, jedoch unterhalb des Ausnahmejahres 2010 entwickelt. Die Geschäftsaktivitäten schließen daher - nach substanzieller Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken von 1,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,6 Mrd. EUR) - mit einem Jahresüberschuss von 0,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 2,0 Mrd. EUR) auf einem weiterhin hohen Niveau ab. In Anbetracht der strengeren regulatorischen Kapitalanforderungen und vor dem Hintergrund der Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung stellt die mit diesem Ergebnis verbesserte Kapitalbasis die Förderfähigkeit nachhaltig sicher. Die KfW geht davon aus, dass sich die Normalisierung der Ertragslage 2012 fortsetzen wird.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2011 wurde im Wesentlichen von folgenden Entwicklungen geprägt:

A) Starke Nachfrage nach KfW-Produkten bei gleichzeitiger Fokussierung einer im Produktportfolio angelegten langfristigen Strategie des qualitativen Wachstums. Im Jahr 2011 standen dabei neben der Mittelstandsförderung insbesondere der weiter wachsende Bereich der Klima- und Umweltschutzfinanzierung sowie die Sicherstellung von langfristigen Kreditangeboten im Vordergrund.

B) Operatives Ergebnis schließt aufgrund weiterhin sehr günstiger Refinanzierungsbedingungen der KfW auf hohem Niveau ab.

C) Die Risikolage der KfW hat sich insbesondere aufgrund der robusten deutschen Konjunktur insgesamt weiter verbessert. Die Kreditrisikovorsorge konnte daher weiter zurückgeführt werden.

D) Das Wertpapierportfolio wurde insbesondere durch die Entwicklungen in den von der europäischen Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern, darunter vor allem Griechenland, belastet.

A) Starke Nachfrage nach KfW-Produkten

Die KfW hat im Jahr 2011 ein Volumen an Neuzusagen von 62,9 Mrd. EUR (Vorjahr: 74,7 Mrd. EUR) erzielt. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist dabei auf die Beendigung der im Zusammenhang mit den Konjunkturprogrammen im Jahr 2010 stark ausgeweiteten Fördermaßnahmen zurückzuführen und unterstreicht damit die subsidiäre Rolle der KfW. Insgesamt bewegt sich die KfW damit wieder auf einem moderaten und langfristig qualitativen Wachstumskurs. Dies spiegelt sich auch in der Erhöhung der Bilanzsumme der KfW im Geschäftsjahr 2011 um 47,5 Mrd. EUR bzw. 11 % auf 493,0 Mrd. EUR wider.

Das Fördervolumen des Geschäftsbereiches KfW Mittelstandsbank beträgt 22,4 Mrd. EUR nach 28,5 Mrd. EUR im Vorjahr. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf das Ende des "KfW-Sonderprogramms" zum Jahresende 2010 zurückzuführen. Gleichzeitig liegt das Zusagevolumen über dem Planvolumen (18,8 Mrd. EUR), was vor allem das konjunkturelle Wachstum im Jahr 2011 und die damit verbundene Investitionstätigkeit der Unternehmen reflektiert. Im Geschäftsbereich KfW Privatkundenbank hat sich 2011 das Fördervolumen von 20,0 Mrd. EUR auf 16,7 Mrd. EUR verringert. Diese Entwicklung ist zum einen durch Vorzieheffekte aus dem Jahr 2010 bedingt. Zum anderen wirkte sich beispielsweise die geringere Mittelausstattung des Bundes zur Zinsverbilligung dämpfend auf die Nachfrage aus.

Der Geschäftsbereich KfW Kommunalbank erzielte ein Fördervolumen von 11,8 Mrd. EUR gegenüber 15,4 Mrd. EUR¹⁾ im Vorjahr. Ursächlich für diesen Rückgang sind im Wesentlichen das Auslaufen der "Investitionsoffensive Infrastruktur" sowie die planmäßige Reduzierung der nicht programmgebundenen Refinanzierung der Landesförderinstitute.

Starke Impulse erfolgten auch im internationalen Geschäft. Insbesondere das Fördervolumen in der Export- und Projektfinanzierung erhöhte sich um 2,4 Mrd. EUR und liegt zum Jahresende 2011 bei 6,4 Mrd. EUR. Das Volumen an Neuzusagen des Geschäftsbereiches KfW Entwicklungsbank liegt mit 4,5 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Neben den Mitteln aus dem Bundeshaushalt setzt die KfW Entwicklungsbank hier 2,6 Mrd. EUR eigene Mittel für Vorhaben in Entwicklungs- und Transformationsländern ein.

B) Operatives Ergebnis schließt auf gutem Niveau ab

Das Betriebsergebnis vor Bewertungen liegt ungeachtet des erwarteten Rückgangs mit 1.589 Mio. EUR auf einem sehr hohen Niveau, jedoch deutlich unter dem Betriebsergebnis des Ausnahmejahres 2010 (2.049 Mio. EUR).

Der Rückgang resultiert insbesondere aus dem um 448 Mio. EUR geringeren Zinsüberschuss von 1.941 Mio. EUR, der weiterhin die wichtigste Ertragsquelle der KfW darstellt. Die sehr guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW, die neben der erstklassigen Bonität aktuell auch aus den unverändert sehr niedrigen Zinssätzen im kurzen Laufzeitbereich - bei einer steilen, jedoch gegenüber dem Vorjahr flacher werdenden Zinsstrukturkurve - resultieren, sind maßgeblich für den weiterhin überdurchschnittlichen Ergebnisbeitrag. Die im Fördergeschäft erbrachten Zinsverbilligungsleistungen liegen mit 557 Mio. EUR auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Hinzu kommen ein rückläufiger Provisionsüberschuss sowie moderat gestiegene Verwaltungsaufwendungen, insbesondere aufgrund der Fortsetzung des eingeschlagenen Modernisierungskurses der KfW. Vor diesem Hintergrund hat sich die Cost-Income-Ratio²⁾ vor Zinsverbilligungsleistungen von 18 % auf 22 % erhöht.

C) Risikolage weiter verbessert

Die Risikolage hat sich nach der deutlichen Verbesserung im Vorjahr auch 2011 erneut positiv entwickelt, was insbesondere auf die robuste konjunkturelle Lage in Deutschland zurückzuführen ist. Insgesamt konnte die Risikovorsorge um 140 Mio. EUR (Vorjahr: 336 Mio. EUR) bei einer weiterhin vorsichtigen Risikopolitik erfolgswirksam zurückgeführt werden.

Die pauschale Vorsorge für Risiken im Kreditportfolio, die - in den Vorjahren - vor allem für die besonders stark von der Rezession betroffenen Branchen und Länder gebildet worden ist, konnte um 156 Mio. EUR (Vorjahr: 303 Mio. EUR) weiter reduziert werden. Der moderate Vorsorgebedarf für akute Kreditrisiken in Höhe von 106 Mio. EUR, der schwerpunktmäßig aus der Export- und Projektfinanzierung sowie der Mittelstandsförderung resultierte, wurde durch Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen in Höhe von 90 Mio. EUR weitestgehend wieder kompensiert.

Die KfW hat auch im Geschäftsjahr 2011 ihre konservative Risikovorsorgepolitik fortgeführt und zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis den Fonds für allgemeine Bankrisiken um 1.100 Mio. EUR substanzial auf 1.700 Mio. EUR aufgestockt.

D) Schwieriges Umfeld auf den Finanzmärkten

Die Finanzmärkte sind insbesondere infolge der europäischen Staatsschuldenkrise, die sich im Jahresverlauf noch verstärkte, von anhaltend hohen Unsicherheiten geprägt. Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr von 341 Mio. EUR auf 3 Mio. EUR verringert. Insbesondere die Wertminderung griechischer Staatsanleihen im Nominalvolumen von 229 Mio. EUR, die auf ihren Marktwert abgeschrieben wurden, belastet die Erfolgsrechnung mit 166 Mio. EUR.

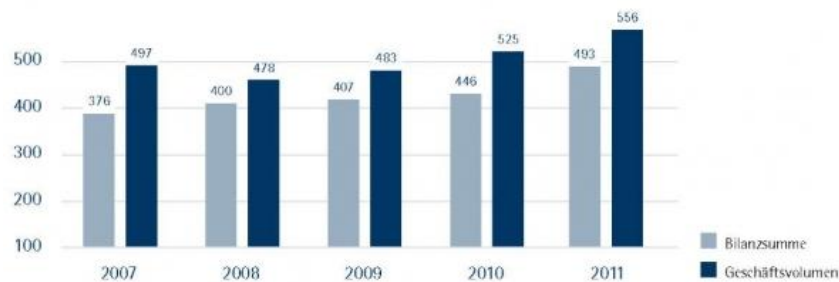
¹⁾ Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen aufgrund veränderter Produktverantwortung.

²⁾ Verwaltungsaufwand in Relation zum bereinigten Ertrag. Der bereinigte Ertrag berechnet sich aus der Größe Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Zinsverbilligungsleistungen.

Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

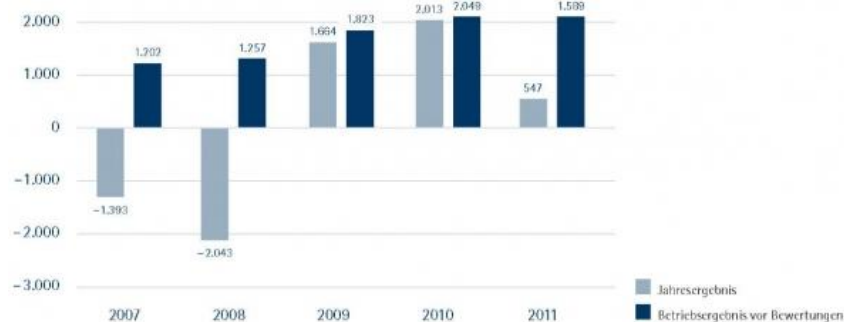
Das Geschäftsvolumen der KfW beträgt 555,6 Mrd. EUR gegenüber 524,6 Mrd. EUR im Vorjahr. Der Anstieg ist dabei im Wesentlichen auf eine höhere Liquiditätshaltung zum Jahresende sowie höhere Forderungen an Kunden infolge der Kreditabrufe der Republik Griechenland (9,2 Mrd. EUR) zurückzuführen. Die Unwiderruflichen Kreditzusagen verringern sich aufgrund der Kreditabrufe der Republik Griechenland. Weiterhin gehen die Eventualverbindlichkeiten aufgrund der schwierigen Marktverfassung für Verbriefungsprodukte und der entsprechenden Auswirkungen auf das Neugeschäft deutlich zurück.

Entwicklung Bilanzsumme und Geschäftsvolumen (Angaben in Mrd. EUR)



Das Betriebsergebnis vor Bewertungen liegt mit 1.589 Mio. EUR um 460 Mio. EUR unter dem herausragenden Vorjahreswert (2.049 Mio. EUR). Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wird um 1.100 Mio. EUR verstärkt. Der Jahresüberschuss von 547 Mio. EUR (Vorjahr: 2.013 Mio. EUR) wird vollständig den Gewinnrücklagen zugeführt.

Betriebsergebnis vor Bewertungen und Jahresergebnis (Angaben in Mio. EUR)



Kreditvolumen

Das Kreditvolumen (Kreditforderungen einschließlich Treuhand- und Avalkrediten sowie Unwiderruflicher Kreditzusagen) hat sich auf 425,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 419,6 Mrd. EUR) erhöht.

Das Kreditvolumen in der inländischen Förderung hat sich von 308,5 Mrd. EUR auf 314,4 Mrd. EUR erhöht. Die Steigerung ist insbesondere auf die Zunahme in den Förderschwerpunkten Umwelt und Wohnen zurückzuführen. Das Kreditvolumen in der inländischen Förderung entspricht nahezu unverändert 74 % des gesamten Kreditvolumens der KfW.

Die Kredite im Rahmen des internationalen Geschäfts erhöhten sich auf 100,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 92,3 Mrd. EUR) und entsprechen 24 % des gesamten Kreditvolumens. Hierin enthalten sind die Kredite an die Republik Griechenland von 22,3 Mrd. EUR.

Die Avalkredite, die im Wesentlichen durch das Verbriefungsgeschäft geprägt sind, gingen um 7,8 Mrd. EUR auf 11,0 Mrd. EUR zurück und stellen damit nur noch einen Anteil von 3 % am Kreditvolumen.

Das Treuhandvermögen beträgt 16,2 Mrd. EUR und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Refinanzierung

Die KfW hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr primär durch die Emission von Schuldverschreibungen am Kapitalmarkt refinanziert. 2011 wurden Mittel in Höhe von 79,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 76,4 Mrd. EUR) aufgenommen.

Der Bestand der begebenen Schuldverschreibungen ist gegenüber dem Vorjahr um 39,0 Mrd. EUR gestiegen und beträgt zum 31.12.2011 399,2 Mrd. EUR.

Der Anteil der begebenen Schuldverschreibungen an den Fremdmitteln beträgt 88 % und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahres. Die begebenen Schuldverschreibungen stellen somit weiterhin die wichtigste Refinanzierungsquelle dar.

Der Anteil der bei Kreditinstituten und Kunden (ohne Bundesmittel) aufgenommenen Mittel ist von 8 % auf 9 % leicht gestiegen. Darin enthalten sind auch hereingenommene Barsicherheiten zur Absicherung des Kontrahentenrisikos aus dem Derivategeschäft in Höhe von 20,0 Mrd. EUR. Die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel betragen nahezu unverändert 2 % der Fremdmittel.

Darüber hinaus bestehen nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 3,2 Mrd. EUR.

Fremde Mittel

	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Bundesrepublik Deutschland				
ERP-Sondervermögen	399	259	140	54
Bundshaushaltsmittel	10.050	11.303	- 1.253	- 11
	10.449	11.562	-1.113	-10
Sonstige Gläubiger	11.286	11.164	122	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.735	22.726	- 991	- 4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.082	19.515	7.567	39
Anleihen	139.923	128.340	11.583	9

	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Inhaberschuldverschreibungen (einschließlich Commercial Papers)	253.957	226.667	27.290	12
Anteilige und fällige Zinsen	5.280	5.138	142	3
Begebene Schuldverschreibungen	399.160	360.145	39.015	11
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.247	3.247	0	0
Insgesamt	451.224	405.633	45.591	11

Eigene Mittel

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wird in Höhe von 1,1 Mrd. EUR dotiert und beträgt zum 31.12.2011 1,7 Mrd. EUR. Der nach der Dotierung verbleibende Jahresüberschuss von 547 Mio. EUR wird vollständig den Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Eigenen Mittel betragen danach zum 31.12.2011 16,6 Mrd. EUR und liegen somit 12 % über dem Niveau des Vorjahres.

Eigene Mittel

	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital der KfW	3.750	3.750	0
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	- 450	- 450	0
Kapitalrücklage	5.947	5.947	0
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.650	4.650	0
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.056	977	79
Erwirtschaftete Gewinne			
a) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.875	1.838	37
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	2.689	2.178	510
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG ¹⁾	48	48	0
Bilanzgewinn/-verlust	0	0	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB	1.700	600	1.100
Insgesamt	16.614	14.888	1.727

¹⁾ Zu korrigieren um das aktivisch ausgewiesene Sonderverlustkonto gemäß § 17 Absatz 4 D-Mark-Bilanz-Gesetz (27 Mio. EUR)

Die aufsichtsrechtliche Gesamtkennziffer beträgt 21,6 % (Vorjahr: 17,7 %).

Entwicklung sonstiger wesentlicher Bilanzposten

Der Gesamtbestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhte sich geringfügig um 2,8 Mrd. EUR auf 40,8 Mrd. EUR. Der Bestand an fremden Emissionen, der 65 % des Gesamtbestandes der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere umfasst, ist 2011 um 7 % auf insgesamt 26,7 Mrd. EUR gesunken.

Die Wertpapiere, die zur Liquiditätssicherung der KfW vorgehalten werden, werden in Euro sowie in geringem Umfang auch in US-Dollar geführt. 77 % der fremden Wertpapiere können im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften mit der Europäischen Zentralbank (EZB) als Sicherheiten verwendet werden. Neben den Treasury-Wertpapierportfolios hält die KfW im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in der Kreditverbriefung und der Mittelstandsförderung Asset Backed Securities (ABS) mit einem Buchwert von 3,6 Mrd. EUR in ihrem Bestand. Etwaigen Risiken wird durch die Bildung einer angemessenen Risikovorsorge ausreichend Rechnung getragen.

Zur Kurspflege wurden zum Jahresende nominal 14,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 9,9 Mrd. EUR) eigene Schuldverschreibungen im Bestand gehalten. Dies entspricht 4 % der begebenen Schuldverschreibungen.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren der KfW beträgt zum 31.12.2011 12,4 Mrd. EUR gegenüber 14,2 Mrd. EUR im Vorjahr. Ursächlich für den Rückgang war im Wesentlichen die planmäßige Rückgabe von Anteilen an Spezialfonds im Rahmen der Umsetzung der bereits in den Vorjahren eingeschlagenen Wertpapierstrategie.

Der Wert der Anteile an verbundenen Unternehmen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 2,5 Mrd. EUR auf 2,6 Mrd. EUR geringfügig erhöht.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere den Devisenausgleichsposten aus der Abbildung der Fremdwährungsderivate in Höhe von 14,9 Mrd. EUR, die im Rahmen der Steuerung der Fremdwährungsposition eingesetzt werden. Daneben wird die Forderung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in Höhe von 0,6 Mrd. EUR ausgewiesen, die durch den Übergang der Rechte und Pflichten der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SinA) zum 01.01.2008 auf die KfW übertragen wurde. Die Verpflichtungen der SinA werden jedoch unverändert wirtschaftlich von der BvS getragen. Dieser Forderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

Den wesentlichen Teil der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilden zeitanteilig abgegrenzte Zinsaufwendungen im Wesentlichen für derivative Finanzinstrumente und übernommene Leasingverpflichtungen im Rahmen von Projektfinanzierungen. Weiterhin werden Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag aus der Aufnahme von Fremdmitteln (Disagien und Bonifikationen) abgegrenzt. In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden insbesondere die laufzeitanteilig zu verrechnenden Disagien aus dem Kreditgeschäft abgebildet.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mrd. EUR auf 2,1 Mrd. EUR verringert. Der Gesamtbetrag umfasst die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (0,8 Mrd. EUR) sowie andere Rückstellungen (1,3 Mrd. EUR). Die anderen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen die versicherungstechnischen Rückstellungen der SinA, die Rückstellung zur Absicherung der aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens resultierenden künftigen Zinsbelastungen sowie Vorsorgen für Kreditrisiken.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis der KfW vor Risikovorsorge und Bewertungen beträgt 1.589 Mio. EUR und liegt - ungeachtet des erwarteten Rückgangs gegenüber dem Ausnahmejahr 2010 (2.049 Mio. EUR) - weiterhin auf einem hohen Niveau.

Der Zinsüberschuss - als wichtigste Ertragsquelle der KfW - liegt mit 1.941 Mio. EUR um 448 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Der trotz des Rückgangs weiter hohe Zinsüberschuss profitiert unverändert von den für die KfW günstigen Refinanzierungsbedingungen. In dem Zinsergebnis sind Zinsverbilligungsleistungen von 557 Mio. EUR (Vorjahr: 558 Mio. EUR) berücksichtigt.

Der Provisionsüberschuss ist mit 153 Mio. EUR gegenüber 205 Mio. EUR im Vorjahr rückläufig. Der Rückgang ist im Wesentlichen bedingt durch sinkende Nettoerträge aus den Vertriebsplattformen PROMISE und PROVIDE sowie geringere Bürgschaftsprovisionen und Kreditbearbeitungsgebühren. Die Entwicklung der Erträge aus den Vertriebsplattformen spiegelt die weiterhin schwierige Marktverfassung für Vertriebsprodukte mit den entsprechenden Auswirkungen auf das Neugeschäft wider.

Der Verwaltungsaufwand stieg moderat um 26 Mio. EUR auf 581 Mio. EUR. Während der Personalaufwand weiterhin auf dem Niveau des Vorjahres liegt, erhöhte sich der Sachaufwand insbesondere aufgrund von Investitionen zur Modernisierung der EDV-Landschaft einschließlich der Inanspruchnahme externer Dienstleister deutlich.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis liegt mit einem positiven Ergebnisbeitrag von insgesamt 143 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert von 678 Mio. EUR.

Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr (341 Mio. EUR) auf 3 Mio. EUR verringert. Der deutliche Rückgang ist durch das sehr gute Bewertungsergebnis des Vorjahres bedingt, das durch hohe realisierte Kursgewinne aus der Rückgabe von Anteilen an Spezialfonds und Wertpapierverkäufen sowie durch einen hohen positiven Ergebnisbeitrag der verbundenen Unternehmen geprägt war. Daneben belasten insbesondere die Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen das Bewertungsergebnis 2011.

Das positive Risikovorsorgeergebnis von 140 Mio. EUR (Vorjahr: 336 Mio. EUR) resultiert aus einer weiter verbesserten Risikolage. Den Aufwendungen aus der Neubildung von Einzelwertberichtigungen für akute Risiken standen hierbei konjunkturbedingte hohe Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen sowie Verwertungserlöse gegenüber. Der Bestand an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft hat sich im Wesentlichen aufgrund von Nettoinanspruchnahmen auf 3,9 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,4 Mrd. EUR) verringert. Mit 3,2 Mrd. EUR entfällt weiterhin der größte Anteil hiervon auf die Vorsorge für die Risiken aus den Liquiditätslinien zur Refinanzierung der Ankaufsgesellschaften des Conduits Rhineland Funding Capital Corporation, New York, USA, in die die KfW 2007 im Rahmen der Rettung der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, eingetreten ist.

Ausgebucht wurden im Geschäftsjahr 2011 notleidende Kreditforderungen über 681 Mio. EUR (Vorjahr: 1.337 Mio. EUR) - der wesentliche Anteil entfällt hierbei auf Forderungen aus den IKB-Rettungsmaßnahmen. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in der KfW auf 90 Mio. EUR (Vorjahr: 187 Mio. EUR). Für alle erwarteten Verluste wurde Vorsorge in Form von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen getroffen.

Im Geschäftsjahr 2011 wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 1,1 Mrd. EUR dotiert und beläuft sich auf 1,7 Mrd. EUR.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Gewinn von 547 Mio. EUR.

Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 nicht eingetreten.

NACHHALTIGKEITSBERICHT

Die KfW als eine der führenden Förderbanken der Welt bekennt sich zu dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung. Unternehmerisches Handeln und gesellschaftliche Verantwortung gehören für uns untrennbar zusammen. Im Leitbild der KfW (KfW-Kompass) nimmt deshalb das Ziel, Beiträge für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen auf allen Ebenen zu leisten, eine zentrale Stellung ein.

Wir unterstützen die Nachhaltigkeitsziele der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft. Als Orientierung dienen uns insbesondere die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie das Gesetz über die KfW.

Das Jahr 2011 war geprägt durch die Beschlüsse der Bundesregierung zur Energiewende und zum Atomausstieg. Zur Erreichung der ehrgeizigen Ziele muss in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland der Anteil erneuerbarer Energien massiv ausgebaut und der Energieverbrauch merklich gesenkt werden. Die Finanzierungs- und Förderangebote der KfW für die hierzu notwendigen Investitionen werden bereits stark nachgefragt. Zusätzlich hat die KfW ihre Förderprogramme für Privatpersonen, Unternehmen oder Kommunen mit Blick auf die Erfordernisse der Energiewende erweitert oder passende neue Förderangebote aufgelegt, unter anderem das neue KfW-Programm "Offshore Windenergie". Die KfW-Förderung soll die dringend notwendigen Investitionen für die Energiewende ermöglichen und Anreize zum Beispiel für Gebäudesanierungen oder energieeffiziente Investitionen im Mittelstand oder in Kommunen setzen.

Auch international nimmt die KfW verstärkt ihre Verantwortung als große Förderbank und "sicherste Bank der Welt" wahr. Neben der Bereitstellung von Finanzierungen für internationale Umwelt- und Naturschutzprojekte initiierte die KfW auch das weltweite Netzwerk für Entwicklungsbanken "International Development Finance Club" (IDFC). Hier wird internationale Kompetenz für Entwicklungsfinanzierungen gebündelt, um den globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder dem fortschreitenden Biodiversitätsverlust gemeinsam besser begegnen zu können.

Intern wurde das 2010 neu aufgestellte Nachhaltigkeitsmanagementsystem der KfW weiter ausgebaut, indem Nachhaltigkeitsbeauftragte aus allen relevanten Organisationseinheiten neu berufen wurden. Sie koordinieren die Umsetzung und Einhaltung der selbst auferlegten Nachhaltigkeitsgrundsätze in ihren Einheiten und entwickeln sie weiter. Der Nachhaltigkeitsgedanke wurde im Jahr 2011 somit nicht nur bei den Produkten der KfW, sondern auch in den internen Prozessen weiter gestärkt.

Der regelmäßige Austausch mit unseren Stakeholdern - zu denen unter anderem die Eigentümer der KfW, Vertriebspartner und Kunden, Kapitalmarktakteure und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen - über aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen ist eine elementare Grundlage unseres Handelns. Ein sichtbares Beispiel dieser Dialogkultur war im Berichtsjahr eine von der KfW organisierte Veranstaltungs- und Publikationsreihe zur Energiewende, die auch 2012 fortgeführt wird. Auf der Auftaktveranstaltung in Berlin diskutierten namhafte Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Praxis, wie eine erfolgreiche Umstellung auf eine nachhaltige Energieversorgung konkret zu gestalten ist und welche Rahmenseetzungen und Anreize seitens der Politik erforderlich sind. Fachliche Ergebnisse dieser Reihe fließen auch in die Produktentwicklung der KfW Bankengruppe ein.

Umfassend können sich alle Stakeholder im neuen Internetauftritt (www.nachhaltigkeit.kfw.de) zielgruppenorientiert über die vielfältigen Nachhaltigkeitsaktivitäten des KfW-Konzerns informieren und mit den jeweiligen Ansprechpartnern in Kontakt treten. Beispielsweise hat das Beschaffungsmanagement der KfW für ihre Lieferanten ein ausführliches Einkaufsportale entwickelt; eine gesonderte Richtlinie zur systematischen Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialbelangen bei Beschaffungsvorgängen wird im Jahr 2012 veröffentlicht werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wesentliche Voraussetzung für den aktuellen und zukünftigen Erfolg der gesamten KfW Bankengruppe. Gerechte Entlohnung, Teilzeitarbeit, Chancengleichheit und eine Vielzahl von beruflichen und gesundheitlichen Förderungen sind dabei wichtige Bausteine der Personalpolitik. Die Kennzahlen hierzu konnten im Jahr 2011 auf hohem Niveau gehalten werden. Der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter liegt bei knapp 6 %. Beim Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit konnte gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg von 19 % auf 20 % erreicht werden, während der Frauenanteil bei Führungskräften gleichbleibend 26 % beträgt. Auch in schwierigen Zeiten hat der KfW-Konzern weiterhin eine hohe Zahl von Ausbildungs-, Studien-, und Trainee-Stellen zur Verfügung stellen können - mit einer Ausbildungsquote von knapp 6 % (bezogen auf die Beschäftigtenzahl).

Im Jahr 2011 wurde der dritte Gleichstellungsplan der KfW verabschiedet, der als Hauptziel eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und gehobenen Referentenpositionen auf ein Drittel bis Mitte 2015 vorsieht. Die KfW ist davon überzeugt, dass dies nur mit einer gelebten Kultur der Genderbalance möglich ist und hat sich verpflichtet, eine geschlechtersensible Sichtweise von Führung und Zusammenarbeit zu etablieren. Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird die KfW ihren guten Status mit zahlreichen unterstützenden Maßnahmen und einem weiten Rahmen für zeitliche und räumliche Flexibilität weiter ausbauen.

Nachhaltige Produkte

Umwelt- und Klimaschutz als Förderschwerpunkt

Umwelt- und Klimaschutz bildet neben Gründungs- und Mittelstandsfinanzierung heute den wichtigsten Förderschwerpunkt der KfW. Im Jahr 2011 hat die KfW konzernweit ein Zusagevolumen von 22,8 Mrd. EUR zur Finanzierung von Umwelt- und Klimaschutzvorhaben im In- und Ausland zur Verfügung gestellt. Damit entfielen 32 % des gesamten Zusagevolumens des KfW-Kerngeschäfts auf die Finanzierung von Umwelt- und Klimaschutzvorhaben.

Die Umsetzung der Energiewende und der damit verbundene Umbau des Energiesystems ist ein langfristiger und kostenintensiver Prozess. Die KfW wird deshalb in den kommenden fünf Jahren mehr als 100 Mrd. EUR für die Energiewende zur Verfügung stellen; für das Jahr 2012 gilt ein Ziel von mindestens einem Drittel Umwelt- und Klimaschutzfinanzierungen am gesamten Zusagevolumen.

Ein Flaggschiff der Förderung im Rahmen der Energiewende stellt die Offshore-Windenergie dar. Im Juni 2011 hat die KfW im Auftrag des Bundes das KfW-Programm "Offshore Windenergie" gestartet: Noch im Jahr 2011 konnten für die Offshore-Windparks "Meerwind" und "Global Tech 1" die Projektfinanzierungen abgeschlossen werden, an denen sich die KfW im Rahmen von Bankenkonsortien mit insgesamt 543 Mio. EUR beteiligt hat. Die Windparks bestehen aus jeweils 80 Windturbinen in der Nordsee und werden eine Gesamtleistung von 688 Megawatt aufweisen.

Die Bundesregierung fördert weltweit den Schutz der Tropenwälder und den Erhalt der biologischen Vielfalt über die KfW mit einem Gesamtvolumen von 1,1 Mrd. EUR. In 34 Ländern werden so unter anderem 270 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 676.000 Quadratkilometern gefördert und erhalten - das entspricht fast der doppelten Fläche Deutschlands. Darunter sind 19 Gebiete, die von der UNESCO als Weltkulturerbe der Menschheit deklariert wurden. Damit werden auch die letzten Rückzugsgebiete von Sumatra-Tiger, Tieflandgorilla und Goldkopflöwenaffen nachhaltig geschützt. Allein mit den Neuzusagen aus dem Jahr 2011 werden über 1,5 Mio. Menschen erreicht und Treibhausgasemissionen von über 3 Mio. Tonnen CO₂ vermieden. Die KfW arbeitet eng mit deutschen und internationalen Umweltorganisationen wie dem Worldwide Fund for Nature (WWF), dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) zusammen.

Bewertung von Umwelt- und Sozialrisiken im Kerngeschäft

Eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (USVP) ist fester Bestandteil der Prüfung von Vorhaben im Rahmen der Förderung von Entwicklungs- und Transformationsländern sowie bei Export- und Projektfinanzierungen, vor allem in Ländern außerhalb der EU bzw. der OECD. Dabei werden die mitfinanzierten Vorhaben systematisch auf mögliche negative Auswirkungen überprüft. Die USVP definiert Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen, die mit einem Monitoringprogramm überwacht werden.

Zur Minderung von Sozialrisiken und als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklungserfolge überarbeitete die KfW im Jahr 2011 ihre Genderstrategie für die finanzielle Zusammenarbeit. Sie baut auf schon Erreichtem auf und hat das Ziel, die konzeptionelle und operative Arbeit der KfW Entwicklungsbank bei der Gleichstellung der Geschlechter weiter zu vertiefen.

Gesellschaftliches Engagement

Ihr gesellschaftliches Engagement bündelt die KfW in einer Corporate Social Responsibility (CSR)-Strategie. Im Mittelpunkt aller unserer Aktivitäten steht das Ziel, Verantwortung zu übernehmen - sei es in der Natur, im sozialen und wirtschaftlichen Leben oder in der Kultur. Durch Sponsoring, Spenden und andere Maßnahmen unterstützt die Bank dabei Initiativen, die verantwortungsvolles Handeln umsetzen, fördern oder dazu befähigen. Darüber hinaus entwickeln wir eigene Leuchtturmprojekte und nutzen dabei unsere Bekanntheit und Erfahrung in ausgewählten "Verantwortungspartnerschaften". Inhaltlich fokussiert die KfW ihr gesellschaftliches Engagement auf die strategischen Schwerpunkte Erhaltung von Biodiversität, Förderung sozial engagierter Mitarbeiter, Kultursponsoring an den Standorten und Wissenstransfer für Gründer.

Nachhaltiger Geschäftsbetrieb

Principles for Responsible Investment (PRI)

Im Jahr 2006 verpflichtete sich die KfW, als einer der ersten deutschen Unterzeichner der "Principles for Responsible Investment"-Initiative der Vereinten Nationen, ihre eigenen Geldanlagen in fest- und variabel verzinslichen Wertpapieren auch unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlich verantwortlichen Handelns durchzuführen. Über 90 % des Wertpapiergeschäftes im engeren Sinne erfüllten diese Kriterien zum Jahresende 2011. Hierbei handelt es sich um die Liquiditätsreserve der KfW, welche per 31.12.2011 20 Mrd. EUR betrug.

Die Umsetzung der PRI im Portfoliomanagement der KfW erfolgt in drei Schritten: Neben der Bonitätsanalyse werden auch sogenannte ESG-Kriterien (Environmental, Social and Governance) mit in die Investmententscheidungen einbezogen. Für nicht staatliche Emittenten gelten darüber hinaus Ausschlusskriterien. Schließlich kommuniziert die KfW ihre Vorgehensweise und Ergebnisse an die Emittenten ihres Portfolios. 2011 ist die KfW für ihren Ansatz von dem Fachmagazin "portfolio institutionell" als "bester nachhaltiger Investor" ausgezeichnet worden. Von der PRI erhielt die KfW eine Spitzenbewertung auf Grundlage der jährlich stattfindenden Mitgliederbefragung.

Aus Sicht der KfW übernehmen nachhaltig handelnde Investoren am Kapitalmarkt eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen. Im Jahr 2011 war für uns daher ein weiterer wichtiger Schritt die Gründung eines deutschen PRI-Netzwerkes, um den Nachhaltigkeitsgedanken auch am Kapitalmarkt zu verankern.

KfW-Anleihen als Nachhaltigkeits-Investment

Sämtliche KfW-Anleihen bieten für Investoren, die die Nachhaltigkeits-Performance eines Unternehmens bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen, attraktive Investitionsmöglichkeiten. Die führenden Nachhaltigkeitsratings, die neben dem Umweltmanagement und den angebotenen Produkten und Dienstleistungen eine Vielzahl weiterer Faktoren des Unternehmens berücksichtigen, sehen die KfW Bankengruppe weiterhin in der Spitzengruppe.

Betrieblicher Umweltschutz

Auch im betrieblichen Umweltschutz legt die KfW Bankengruppe hohe Standards an. Sie stellt sich seit 2006 im Bereich Energieverbrauch und Dienstreisen durch die Stilllegung von Emissionsminderungsgutschriften CO₂-neutral. Das Hauptziel, die unvermeidbaren Emissionen möglichst zu verringern, verfolgt die KfW mit großem Erfolg. Die Emissionen konnten erneut signifikant von 15.800 Tonnen CO₂ (2009) auf rund 13.400 Tonnen CO₂ im Jahr 2010 gesenkt werden; damit einher geht eine Senkung der Kompensationskosten. Den wesentlichen Beitrag lieferte der Umzug der Tochtergesellschaft KfW IPEX-Bank von einem angemieteten Gebäude, versorgt mit konventionellem Strom, in das KfW-Gebäude "Westarkade", das wie alle KfW-Gebäude ausschließlich mit zertifiziertem Ökostrom versorgt wird. Im Jahr 2011 wurde die "Westarkade" durch den internationalen Council on Tall Buildings and Urban Habitat (Rat für Hochhäuser und städtischen Lebensraum) in Chicago ausgezeichnet und zum "Besten Hochhaus der Welt" gekürt.

Auch die 2011 bezogene Senckenberganlage mit einem jährlichen Primärenergieverbrauch von rund 125 kWh/m² wird ihren Teil zur Senkung der Emissionen beitragen. Dank eines umfassenden Energiekonzeptes, zu dem neben einer optimierten Fassade eine Holzpelletanlage gehört, liegt der Energieverbrauch deutlich unter dem eines vergleichbaren Standardbürogebäudes.

Als weiteren Beitrag, um den allgemeinen KfW-CO₂-Fußabdruck zu senken, lässt die KfW alle extern gedruckten Publikationen klimaneutral drucken und arbeitet seit Anfang 2011 ausschließlich mit zertifizierten Druckereien zusammen.

RISIKOBERICHT

Der vorliegende Risikobericht entspricht in Gliederung, Umfang und Inhalt dem Konzernrisikobericht, welcher im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Da das Risikomanagement und -controlling auf den KfW-Konzern ausgerichtet ist, wird auf die Erstellung eines Risikoberichts auf Einzelinstitutsebene verzichtet.

Aktuelle Entwicklungen

Nachdem die Weltwirtschaft im Jahr 2011 zunächst weiter auf Erholungskurs lag, trübte sich das Weltwirtschaftsklima in der 2. Jahreshälfte spürbar ein. Die staatlichen Maßnahmenpakete zur Überwindung der Finanzmarktkrise schlugen sich in hohen Haushaltsdefiziten und steigenden Schuldenquoten der Industrieländer nieder. In Kombination mit strukturellen Fehlentwicklungen in einzelnen Ländern der Europäischen Union führten diese zu einem Vertrauensverlust der Kapitalmarktinvestoren. Infolgedessen wurde die Refinanzierung über den Kapitalmarkt für einzelne Länder zu kostspielig. Portugal musste nach Irland als zweites Land den Europäischen Stabilisierungsfonds in Anspruch nehmen. Trotz massiver internationaler Stützungsaktionen wurde zudem ein Schuldenschnitt für Griechenland notwendig. Die europäischen Länder verständigten sich zur Lösung der Schuldenkrise auf eine stärkere wirtschaftliche Integration und strengere Haushaltsdisziplin. Stützungsmaßnahmen für weitere Euro-Länder sind im nächsten Jahr gleichwohl nicht ausgeschlossen.

Auch die Situation der Banken, vor allem der europäischen Institute, hat sich 2011 wieder deutlich eingetrübt. Neben den Belastungen durch die europäische Staatsschuldenkrise wirken sich auch die kurzfristig erhöhten und bis Mitte 2012 umzusetzenden Eigenkapitalanforderungen negativ auf die wirtschaftliche Situation der Banken aus und schränken die geschäftlichen Möglichkeiten ein. Die Situation am Interbankenmarkt hat sich jüngst weiter verschärft und weist Parallelen mit dem Zustand nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im Herbst 2008 auf. Die massiven liquiditätsunterstützenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank verhindern dabei gravierende Verwerfungen im Bankensektor. Insgesamt wird vor allem der europäische Bankensektor auch im Jahr 2012 aufgrund der enormen Risiken vor großen Herausforderungen stehen. Dabei bleiben die Belastungen vielfältig: europäische Staatsschuldenkrise, wirtschaftliche Abkühlung, zunehmende Probleme in Osteuropa und Umsetzung der erhöhten Eigenkapitalanforderungen. Trotz der Eurokrise und im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern setzte sich 2011 in Deutschland die wirtschaftliche Erholung über alle Branchen fort. Viele Unternehmen konnten wieder an das Niveau vor der Krise anknüpfen, Reserven anlegen und gingen gestärkt aus der Krise hervor. In der internationalen Handelsschifffahrt verschärfte sich 2011 aber aufgrund neuer in den Markt drängender Tonnage wieder der Angebotsüberhang und drückte Fracht- und Chartersraten deutlich. Eine Erholung ist kurzfristig nicht in Sicht. Ein Andauern der europäischen Staatsschuldenkrise und die sich abschwächende

Weltkonjunktur werden 2012 auf die deutsche Wirtschaft dämpfend wirken, sodass die Unternehmen wahrscheinlich weniger investieren oder Investitionen verschieben werden.

Die Probleme im europäischen Staatsschuldensektor führten auch im Jahr 2011 zu weiterhin hoher Volatilität an den Devisenmärkten. Zwar konnte sich der Euro gegenüber dem Vorjahr im Mittel deutlich erholen, zum Jahresende sank der Kurs gegenüber dem US-Dollar aber wieder auf ein Niveau von unter 1,30 US-Dollar/EUR. Infolge der Staatsschuldenkrise zeigte sich auch eine erhöhte Volatilität bei den Credit-Spreads.

Die KfW Bankengruppe ist aufgrund ihres international ausgerichteten Förderauftrags von den oben beschriebenen Entwicklungen berührt. Insgesamt waren die Auswirkungen auf das Konzernportfolio jedoch sehr gut verkraftbar, sodass im Jahresverlauf die Risikoversorge im Konzern reduziert werden konnte. Alle erkennbaren Risiken werden nach konservativen Maßstäben bewertet und über die konsequente Setzung von Risikoleitplanken in der Neugeschäftssteuerung berücksichtigt. Die regelmäßig durchgeführten Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen, dass die KfW Bankengruppe -auch unter Zugrundelegung von konservativen Stress-Szenarien - die im Zusammenhang mit ihrem Geschäftsauftrag eingegangenen Risiken tragen kann. Wie in den vergangenen Jahren hat die KfW auch im Geschäftsjahr 2011 ihre Prozesse und Instrumente im Risikomanagement und -controlling unter Berücksichtigung aktueller bankaufsichtlicher Anforderungen systematisch weiterentwickelt. Die KfW ist gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes (KWG) von der Anwendung des KWG bis auf wenige Ausnahmen befreit, wendet jedoch freiwillig dessen Kernbestandteile, insbesondere die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und die Solvabilitätsverordnung (SolV), sinngemäß an. Um die Anwendung des KWG unter Beachtung des Geschäftsmodells der KfW und der besonderen Situation als Public Sector Entity fortzuführen und weiterzuentwickeln, hat die KfW im Jahr 2011 ein separates Projekt aufgesetzt. Des Weiteren wurde zur Umsetzung der dritten Novellierung der MaRisk einerseits das Stresstestingkonzept weiterentwickelt und um inverse Stresstests und risikoartenübergreifende Konzentrationsstresstests ergänzt. Außerdem wurde eine umfassende Risikoinventur konzipiert und durchgeführt, bei der alle Risiken der KfW Bankengruppe in Form eines strukturierten Prozesses auf ihre Wesentlichkeit hin überprüft wurden. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt lag in der methodischen Weiterentwicklung und konzernweiten Vereinheitlichung der Marktpreis- und Liquiditätsrisikomessung und -steuerung.

Die Weiterentwicklung der Prozesse und Instrumente im Risikomanagement und -controlling im Geschäftsjahr 2012 wird erneut stark durch die Entwicklungen im bankaufsichtlichen Umfeld geprägt sein. Im Fokus stehen dabei die absehbaren Anforderungen aus Basel III mit erhöhten Liquiditäts- und Eigenkapitalanforderungen. Darüber hinaus sind Weiterentwicklungen mit Blick auf die Identifikation und Steuerung von Reputations- und Ertragsrisiken sowie Risiken aus eingebetteten Derivaten geplant. Ebenfalls soll ein Benchmarking der Risikomodelle durchgeführt und die Weiterentwicklung der Kontrahentenrisikomessung untersucht werden.

Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung

Der Konzern hat einen gesetzlich verankerten Förderauftrag, der seine besondere Stellung und seine institutionelle Ausgestaltung begründet. Nachhaltige Förderung ist der übergeordnete Unternehmenszweck des Konzerns. Um die vorhandenen Ressourcen optimal für die Realisierung des Förderauftrags einzusetzen, ist die Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken von großer Bedeutung. Im Rahmen der Risikosteuerung geht der Konzern Risiken nur in einem Umfang ein, wie sie im Hinblick auf die aktuelle und zu erwartende Ertragslage sowie die wahrscheinlichen Risikoverläufe tragfähig sind. Bei der Ertrags-/Risikosteuerung wird den Besonderheiten einer Förderbank Rechnung getragen. Bankaufsichtsrechtliche Anforderungen, wie sie die Mindestanforderungen an das Risikomanagement formulieren, stellen für die Risikomanagementstrukturen und -prozesse des Konzerns wichtige Nebenbedingungen dar.

Um das Risikomanagement- und -controllingwissen in der Organisation der Bank zu verankern, schult der Konzern seine Mitarbeiter unter anderem mit einem modularartig aufgebauten Programm zu Risikothemen. Dieses ermöglicht es Mitarbeitern und Führungskräften aus der gesamten KfW Bankengruppe, gezielt grundlegende Kenntnisse zu erwerben oder Spezialwissen zu vertiefen.

Organisation der Risikosteuerung und -überwachung

Gremienarchitektur und funktionelle Aspekte der Risikosteuerung

Der Vorstand der KfW bestimmt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die risikopolitischen Richtlinien und Grundsätze im Konzern. In einem mindestens vierteljährlichen Turnus werden die Aufsichtsorgane - Verwaltungsrat und Bundesministerium der Finanzen bzw. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, welche alternierend den Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter stellen - über die Risikosituation des Konzerns informiert. Für besonders eilbedürftige Entscheidungen ist der Präsidialausschuss des Verwaltungsrats zuständig. Ob eine dringende Angelegenheit vorliegt, entscheidet der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Dem Kreditausschuss obliegt insbesondere die Genehmigung von Kreditvorlagen, während im Prüfungsausschuss Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements inkl. der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses behandelt werden.

Die Risikosteuerung im Konzern erfolgt durch eng miteinander verzahnte Entscheidungsgremien. An der Spitze der Gremienarchitektur steht der Gesamtvorstand, der die zentralen risikopolitischen Entscheidungen trifft. Unterhalb des Gesamtvorstands existieren drei Risikokomitees (Kredit-Risiko-Komitee, Marktpreis-Risiko-Komitee und Komitee für Operationelle Risiken), die zum einen Vorstandsentscheidungen vorbereiten und zum anderen im Rahmen festgelegter Kompetenzgrenzen eigenständig entscheiden. Die Komitees wurden im Jahr 2011 verstärkt auf Konzernsteuerungsfunktionen ausgerichtet, sodass Vertreter aus der KfW IPEX-Bank und der DEG mit einbezogen sind. Weitere Arbeitsgruppen arbeiten den Komitees zu. In den Komitees hat die Marktfolge generell ein Vetorecht. Sofern keine einstimmige Entscheidung vorliegt, erfolgt ggf. eine Eskalation auf Gesamtvorstandsebene.

	Verwaltungsrat	
	Kreditausschuss	Prüfungsausschuss
	Vorstand	
↑	↑	↑
Kredit-Risiko-Komitee	Marktpreis-Risiko-Komitee	Komitee für Operationelle Risiken
Entscheidungen zu: -Einzelkrediten und Limiten - Wertberichtigungsbedarf -Kreditrisikomethoden - Risikogrundsätzen zu Kreditrisiken Monitoring Länderratings und Branchenrisiken	Entscheidungen zu: - Marktpreisrisiken -Wertpapieren - Liquiditätsmanagement -Hedge Accounting -Risikogrundsätzen und Methoden zu Marktpreisrisiken/ Liquidität	Entscheidungen zu: -Notfallplänen - OpRisk-Ereignissen und Maßnahmen - Neuen Produkten -OpRisk-Methoden - Risikogrundsätzen zu Operationellen Risiken -Betrieblichem Kontinuitätsmanagement
Entscheidungsvorbereitung für vom	Entscheidungsvorbereitung	

Präsidialausschuss	Verwaltungsrat Kreditausschuss Vorstand	Prüfungsausschuss
Gesamtvorstand zu genehmigende Kredite Monitoring Kreditportfolio	-Zinsrisikoposition -Transferpricing - Fundingstrategie	
AG LänderRating	Surveillance Committee	
AG Sicherheiten	Hedge Committee	
AG Ratingsysteme		
AG Branchenrisiken Corporates		

Kredit-Risiko-Komitee

Die Leitung des Kredit-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Weitere Mitglieder des wöchentlich tagenden Kredit-Risiko-Komitees sind der Bereichsleiter Risikomanagement und -controlling, alle drei Marktvorstände sowie der CRO der KfW IPEX-Bank. Dem Kredit-Risiko-Komitee arbeiten die Arbeitsgruppen (AG) Länderrating, die AG Sicherheiten, die AG Ratingsysteme und die AG Branchenrisiken Corporates zu. In den wöchentlichen Sitzungen werden insbesondere Kredit- und Limitentscheidungen getroffen. Seit 2011 werden auch großvolumige Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG im Kredit-Risiko-Komitee vorgestellt. Quartalsweise erfolgt darüber hinaus eine um Vertreter der Geschäftsfelder und der DEG erweiterte Sitzung. Die Interne Revision hat einen Gaststatus. In dieser quartalsweisen Sitzung wird über die Entwicklung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, deren Auswirkungen und über den Stand bei Umsetzungsprojekten, zum Beispiel MaRisk/Basel III, für die KfW, KfW IPEX-Bank und DEG berichtet. Auch werden wesentliche Änderungen und Neuentwürfe von Risikogrundsätzen und Kreditrisikomethoden verabschiedet. Darüber hinaus erfolgt ein Monitoring des konzernweiten Kreditportfolios.

Marktpreis-Risiko-Komitee

Die Leitung des monatlich tagenden Marktpreis-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Daneben ist das Komitee mit dem Vorstand für Kapitalmarktaktivitäten sowie unter anderem mit den Bereichsleitern Finanzmärkte, Kreditverbriefung, Risikomanagement und -controlling und Rechnungswesen besetzt. Quartalsweise und bei Bedarf nehmen Vertreter der KfW IPEX-Bank und der DEG an der Sitzung teil. Das Marktpreis-Risiko-Komitee entscheidet über das Eingehen von Marktpreisrisiken, Bewertungsfragen zu Wertpapieren und Änderungen an den Marktpreisrisikomethoden, über Fragen zum Liquiditätsmanagement sowie über Risikogrundsätze zur Marktpreis- und Liquiditätsrisikosteuerung. Darüber hinaus erfolgt eine Entscheidungsvorbereitung für Gesamtvorstandsbeschlüsse zu Zinsrisikopositionen, Transferpricing und der Refinanzierungsstrategie. Dem Marktpreis-Risiko-Komitee unterstehen das Surveillance Committee, in dem die Bewertung von Wertpapieren behandelt wird, sowie das Hedge Committee, in dem hauptsächlich die Ergebnisauswirkungen aus der IFRS-Bilanzierung von Hedgegeschäften und deren Weiterentwicklung behandelt werden.

Komitee für Operationelle Risiken

Das quartalsweise tagende Komitee für Operationelle Risiken ist mit Bereichsleitern besetzt. Die Leitung liegt beim Bereichsleiter Risikomanagement und -controlling. Darüber hinaus sind zentrale Bereiche sowie Tochterunternehmen in dem Komitee vertreten. In diesem Komitee werden Betriebsrisiko-Themen (Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement) behandelt. Das Komitee für Operationelle Risiken wird im Rahmen des Risikoberichtes monatlich bzw. vierteljährlich über aktuelle OpRisk-Schadensereignisse und Risikopotenziale sowie ggf. daraufhin eingeleitete Maßnahmen informiert. Über geplante oder durchgeführte Notfall- und Krisenstabtests sowie wesentliche Betriebsstörungen wird dem Komitee für Operationelle Risiken in vierteljährlich stattfindenden Sitzungen berichtet. Beschlüsse und Empfehlungen des Komitees für Operationelle Risiken werden dem Vorstand vorgelegt.

Unterhalb dieser Gremien existieren sechs Arbeitsgruppen bzw. Komitees, die an das Kredit-Risiko-Komitee bzw. das Marktpreis-Risiko-Komitee berichten und Entscheidungen vorbereiten:

AG LänderRating

Die AG LänderRating ist die zentrale Instanz für die Beurteilung von Länderrisiken. Der Arbeitsgruppe gehören die Volkswirte aus den Länderabteilungen der KfW Entwicklungsbank sowie Vertreter aus KfW IPEX-Bank, DEG und Transaktionsmanagement unter Vorsitz und Federführung des Risikomanagements an. Die Arbeitsgruppe tagt aufgrund der aktuell krisenhaften Situation (insbesondere im Euroraum und in Nordafrika/im Nahen Osten) regelmäßig einmal im Monat. Bei Bedarf werden Länderratings zudem außerhalb der turnusmäßigen Termine angepasst. Aufgabe der AG LänderRating ist die Identifizierung, Analyse und Bewertung von politischen und wirtschaftlichen Risiken (und Chancen) in der Weltwirtschaft und insbesondere in den Ländern, in denen die KfW Bankengruppe geschäftlich aktiv ist oder Geschäftsaktivitäten plant. Vorschläge zur Risikoeinstufung für die Entwicklungs-, Transformations- sowie Schwellenländer werden von den Volkswirten des Länderbereichs und für die Industrieländer vom Risikomanagement gemacht. Als Ergebnis der Diskussionen in der AG LänderRating werden die Länder schließlich in Bonitätsklassen eingestuft. Bei Dissens entscheidet das Risikomanagement. Das Risikomanagement berichtet über die Ergebnisse der Sitzungen an das Kredit-Risiko-Komitee.

AG Sicherheiten

Die AG Sicherheiten stellt als zentrales, konzernweites Gremium der KfW und ihrer Tochtergesellschaften ein hinreichendes Verständnis und eine konzernweit einheitliche Vorgehensweise bezüglich aller wesentlichen Aspekte der Sicherheitenanrechnung und -bewertung sowie der Sicherheitenmanagementprozesse für Kredit- und Handelsgeschäfte und strukturierte Produkte sicher. Darüber hinaus werden Handlungsempfehlungen für (Weiter-)Entwicklungsmaßnahmen zur Billigung/Entscheidung durch das Management gegeben bzw. diese im Rahmen des definierten Kompetenzbereichs der AG Sicherheiten selbstständig getroffen. Sie setzt sich aus Vertretern diverser Geschäftsfelder und -bereiche zusammen. Zu den zentralen Funktionen der AG Sicherheiten gehören: Neu-/Weiterentwicklung und Überprüfung von Sicherheitenbewertungsverfahren, Überprüfung und Erweiterung der akzeptierten und anrechenbaren Sicherheiten und der zugehörigen Anrechnungskriterien, Festlegung und Überprüfung von Mindestanforderungen an die Sicherheitenmanagementprozesse sowie die Sicherheitenanrechnung und die Vorgabe der Rahmenbedingungen für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben an Kreditrisikominderungsstechniken.

AG Ratingsysteme

Die AG Ratingsysteme stellt als zentrales, konzernweites Gremium der KfW und ihrer Tochterunternehmen ein hinreichendes Verständnis aller wesentlichen Aspekte der Kreditrisikoinstrumente sicher. Dazu gehören insbesondere Ratingsysteme, Kreditportfoliomodelle, Risikokennzahlen (RKZ) und Limitmanagementsysteme (LMS). Zum Aufgabenspektrum der AG gehören die Beurteilung und Abnahme von Validierungs- und Weiterentwicklungsberichten sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die (Weiter-) Entwicklung der Kreditrisikoinstrumente.

AG Branchenrisiken Corporates

Die AG Branchenrisiken Corporates ist ein zentrales, konzernweites Expertengremium der KfW und ihrer Tochterunternehmen, das branchenbezogene Kreditrisiken im Corporate-Segment analysiert. Auf Basis der Analysen stellt die AG entsprechende Informationen für die beteiligten Stellen im Konzern zur Verfügung und leitet ggf. Entscheidungsvorschläge zur Risikominimierung ab. Mit dem Ziel einer einheitlichen und transparenten Steuerung der Corporate-Risiken im Gesamtkonzern werden jährlich branchen- und produktrelevante Risikoleitplanken und -empfehlungen für die relevanten Geschäftsbereiche und Töchter erarbeitet, aktualisiert und auf Konsistenz überprüft. Dieser Prozess wurde 2011 erstmalig durchgeführt.

Surveillance Committee

Das Surveillance Committee ist integraler Bestandteil des Surveillance- und Impairmentprozesses für Wertpapiere und strukturierte Kreditprodukte und untersteht dem Marktpreis-Risiko-Komitee. Eine wesentliche Aufgabe des Surveillance Committees ist die Bewertung von Marktentwicklungen im Hinblick auf deren Implikationen für die Wertpapierbestände der KfW. In diesem Zusammenhang geben Vertreter der zuständigen Marktteilungen sowie des Risikomanagements eine Einschätzung zur dauerhaften Werthaltigkeit ausgewählter Wertpapiere ab. Darüber hinaus werden im Surveillance Committee die vom Risikomanagement geplanten bzw. vorgenommenen Abschreibungen auf einzelne Wertpapiere besprochen.

Dem Surveillance Committee gehören Vertreter der Marktfolgeabteilungen (Risikomanagement und -controlling, Rechnungswesen sowie Transaktions- und Sicherheitenmanagement) sowie Vertreter der zuständigen Marktteilungen an.

Hedge Committee

Die ökonomische Steuerung der Marktpreisrisiken der KfW erfolgt durch das Marktpreis-Risiko-Komitee. Aus diesbezüglichen Steuerungsmaßnahmen können sich rein bilanziell bedingte Bewertungs-/Ergebnisschwankungen ergeben, soweit Instrumente eingesetzt werden, die nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind. Dies gilt bei der KfW insbesondere für den Einsatz von Derivaten. Ziel des Hedge Committees ist es, die bilanzielle Abbildung dieser nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente entsprechend der ökonomischen Zielsetzung des Einsatzes von Derivaten in der KfW zu analysieren und unter Beachtung der einschlägigen IFRS-Vorschriften weiterzuentwickeln.

In der gruppenweit angelegten Risikosteuerung nehmen Konzernunternehmen und Organisationseinheiten darüber hinaus eigene Steuerungsfunktionen wahr. Konzernweite Projekte und Arbeitsgruppen stellen jedoch auch in diesen Fällen ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen sicher, zum Beispiel beim Rollout von Ratinginstrumenten auf Tochterunternehmen oder beim Management und bei der Bewertung von Sicherheiten.

Die Verantwortung für die Entwicklung und Ausgestaltung der Risikosteuerung und -überwachung ist außerhalb der Marktbereiche angesiedelt und liegt im Bereich Risikomanagement und -controlling sowie für spezifische Aufgaben im Bereich Transaktions- und Sicherheitenmanagement (operative Sicherheitenmanagementprozesse im Kreditgeschäft sowie einerseits Sicherheiten-, Limit- und Ratingüberwachung und andererseits die Bewertungsmethodik bei den Handelsgeschäften). Hierfür existiert ein umfangreiches Risikohandbuch, das stetig weiterentwickelt wird. Die im Risikohandbuch aufgeführten Regelungen haben konzernweit verbindlichen Charakter und sind für alle Mitarbeiter zugänglich. Im Zentrum stehen dabei die zu beachtenden Risikogrundsätze (normative Regeln für Kreditprozesse und Risikomanagementprozesse) und Portfoliorichtlinien (zum Beispiel Geschäftsrestriktionen, Besicherungsanforderungen). Daneben wurden Regelungen für Branchen-, Produkt- und Risikoleitplanken sowie Portfoliorichtlinien deutlich weiterentwickelt. Die Risikogrundsätze und Portfoliorichtlinien bilden den Rahmen für die operative Geschäftstätigkeit aller Geschäftsfelder. Das Risikohandbuch sorgt dafür, dass einheitliche Verfahren zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Risiken zur Anwendung kommen. Darüber hinaus werden konzernweite Regelungen durch geschäftsfeldspezifische Ausgestaltungen ergänzt.

Risikomanagement

Zentrale Aufgabe des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung der definierten Risikobereitschaft der Bank. Hierfür formuliert das Risikomanagement die Risikostrategie des Konzerns unter Einbeziehung des Risikomanagements der maßgeblichen Tochtergesellschaften und verantwortet auch deren regelmäßige Überprüfung. Die Risikostrategie legt - aufbauend auf der geschäftspolitischen Ausgangssituation - allgemeine risikopolitische Grundsätze und konkrete risikopolitische Maßnahmen im Einklang mit der Geschäftsstrategie fest. Der Umsetzung der Risikostrategie dienen dabei verschiedene Instrumente zur Steuerung von Kredit-, Marktpreis- und Operationellen Risiken. Unter anderem werden einzeladress- bzw. portfoliobezogene Instrumente zur Risikosteuerung eingesetzt: Kapitalallokation, Zweitvotierung für Kreditentscheidungen, Limitmanagementsysteme, Portfoliorichtlinien, Risikoleitplanken für Länder und Branchen sowie Frühwarnsysteme. Zur Verhinderung großer Einzelverluste und zur Beschränkung von Risikokonzentrationen im Kreditportfolio werden Konzentrationslimite auf verschiedenen Portfolioschnitten (unter anderem Kreditnehmereinheiten, Länder, Branchen) eingesetzt. Bei Bedarf kann in Abhängigkeit von der Marktsituation selektiv auch ein Risikotransfer an den Kapitalmarkt erfolgen (zum Beispiel durch Kreditderivate).

In der KfW wird die Zweitvotierung im Sinne von Marktfolgeentscheidungen auf Einzelengagementebene durch das Konzernrisikomanagement erstellt. Die KfW IPEX-Bank und die DEG verfügen jeweils über ein eigenes, marktunabhängiges Zweitvotum. Die relevanten Geschäftsentscheidungsprozesse sind risikoorientiert ausgestaltet. Ein Kreditgeschäft erfordert derzeit in Abhängigkeit der Art, des Umfangs (materieller Risikogehalt und Wirkung auf die Gesamtrisikoposition) sowie der Komplexität der Transaktion ein Zweitvotum. Die Regeln für das Erfordernis einer Zweitvotierung werden im Jahr 2012 im Hinblick auf die KWG-Anwendung angepasst. Große sowie risikoreichere Engagements werden mindestens dem Kredit-Risiko-Komitee vorgestellt, ggf. auch dem Gesamtvorstand, dem Kreditausschuss oder dem Verwaltungsrat.

Risikomanagement und -controlling - Restrukturierung

Die Abteilung Risikomanagement und -controlling - Restrukturierung ist für leistungsgestörte Kredite und die Intensivbetreuung von Banken und großen Unternehmen aus dem KfW-Portfolio zuständig. Die Verantwortung für die Betreuung des Mengengeschäfts liegt

dagegen in einem eigenen Bereich Restrukturierung. Das Management leistungsgestörter bzw. intensivbetreuer Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG erfolgt grundsätzlich in der jeweiligen Tochtergesellschaft. Sofern mehr als ein Konzernunternehmen engagiert ist, wird die zentrale Koordinierung durch die Abteilung Risikomanagement und -controlling - Restrukturierung vorgenommen.

Eine Einschaltung der Abteilung Risikomanagement und -controlling -Restrukturierung mit Übernahme der Gesamtverantwortung und weitgehender Kompetenzen erfolgt bei ersten Krisenanzeichen. Zielsetzung ist die Gesundung des Engagements durch Restrukturierung, Reorganisation und Kreditanpassung. Erweist sich der Geschäftspartner als nicht sanierungsfähig oder -würdig, steht die optimale Verwertung des Engagements und seiner Sicherheiten im Vordergrund. Für eine klare Regelung der Kompetenzen und der Zuordnung bestehen interne Schnittstellenregelungen mit den relevanten Bereichen sowie eine enge Kooperation mit den Markt Bereichen und der Rechtsabteilung.

Bei Auftreten eines Krisenfalls im Bereich Banken gilt es, intern und extern sofort handlungsfähig zu sein. Hierfür wurde der Krisenplan Banken weiterentwickelt. Er sieht im Wesentlichen vor, dass unter Leitung des Risikomanagements eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, eine sofortige Schadensanalyse vorgenommen wird und die nächsten notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Risikocontrolling

Aufgaben der Abteilung Risikocontrolling sind die zentrale Messung und das Reporting aller Risiken/Risikogruppen sowie die Analyse der Risikotragfähigkeit des Konzerns. Dabei werden konzernweit einheitliche Methoden und Modelle operativ eingesetzt. Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit des Konzerns werden auch Stresstests und Szenariorechnungen herangezogen. Diese Rechnungen quantifizieren den in einzelnen Szenarien steigenden Kapitalbedarf sowie mögliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung und damit auch auf die Risikodeckungsmasse bzw. auf die Eigenkapitalausstattung der Bank.

Die Abteilung ist in den Qualitätsmanagementprozess der für das Risikomanagement und -controlling verwendeten Risikokennzahlen eingebunden und betreut die für das Reporting eingesetzten Informationssysteme aus fachlicher Sicht. Im Bereich des Operationellen Risikos und des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements ist die Abteilung für die Ausgestaltung von hausweit gültigen Rahmenwerken und Richtlinien verantwortlich und unterstützt die Bereiche bei der Umsetzung dieser Vorgaben.

Das Risikoreporting erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage des Konzerns informiert. Die Aufsichtsgremien des Konzerns erhalten quartalsweise einen Risikobericht. Anlassbezogen werden die jeweiligen Gremien ad hoc informiert.

Risikomethoden und -instrumente

Die Abteilung Risikomethoden und -instrumente ist für die Bereitstellung geeigneter Methoden und Instrumente zur konzernweiten Risikoanalyse und -steuerung verantwortlich. Die Gestaltung einer langfristig tragfähigen und konsistenten Methoden- und Instrumentenstrategie für das Risikomanagement und -controlling wird durch regelmäßige Validierungen und (Weiter-) Entwicklungen der Modelle und Methoden vervollständigt. Dabei stehen insbesondere Modelle zur Messung, Steuerung und Bepreisung von Kredit- und Marktpreisrisiken im Fokus. Daneben übernimmt die Abteilung auch die Koordination und das Projektmanagement für die fachliche Umsetzung der Anforderungen an Instrumente und EDV-Systeme des Risikomanagements und -controllings.

Risikocontrolling Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung und Aufsichtsrecht

Die Abteilung Risikocontrolling Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung und Aufsichtsrecht wurde im Jahr 2011 neu gegründet. Sie agiert KfW-gruppenweit als zentraler Ansprechpartner für alle aufsichtsrechtlichen Themen in der Verantwortung des Bereiches. Im Rahmen dieser Tätigkeit werden aufsichtsrechtliche Änderungen überwacht, erstbewertet und regelmäßig berichtet. Bei Bedarf werden Umsetzungsmaßnahmen angestoßen. Auch werden in der Abteilung konzernweite Vorgaben für die Struktur sowie für die Formulierung von Rahmenbedingungen definiert.

Daneben ist die Abteilung für die Risikoberichterstattung der KfW IPEX-Bank verantwortlich. Sie fungiert auch als Competence-Center für das IPEX-Management hinsichtlich der Planungs- und Steuerungsinformationen in Bezug auf die eingegangenen Kreditrisiken, der Optimierungsansätze unter Portfoliosteuerungsgesichtspunkten sowie der Risikotragfähigkeit der KfW IPEX-Bank.

Interne Revision

Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands. Als prozessunabhängige Instanz prüft und beurteilt sie risikoorientiert grundsätzlich alle Prozesse und Aktivitäten der KfW und berichtet direkt an den Vorstand.

Mit Blick auf die Prozesse des Risikomanagements hat die Interne Revision im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl dezentrale Risikomanagementprozesse als auch zentrale, bankweit relevante Aspekte des Risikomanagements geprüft. Schwerpunkte lagen zum einen auf den Prozessen der Risikobeurteilung im Rahmen der Kreditvergabe und -betreuung in unterschiedlichen Geschäftsfeldern. Zum anderen waren die zentralen Verfahren und Methoden des Risikomanagements und deren Weiterentwicklung Gegenstand von Revisionsprüfungen.

Wie in den Vorjahren hat die Interne Revision darüber hinaus auch im Geschäftsjahr 2011 durch Teilnahme (Gaststatus) an Sitzungen von Entscheidungsgremien die Weiterentwicklung von Risikomessverfahren verfolgt.

Die Interne Revision der KfW ist gleichzeitig Konzernrevision in der KfW Bankengruppe. Sie bezieht die Internen Revisionen der Tochtergesellschaften in die konzernweite Revisionsberichterstattung ein.

Der Risikosteuerungsansatz des Konzerns

Risikoidentifikation →	Risikoabbildung →	Risikostrategie →	Risikosteuerung →	Risikouberwachung
Risikoinventur: - Kreditrisiko inkl. Länderrisiko - Zinsänderungsrisiko -Währungsrisiko -	-Ökonomischer Kapitalbedarf für Markt- und Kreditrisiken -SolvV -Standardansatz für Operationelle Risiken -	-Allgemeine risikopolitische Grundsätze - Konkretisierung der Ziele für das nächste	- Risikotragfähigkeitskonzept -Stresstests - Kapitalallokation Einzeladressen -	-Risikoberichte - Operative Überwachung im Limitmanagementsystem -Frühwarnverfahren -

Risikoidentifikation →	Risikoabbildung →	Risikostrategie →	Risikosteuerung →	Risiküberwachung
Credit Spread-Risiko -Sonstige	Liquiditätskennzahlen gemäß	Geschäftsjahr - Risikostrategie auf Konzernerbene -	Zweitvotum -Rating - Einzeladresslimite - Restrukturierung -Pricing	OpRisk- Maßnahmenüberwachung
Marktpreisrisiken - Operationelles Risiko (inkl. Rechtsrisiko) - Liquiditätsrisiko - Reputationsrisiko	Liquiditätsverordnung und KfW-Gesetz - Regulatorischer Kapitalbedarf für Kredit- und Marktrisiken	Teilstrategien für wesentliche Risikoarten	Portfolio -Risikoleitplanken -Portfoliorichtlinien - Kreditnehmereinheiten -, Branchen- und Länderlimite -Budgets für Risikoarten -OpRisk- Management	

Das Schaubild veranschaulicht den Risikosteuerungsprozess in der KfW Bankengruppe. Die Risikosteuerung im Konzern dient einem zentralen Ziel: dem Erhalt der Risikotragfähigkeit.

Interner Kapitaladäquanzprozess

Die MaRisk verlangen, dass Kreditinstitute einen internen Kapitaladäquanzprozess einrichten, der die Risikotragfähigkeit laufend sicherstellt. Der interne Kapitaladäquanzprozess der KfW Bankengruppe ist dadurch gekennzeichnet, dass ökonomische und regulatorische Vorgaben hinsichtlich der Risikotragfähigkeit gleichberechtigte übergeordnete Ziele des Konzerns darstellen. Dies bedeutet konkret, dass alle Risiküberwachungs- und Steuerungsmaßnahmen die Einhaltung sowohl eines ökonomischen Solvenzziels als auch von Mindestwerten für die Kern- und Gesamtkapitalquote sicherstellen müssen. Auf diese Weise wird eine ökonomisch sinnvolle Kapitalsteuerung mit dem Erfordernis der Sicherstellung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen verbunden. Für die enge Verzahnung der beiden Perspektiven legt die KfW eine einheitliche Definition für die Risikodeckungsmasse zugrunde: Für beide Sichtweisen wird das modifizierte verfügbare Eigenkapital gemäß §§ 10 bzw. 10 a KWG als Risikodeckungspotenzial zugrunde gelegt.

Ein weiteres zentrales Merkmal des Kapitaladäquanzprozesses ist die Steuerungsorientierung durch eine zusätzliche vorausschauende Perspektive. Diese bewertet das Absorptionspotenzial der Reserven der KfW - und damit ihre Handlungsfähigkeit - bei Eintritt bestimmter konjunktureller (Stress-)Szenarien. Ein in diesem Zusammenhang etabliertes Ampelsystem mit Schwellenwerten signalisiert bei kritischen Entwicklungen Handlungsbedarf im Rahmen der operativen und strategischen Steuerung.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der KfW Bankengruppe nimmt in seiner Grundkonzeption eine Liquidationsperspektive ein. Durch die Hinzunahme einer vorausschauenden Perspektive, die auch die Einhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen gewährleistet, wird das Konzept jedoch um eine "Going-Concern-Sicht" erweitert und enthält damit Elemente beider Grundtypen von Risikotragfähigkeitskonzepten.

Die Ziele zur Risikotragfähigkeit werden mittels Kapitalallokation auf die Ebene der einzelnen Geschäftsfelder/-bereiche in Form ökonomischer Kapitalbudgets übertragen. Das allokierte Risikodeckungspotenzial steht den Geschäftsfeldern/-bereichen für die Unterlegung von Alt- und Neugeschäft für die verschiedenen Risikoarten zur Verfügung. Die Kapitalallokation wird im Rahmen der jährlichen Konzerngeschäftsfeldplanung durchgeführt. Diese berücksichtigt neben der Bedarfsplanung der Geschäftsfelder/-bereiche die Risikoziele und die Risikobereitschaft (zum Beispiel Ampelgrenzen). Zugleich wird ein zentral gehaltener Kapitalpuffer für den Stressfall durch den Gesamtvorstand festgelegt, der der antizyklischen Risikosteuerung dient. Die Einhaltung wird vierteljährlich überprüft und evtl. Handlungsbedarf adressiert. Zusätzlich werden auf Konzernebene für die Geschäftsfelder/-bereiche entsprechende Planwerte für die regulatorische Kapitalbindung ermittelt, deren Auslastung ebenfalls vierteljährlich überwacht wird.

Der Kapitaladäquanzprozess der KfW wurde im Berichtsjahr insbesondere im technisch-organisatorischen Bereich weiter verbessert. Für 2012 stehen selektive Weiterentwicklungen an, die sich vor allem aus den neuen aufsichtlichen Anforderungen an Risikotragfähigkeitskonzepte ergeben.

Regulatorische Risikotragfähigkeit

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

	2011 Mio. EUR	2010 Mio. EUR
Risikoposition	113.283	124.077
Kernkapital	17.414	15.347
Regulatorische Eigenmittel (Risikodeckungspotenzial)	20.216	18.259
Kernkapitalquote	15,4 %	12,4 %
Gesamtkennziffer	17,8 %	14,7 %

Die Kennziffer "Risikoposition" ergibt sich aus der mit dem Faktor 12,5 multiplizierten Summe der Anrechnungsbeträge für Adressrisiken, Marktrisiken sowie Operationelle Risiken.

Die KfW unterliegt nicht den Vorschriften der §§ 10 bzw. 10 a KWG. Für interne Zwecke erfolgt jedoch eine freiwillige Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten auf Basis der wesentlichen rechtlichen Vorschriften. Hierbei werden für große Teile des Kreditportfolios zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen eigene Ratingverfahren verwandt (fortgeschrittener IRB-Ansatz).

Analog zur Anwendung der KWG-Vorschriften ist die KfW auch vom Geltungsbereich der EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen (CRD) ausgenommen. Sie wird aber die ab 2013 schrittweise in Kraft tretenden Änderungen vergleichbar zur bisherigen Vorgehensweise auf freiwilliger Basis umsetzen. Im Rahmen des internen Reportings wird die regulatorische Risikotragfähigkeit bereits jetzt auch unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Basel-III-Entwürfe indikativ berechnet. Im Ergebnis erfüllt die KfW schon heute die ab 2019 geltenden Mindestquoten. In Anbetracht der noch offenen Diskussionen und der ausstehenden Finalisierung wesentlicher Aspekte veröffentlicht die KfW hierzu aber noch keine konkreten Zahlen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten der KfW Bankengruppe haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Per 31.12.2011 liegt die Gesamtkennziffer unter Berücksichtigung des Konzernergebnisses bei 17,8 % (Vorjahr: 14,7 %), die Kernkapitalquote bei 15,4 % (Vorjahr: 12,4 %). Die positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der regulatorischen Eigenmittel durch das Konzernergebnis 2011 zurückzuführen. Gleichzeitig tragen der selektive Abbau von Risikopositionen und

methodische Weiterentwicklungen der Risikomessung zur rückläufigen Entwicklung der Eigenmittelanforderungen für Kreditrisiken bei. Der geringe Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken ist darauf zurückzuführen, dass die KfW die Regelungen für Nichthandelsbuchinstitute anwendet. Die regulatorischen Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisiken resultieren allein aus der Unterlegungspflicht der offenen Fremdwährungsposition.

Regulatorische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2011 (in Mio. EUR)



In Klammern: Werte zum 31.12.2010

Die Eigenmittelanforderung für das Kreditrisiko wurde mit 8% Kapitalunterlegung berechnet.

Ökonomische Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der ökonomische Kapitalbedarf für potenzielle Verluste aus wesentlichen Risiken dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Die KfW legt hierfür ein ökonomisches Solvenzziel von 99,99 % zugrunde.

Um die wesentlichen Risiken zu ermitteln, führt die KfW mindestens jährlich eine Risikoinventur durch. Im Rahmen der Risikoinventur werden für die KfW relevante Risikoarten in einem strukturierten Prozess identifiziert, definiert und anschließend einer Wesentlichkeitsbeurteilung unterzogen. Die Wesentlichkeit einer Risikoart hängt primär von den Gefahrenpotenzialen für die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage der KfW ab. Zentrales Ergebnis der Risikoinventur ist das Gesamtrisikoprofil, das einen Überblick über die wesentlichen und unwesentlichen Risikoarten des Konzerns vermittelt.

Die dominierende Risikoart in der KfW ist das Kreditrisiko. Es bezeichnet die Gefahr von Verlusten, wenn Geschäftspartner ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber der KfW nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig erfüllen (Ausfall) oder sich deren Bonitäten verschlechtern (Migration). Das Kreditrisiko setzt sich somit aus dem Adressenausfall- und dem Migrationsrisiko zusammen. Die Risikomessung basiert dabei insbesondere auf folgenden drei Größen:

- (Erwartete) Höhe der Forderung zum Zeitpunkt eines potenziellen Ausfalls (Exposure at Default, EAD)
- Ausfallwahrscheinlichkeit eines Geschäftspartners (Probability of Default, PD)
- (Erwartete) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD)

Die Ausfallwahrscheinlichkeit wird für jeden Geschäftspartner mit Hilfe von Ratingverfahren geschätzt. Das zentrale Ergebnis der Ratingverfahren ist eine Aussage, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Geschäftspartner in den nächsten zwölf Monaten seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommen kann. Die Schätzung der Verlustquote bei Ausfall berücksichtigt das Vorliegen von Sicherheiten.

Das Produkt aus den drei genannten Größen ergibt den sogenannten Erwarteten Verlust, der im langjährigen statistischen Durchschnitt erwartet werden kann. Der Erwartete Verlust wird bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit durch den Abzug vom Risikodeckungspotenzial gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der §§ 104 f. Solvabilitätsverordnung berücksichtigt.

Der ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken wird durch das Risikocontrolling mit Hilfe statistischer Modelle quantifiziert. Für Adressenausfallrisiken wird das Verlustpotenzial unter Verwendung eines Kreditportfoliomodells und des Risikomaßes Credit-Value-at-Risk berechnet. Die Differenz zwischen Credit-Value-at-Risk und Erwartetem Verlust wird als ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet. Migrationsrisiken werden szenariobasiert in den vorausschauenden Perspektiven der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

In Bezug auf die Marktpreisrisiken geht der Konzern ähnlich vor. Hier wird pro Risikoart unter Verwendung statistischer Modelle der mögliche Barwertverlust in einem (durch das Solvenzniveau definierten) "Worst Case" bestimmt. Der ökonomische Kapitalbedarf entspricht diesem Barwertverlust.

Der Kapitalbedarf für Operationelle Risiken wird unter Verwendung des aufsichtsrechtlichen Standardansatzes gemäß Solvabilitätsverordnung berechnet.

Für alle Risikoarten beträgt der dabei verwendete Prognosezeitraum ein Jahr. Der Kapitalbedarf für Kredit- und Marktpreisrisiken wird konservativ, das heißt ohne Beachtung von Diversifikationseffekten, aggregiert.

Auf dieser Grundlage ist zum 31.12.2011 die ökonomische Risikotragfähigkeit zum Solvenzniveau von 99,99 % gegeben. Die Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Gesamtkapitalbedarf per 31.12.2011 (7.658 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem Vorjahreswert (6.985 Mio. EUR) verbessert. Der Anstieg ist unter anderem auf das - bedingt durch das Konzernergebnis 2011 - höhere Risikodeckungspotenzial zurückzuführen. Der Anstieg des Gesamtkapitalbedarfs gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die Marktpreisrisiken zurückzuführen. Im Gegensatz zu den regulatorischen Anforderungen der Säule I an Nichthandelsbuchinstitute werden in der ökonomischen Betrachtung der Säule II auch das Zinsänderungsrisiko, das Credit Spread-Risiko und sonstige Marktpreisrisiken berücksichtigt. Für das Währungsrisiko wird zudem entgegen dem Vorgehen in der Säule I ein internes Modell eingesetzt. Der Anstieg des Kapitalbedarfs für Marktpreisrisiken gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus methodischen Anpassungen (vgl. Abschnitt Marktpreisrisiko).

Ökonomische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2011 (in Mio. EUR)



In Klammern: Werte zum 31.12.2010

Stille Lasten und stille Reserven des Wertpapierportfolios werden gesondert betrachtet: Der zum Bewertungsstichtag bestehende Saldo aus stillen Lasten und Reserven auf IFRS-Basis wird dem vorhandenen Kapitalpuffer (Überdeckung) in der ökonomischen Steuerung nachrichtlich gegenübergestellt. Die Überdeckung nach Anrechnung stiller Lasten und Reserven (gemäß IFRS) belief sich per 31.12.2011 auf 7.058 Mio. EUR.

Den Liquiditäts- und sonstigen Risiken begegnet der Konzern durch das Monitoring geeigneter Kennzahlen sowie durch regelmäßige Kontrollschritte in den bankbetrieblichen Prozessabläufen.

Die Risikomessung basiert auf State-of-the-Art-Modellen der Bankenpraxis. Jedes Modell stellt jedoch eine Vereinfachung der komplexen Realität dar und baut auf der Annahme auf, dass die in der Vergangenheit beobachteten Risikoparameter auch repräsentativ für die Zukunft geschätzt sind. Nicht alle möglichen Einflussfaktoren und deren komplexe Interaktionen können hinsichtlich der Risikoentwicklung eines Portfolios erfasst und modelliert werden. Unter anderem auch deshalb führt der Konzern sowohl in den Kredit- als auch in den Marktrisikomodellen Stresstests durch. Der Konzern arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Risikomodelle und -prozesse. So wurde 2011 das Kreditportfoliomodell neu parametrisiert und auch - getrieben durch die 3. MaRisk-Novelle - die Aggregation der Risikoarten überarbeitet. Im Jahr 2012 stehen unter anderem die absehbaren Regelungen aus Basel III mit erhöhten Liquiditäts- und Eigenkapitalanforderungen im Fokus der Weiterentwicklungen.

Stress- und Szenariorechnungen

Die KfW berücksichtigt bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit einen nach konservativen Maßstäben ermittelten potenziellen Kapitalmehrbedarf für Stress-Szenarien. Um eine stärkere Steuerungsorientierung des Risikotragfähigkeitskonzeptes zu gewährleisten, betrachtet die KfW vierteljährlich ein Forecast- (erwartetes Szenario), ein Downturn- (leichter konjunktureller Abschwung) und ein Stress-Szenario (starke Rezession) und deren Auswirkungen auf die ökonomische und regulatorische Risikotragfähigkeit. Diese vorausschauende Perspektive zeigt, wie resistent und handlungsfähig die KfW bei Eintritt dieser Szenarien ist, und liefert damit direkte Steuerungsimpulse.

Der Forecast gibt eine Vorschau auf die Risikotragfähigkeit zum Jahresende. Dabei werden die Auswirkungen der erwarteten konjunkturellen Entwicklung auf Kreditrisiken und Zinsen einbezogen. Der aktuelle Forecast für das Jahresende 2012 zeigt eine rückläufige Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den ökonomischen Kapitalbedarf im Vergleich zum 31.12.2011. Der Grund für den Rückgang ist insbesondere die geplante Umstellung auf das weiterentwickelte Modell zur Messung von Zinsänderungsrisiken. Hierdurch wird sich der ökonomische Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken erhöhen.

Im Downturn- und Stress-Szenario werden Ergebniseffekte und Veränderungen des Kapitalbedarfs auf Sicht von zwölf Monaten bei einer negativen Sicht auf die konjunkturelle Entwicklung (in unterschiedlicher Schwere) dargestellt. Im Stress-Szenario werden dabei die Auswirkungen einer schweren Rezession abgebildet. In beiden Szenarien geht die Bank von insgesamt steigenden Kreditrisiken (Adressenausfall- und Migrationsrisiken) aus. Für die EUR- und USD-Zinsen wird in diesen Szenarien mit sinkenden Zinsen gerechnet. Gleichzeitig wird angenommen, dass zunehmende Marktunsicherheiten zu einer erhöhten Volatilität bei Zinsen, Währungen und Credit Spreads führen, wodurch der ökonomische Kapitalbedarf für die entsprechenden Risikoarten steigt. Zudem mindern im Stress-Szenario auch potenzielle Schadensfälle aus Operationellen Risiken das Risikodeckungspotenzial.

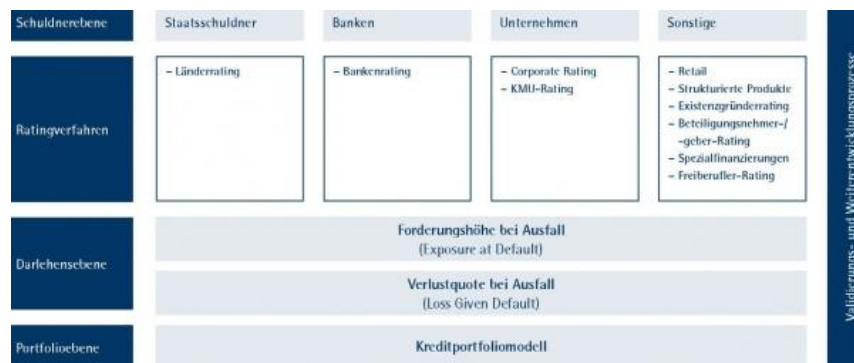
Auf Grundlage der durchgeführten Analysen geht die KfW im Stress-Szenario von einer Reduzierung der Überdeckung von 7,7 Mrd. EUR auf 2,2 Mrd. EUR aus. Damit ist selbst unter ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen die Risikotragfähigkeit auf einem Solvenzniveau von 99,99 % weiterhin gewährleistet.

Zusätzlich zu den Konjunkturszenarien werden weitere Stresstests durchgeführt, mit denen die Belastbarkeit der Risikotragfähigkeit der KfW untersucht wird: Aktuelle makroökonomische Gefährdungspotenziale sind der Ausgangspunkt für die wechselnden Szenario-Stresstests. Mit den im Berichtsjahr -entsprechend den neuen Anforderungen der 3. MaRisk-Novelle - eingeführten Konzentrations- und inversen Stresstests wird ergänzend gezeigt, wie in ungünstigen Konstellationen schlagend werdende Konzentrationsrisiken die Risikotragfähigkeit der KfW an ihre Grenzen bringen könnten.

Risikoarten

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Der Konzern geht Adressenausfallrisiken¹⁾ im Rahmen seines Förderauftrages ein. Im inländischen Förderkreditgeschäft liegen die Risikoschwerpunkte im Bereich der Finanzierung von Gründern von mittelständischen Unternehmen und von Beteiligungen, da die KfW insbesondere in diesen Segmenten der inländischen Förderung auch Endkreditnehmerrisiken trägt (bei einem Großteil der inländischen Förderung tragen im Rahmen des Hausbankprinzips die durchleitenden Banken die Ausfallrisiken der Endkreditnehmer). Darüber hinaus übernimmt der Konzern Risiken im Rahmen seiner Export- und Projektfinanzierung sowie in der Förderung der Entwicklungs- und Transformationsländer.



Die Bewertung des Adressenausfallrisikos erfolgt über die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) und der (erwarteten) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD).

Zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet der Konzern interne Ratingverfahren für Banken, Unternehmen (Corporates), kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Beteiligungsgeber, Beteiligungsnehmer, Freiberufler, Existenzgründer und Länder. Diese Verfahren basieren auf Scorecards²⁾ und folgen einer einheitlichen, konsistenten Modellarchitektur. Für Spezialfinanzierungen wird für wesentliche Teile ein simulationsbasiertes Ratingverfahren eingesetzt. Für strukturierte Produkte werden Cashflow-basierte Ratingverfahren herangezogen. Für Verbriefungstransaktionen wird das Rating für Tranchen auf Grundlage der Ausfalldynamik des Forderungspools und der Wasserfallstruktur der Transaktion ebenfalls stochastisch ermittelt. Die Ratingverfahren haben die Prognose von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Ziel. Die Verantwortung für die Raterstellung im risikorelevanten Geschäft liegt grundsätzlich in den Marktfolgebereichen.³⁾

Das Rating wird mindestens einmal jährlich aktualisiert, außer bei Geschäftspartnern, mit denen ausschließlich Retailgeschäft besteht.

Durch die Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf eine konzernweit einheitliche Masterskala ist die Vergleichbarkeit von Ratings verschiedener Verfahren und Geschäftsfelder gegeben. Die Masterskala besteht aus 20 unterschiedlichen Klassen, die sich in die vier Gruppen Investment Grade, Non-Investment Grade, Watch-List und Default einteilen lassen. Für jede Masterskala-Klasse sind die Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit festgelegt.

Zu jedem Ratingverfahren existieren Organisationsanweisungen, die insbesondere die Zuständigkeiten, Kompetenzen sowie die Kontrollmechanismen regeln. Eine Vergleichbarkeit von internen Ratings des Konzerns und externen Ratings von Ratingagenturen wird durch ein Mapping der externen Ratings auf die KfW-Masterskala gewährleistet. Durch eine turnusgemäße Validierung und Weiterentwicklung der Ratingverfahren wird sichergestellt, dass auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann. Ratinginstrumente und Prozesse entsprechen weitgehend den Mindestanforderungen der geltenden Aufsichtsstandards (MaRisk/Basel II).

Wesentlichen Einfluss auf die Ausfallhöhe nimmt neben der Forderungshöhe bei Ausfall (EAD) die Bewertung der Sicherheiten ein, die risikomindernd in der Verlustquote bei Ausfall (LGD) angerechnet werden. Im Rahmen der Sicherheitenbewertung für anrechenbare Sicherheiten wird der zu erwartende Nettoerlös einer Sicherheitenverwertung im Schadensfall über die gesamte Kreditlaufzeit geschätzt. Hierbei werden Sicherheitsabschläge berücksichtigt, die bei persönlichen Sicherheiten auf der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustquote des Sicherheitengebers basieren. Bei dinglichen Sicherheiten sind neben Marktpreisschwankungen vor allem abschreibungsbedingte Wertverluste für die Abschläge verantwortlich. Der ermittelte Wert ist wichtiger Bestandteil der konzerninternen Verlustschätzung (LGD). Die unterschiedlichen Bewertungsverfahren für einzelne Sicherheitentypen basieren je nach Datenverfügbarkeit auf internen und externen historischen Daten sowie auf Expertenschätzungen. Die Bewertungsparameter werden regelmäßig überprüft. Auf Ebene der einzelnen Sicherheiten ist damit eine verlässliche Bewertung der Sicherheitenlage gewährleistet. Ein Risikogrundsatz für Kreditsicherheiten regelt deren gruppenweit einheitliches Management, ihre Bewertung und Anrechnung.

Zur Begrenzung von Risiken aus dem Neugeschäft verfügt der Konzern über Limitmanagementsysteme, Risikoleitplanken und verschiedene Portfoliorichtlinien. Sie bilden sowohl eine Grundlage für die Zweitvotierung von Kreditgeschäften als auch eine Orientierungshilfe für die Kreditvergabe und haben die Aufgabe, eine angemessene Qualität bzw. Risikostruktur des Konzernportfolios sicherzustellen.⁴⁾ Die Portfoliorichtlinien definieren – differenziert nach Adresstypen und Produktvarianten – die Bedingungen, unter denen Geschäfte im Regelfall eingegangen werden dürfen. Darüber hinaus werden Risikoleitplanken für Länder, Branchen und Produkte definiert, um kurzfristig mit spezifischen Vorgaben zur Kreditvergabe aktuellen oder potenziellen negativen Entwicklungen zu begegnen. Mit den Limitmanagementsystemen werden schließlich sowohl Risikokonzentrationen (Konzentrationslimite) als auch bonitätsabhängige Einzeladressrisiken (Adresslimite) abgebildet. Konzentrationslimite dienen der Beschränkung von Risikokonzentrationen im Kreditportfolio und somit der Verhinderung großer Einzelverluste. Adresslimite dienen im Sinne einer Feinsteuerung dem kontrahentenspezifischen Management von Kreditausfallrisiken.

Im Kreditbestand werden Engagements mit höheren Risiken unterteilt in eine Watch-List und eine Liste für Kredite mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing Loans). Die Watch-List dient dazu, potenzielle Problemkredite frühzeitig zu identifizieren und ggf. die Problemkreditbearbeitung vorzubereiten. Dabei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, das Marktumfeld des jeweiligen Kreditnehmers sowie die überlassenen Sicherheiten regelmäßig überprüft und dokumentiert sowie Handlungsvorschläge – insbesondere für risikobegrenzende Maßnahmen – formuliert. Für Non-Performing Loans und auch zu großen Teilen für Watch-List-Engagements⁵⁾ liegt die Prozessverantwortung in den für Restrukturierungen zuständigen Einheiten. Dies ermöglicht ein frühzeitiges Einschalten von Spezialisten, um ein professionelles Problemkreditmanagement zu gewährleisten.

¹⁾ Als Adressenausfallrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten definiert, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko enthält auch das Länderrisiko, bestehend aus Transfer-, Konvertierungs- und politischen Risiken.

²⁾ Bei einer Scorecard handelt es sich um ein mathematisch-statistisch geschätztes und/oder auf Expertenwissen basierendes Modell. Die einzelnen für die Bonitätsbewertung als relevant erachteten Risikofaktoren werden in Abhängigkeit ihrer Ausprägung bzw. ihres Wertes in einen Punktwert umgewandelt und zur Aggregation gewichtet.

³⁾ Im bankdurchgeleiteten Geschäft bestehen hiervon Ausnahmen.

RISIKOVORSORGE

Allen erkennbaren Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts - dazu gehören auch politische Risiken bei Finanzierungen im Ausland - trägt der Konzern durch Bildung von Risikovorsorge in angemessenem Ausmaß Rechnung. Für Engagements mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing Loans) werden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Teilbeträge gebildet. Basis für die Identifikation dieser Ereignisse sind Kriterien, die sowohl den Anforderungen nach Basel II als auch IFRS genügen. Hierzu gehören unter anderem die Identifizierung erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Schuldners, Zahlungsrückstände, Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation, zum Beispiel im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen, auffällige Maßnahmen des Schuldners zur Liquiditätssteigerung sowie die maßgebliche Verschlechterung der Werthaltigkeit von Sicherheiten. Diese Kriterien werden im Risikohandbuch des Konzerns noch weiter konkretisiert. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt mit Hilfe eines Impairment-Verfahrens. In die Berechnung der Einzelwertberichtigungen fließt die individuelle Beurteilung des Kreditnehmers hinsichtlich zukünftiger Zahlungen ein. Dabei wird neben dem Umfang und der Werthaltigkeit der Sicherheiten auch das politische Risiko berücksichtigt. Für kleinere und standardisierte Kredite erfolgt eine pauschalierte Einzelwertberichtigung auf Basis homogener Teilportfolios.

Die Risikovorsorge für latente Risiken (Portfoliowertberichtigung) wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen der jährlich stattfindenden Ratingprozesse und Sicherheitenbewertungen. Die Portfoliowertberichtigung wird sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Risiken gebildet. Basis ist hierfür das oben beschriebene Erwarteter-Verlust-Modell, das für IFRS-Zwecke übergeleitet wird. Für Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale werden nach demselben Berechnungsschema Rückstellungen gebildet.

Die vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise für besonders betroffene Branchen und Länder gebildeten weiteren Portfoliowertberichtigungen konnten im Jahr 2011 aufgrund der wirtschaftlichen Erholung weiter reduziert werden.

⁴⁾ Dabei wird den Besonderheiten unseres Fördergeschäfts Rechnung getragen.

⁵⁾ Bei der KfW IPEX-Bank wird die Übernahme der Zuständigkeit für Watch-List-Fälle einzelfallabhängig durch das Risikomanagement in Abstimmung mit der für Restrukturierungen zuständigen Einheit entschieden.

MAXIMALES AUSFALLRISIKO

Das maximale Ausfallrisiko aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.36 besteht für den Konzern im Totalausfall der jeweiligen Risikopositionen. Hierbei sind ebenfalls die Eventualverbindlichkeiten und die Unwiderruflichen Kreditzusagen zu berücksichtigen. Die Buchwerte sind bereits um die Risikovorsorge gekürzt.

Zahlungsrückstände ergaben sich zum Bilanzstichtag nur bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie bei Finanzanlagen, individuelle Wertminderungen darüber hinaus noch bei den Eventualverbindlichkeiten und Unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko (in Mio. EUR)

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Wertanpassungen aus Macro Hedging	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	290.810	263.222	113.528	102.878	13.468	7.478
Risikovorsorge	162	200	4.778	5.221	0	0
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	290.308	262.969	110.392	100.984	13.468	7.478
darauf angerechnete Sicherheiten	191.053	170.154	27.690	23.627	0	0
	Derivate im Hedge Accounting; Sonstige Derivate		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventual- verbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	41.494	29.891	31.904	35.236	62.007	72.257
Risikovorsorge	0	0	15	20	256	484
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	41.494	29.891	31.625	34.993	62.003	72.256
darauf angerechnete Sicherheiten	11.520	9.353	1.677	94	1.659	2.828

Überfällige und nicht individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (in Mio. EUR)

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Buchwert weniger als 90 Tage überfällig	323	86	882	268	2	1
Buchwert 90 Tage überfällig und mehr	24	16	985	215	0	0
Gesamt	347	102	1.867	483	2	1
darauf angerechnete Sicherheiten	310	56	461	257	0	0

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (in Mio. EUR)

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden	
	2011	2010	2011	2010
Buchwert	154	151	1.268	1.411
darauf gebildete Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen	66	88	4.232	4.483
darauf angerechnete Sicherheiten	35	26	540	428
	Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2011	2010	2011	2010
Buchwert	277	242	4	1
darauf gebildete Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen	0	0	210	429
darauf angerechnete Sicherheiten	6	7	0	0

Im Geschäftsjahr 2011 sind von 553 Mrd. EUR (Vorjahr: 511 Mrd. EUR) ausstehenden Finanzinstrumenten des Konzerns 1,7 Mrd. EUR (netto, nach Abzug der Risikovorsorge, Vorjahr: 1,8 Mrd. EUR) als individuell wertgemindert eingestuft. Die potenziellen Ausfälle sind vorsichtig bewertet und insgesamt mit 4,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 5,0 Mrd. EUR) wertmindernd berücksichtigt. Darin enthalten ist die Vorsorge für die Risiken aus den verschiedenen Maßnahmen zur Rettung der IKB in Höhe von 3,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 3,7 Mrd. EUR)⁶⁾.

Neben der Vorsorge für akute Ausfallrisiken trifft der Konzern auch für latente Ausfallrisiken (wirtschaftliche und politische Risiken) Vorsorge. Per 31.12.2011 ergibt sich für das nicht individuell wertgeminderte Geschäft eine Risikovorsorge von insgesamt 0,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,9 Mrd. EUR). Die Besicherung der Kredite aus dem Konzernportfolio ist vor allem durch das bankdurchgeleitete Geschäft sowie das durch die Bundesrepublik Deutschland bzw. einzelne Bundesländer garantierte Fördergeschäft geprägt⁷⁾. Dabei fällt der weitaus größte Teil der Besicherung auf abgetretene Endkreditnehmerforderungen im Rahmen des bankdurchgeleiteten Geschäfts. Dingliche Sicherheiten wie zum Beispiel Schiffe und Flugzeuge spielen in Bezug auf den Gesamtbestand der Sicherheiten nur eine untergeordnete Rolle.

Das hohe Exposure der Derivate mit positiven Marktwerten relativiert sich durch die mit den Kontrahenten getroffenen Nettingabreden. Diese umfassen auch Derivate mit negativen Marktwerten und verringern das Kontrahentenrisiko substantziell.

Im Berichtsjahr ist ein Anstieg der überfälligen und nicht individuell wertgeminderten Forderungen zu verzeichnen. Bei den weniger als 90 Tage überfälligen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstände von einem Tag, die inzwischen beglichen wurden. In den rückständigen Kundenforderungen von 90 Tagen und länger sind ausgefallene Forderungen aus dem "KfW-Sonderprogramm" enthalten. Aufgrund der vollständigen Bundesgarantie für diese Geschäfte wurde keine individuelle Risikovorsorge gebildet. Im Berichtsjahr hat der Konzern keine wesentlichen zuvor als dingliche Sicherheit gehaltenen Vermögenswerte in Besitz genommen.

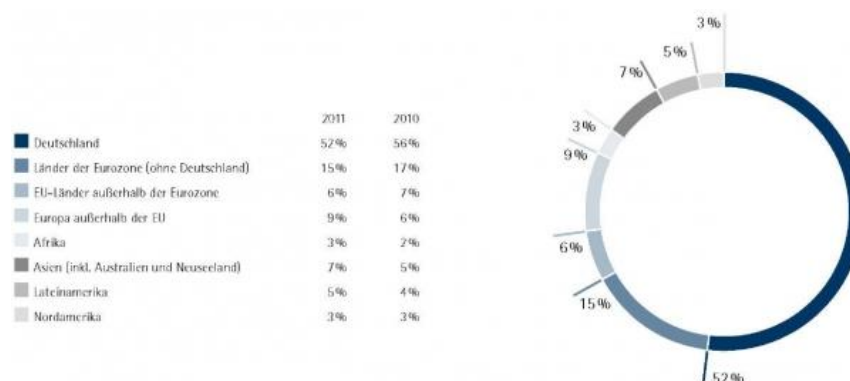
PORTFOLIOSTRUKTUR

Das Zusammenwirken der Risikoeigenschaften der Einzelengagements im Konzern-Kreditportfolio wird mit Hilfe eines internen Portfoliomodells beurteilt. Die Bündelung großer Portfolioanteile auf einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen birgt das Risiko existenzgefährdender Großausfälle. Das Risikocontrolling bewertet - basierend auf dem ökonomischen Kapitalkonzept - Einzel-, Branchen- und Länderrisikokonzentrationen. Die Konzentrationen werden primär über den ökonomischen Kapitalbedarf gemessen. So ist sichergestellt, dass sowohl hohe Volumina und ungünstige Ausfallwahrscheinlichkeiten als auch unvorteilhafte Korrelationen der Risiken untereinander Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse bilden eine zentrale Grundlage für die Steuerung des Kreditportfolios.

Regionen

Das Kreditportfolio⁸⁾ des Konzerns entfällt per 31. Dezember 2011 gemessen am ökonomischen Kapitalbedarf zu 67 % (Vorjahr: 73 %) auf die Eurozone. In Deutschland führt im Wesentlichen die Angleichung der ökonomischen Kapitalunterlegung für inländisches staatlich garantiertes Kreditgeschäft inkl. des Kreditgeschäfts mit Landesförderinstituten an die aufsichtsrechtliche Behandlung (Nullgewichtung) zu einem deutlichen Rückgang der Kapitalbindung. Rückführungen bei Globaldarlehen und Pfandbriefen in Portugal sowie bei Termineinlagen in Frankreich und Österreich führen in der Eurozone (ohne Deutschland) zu einer geringeren Kapitalbindung.

Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Regionen), 2011



⁶⁾ Das Zuweisungsgeschäft im Rahmen der Stützungsmaßnahmen für Griechenland über 22,3 Mrd. EUR ist vollständig durch eine Bundesgarantie abgesichert und wird daher nicht im Portfolio individuell wertgeminderter Finanzinstrumente ausgewiesen.

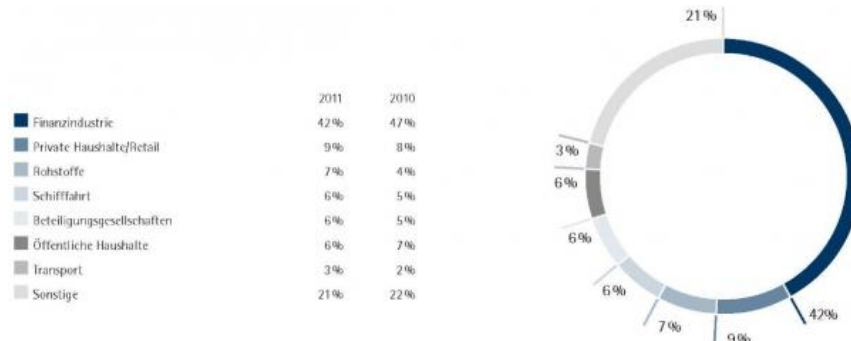
⁷⁾ Hier werden die Sicherheiten so dargestellt, wie sie auch für die interne Steuerung für wirtschaftliche Risiken angerechnet werden. Partizipationswirkungen der Sicherheiten untereinander werden berücksichtigt, um den Ausweis von Doppelbesicherungen zu vermeiden.

⁸⁾ Das Kreditportfolio enthält hier den Bestand an Krediten und Finanzanlagen im performenden Geschäft.

Branchen

Der hohe Anteil der Finanzindustrie am Gesamt-Kapitalbedarf für Kreditrisiken ist auf den Förderauftrag des Konzerns zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil unserer inländischen Förderung erfolgt über bankdurchgeleitete Kredite. Der Rückgang der Kapitalbindung in der Finanzindustrie ist im Wesentlichen auf die bereits erwähnte Nullanrechnung des Kreditgeschäfts mit inländischen staatlich garantierten Landesförderinstituten zurückzuführen. In der Branche Rohstoffe führt vor allem Neugeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien zum Anstieg der Kapitalbindung.

Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Branchen), 2011

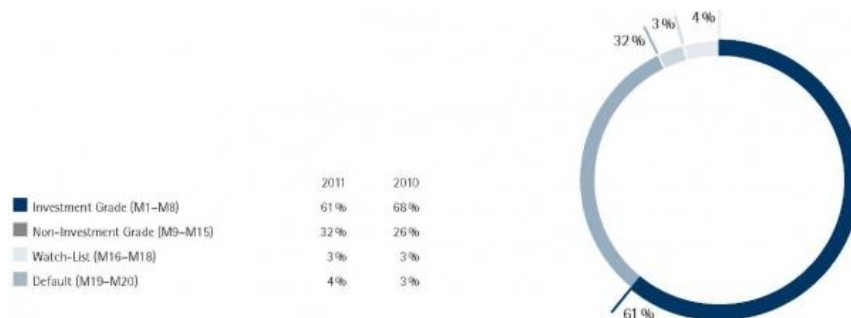


Bonität

Da die Bonität die Höhe des ökonomischen Kapitalbedarfs stark beeinflusst, ist es bei der Analyse der Bonitätsstruktur sinnvoll, die Verteilung des Netto-Exposures nach Bonitätsklassen zu betrachten. Die bereits genannte Nullgewichtung des inländischen staatlich garantierten Kreditgeschäfts führt zu einem starken Rückgang des Netto-Exposures im Investment-Grade-Bereich.

Dadurch steigt der relative Anteil der anderen Bonitätsklassen in Bezug auf das Netto-Exposure des Gesamtportfolios. Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Konzern-Kreditportfolios ist jedoch gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Das Konzern-Kreditportfolio verfügt damit unverändert über eine gute Bonitätsstruktur.

Bonitätsstruktur nach Netto-Exposure, 2011



Strukturierte Produkte im Konzernportfolio

In diesem Abschnitt wird das Konzernportfolio an strukturierten Produkten, unterschieden in Asset Backed Securities (ABS) und Plattformverbriefungen (PROMISE, PROVIDE), gesondert dargestellt.

Asset Backed Securities

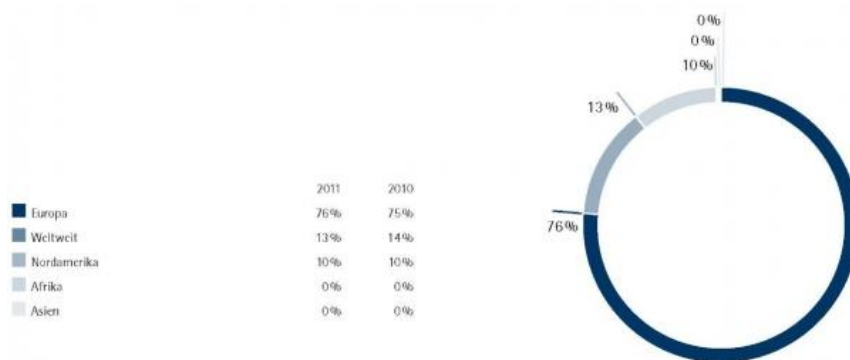
Neben den ABS-Papieren im Eigenbestand besitzt der Konzern weitere ABS-Investments in Spezialfonds. Diese Investments wurden im vergangenen Jahr erneut reduziert.

Der Nominalwert der ABS-Papiere beträgt zum Stichtag 31.12.2011 rund 4,4 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung der Mark-to-Market-Bewertung für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Papiere sowie gebildete Wertberichtigungen beläuft sich der Bilanzwert (inkl. der anteiligen Zinsen) des Portfolios auf 4,1 Mrd. EUR. In den nachfolgenden Übersichten ist die Zusammensetzung des ABS-Portfolios nach Assetklassen, Ratingeinstufung und geografischer Verteilung der Forderungen in den Verbriefungsportfolios dargestellt.

Darstellung des Exposures auf Basis von Nominalwerten, 31.12.2011

	CLO	RMBS	CMBS	CDO	ABS & Sonstige	Gesamt 2011	Gesamt 2010
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Investment Grade	1.573	862	323	14	849	3.621	4.123
Non-Investment Grade	276	22	-	2	1	301	322
Watch-List	35	65	6	-	-	107	80
Default	202	13	47	142	-	404	471
	2.086	962	377	158	850	4.433	4.995

Geografische Verteilung des Assetpools (gemessen am Nominalwert), 2011



Das Portfoliovolumen ist gegenüber dem Vorjahreswert aufgrund von Tilgungen und vereinzelt Verkäufen weiter zurückgegangen (-0,6 Mrd. EUR nominal). Der Vergleich der Ratingstruktur des Portfolios zeigt eine Entlastung des Default-Bestandes, die auf Tilgungen und Bonitätsverbesserungen zurückzuführen ist. Die geografische Verteilung des Assetpools hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert, der regionale Schwerpunkt des ABS-Portfolios liegt weiterhin in Europa.

Insgesamt zeichnen sich europäische und damit auch deutsche Verbriefungen durch eine solide Performance aus. Die kumulierten Ausfallraten europäischer Verbriefungen liegen weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Der Konzern trägt zudem über die Risikoabschirmungsmaßnahmen zugunsten der IKB indirekt weitere Risiken aus strukturierten Wertpapieren. So ist der Konzern in Liquiditätslinien der IKB zur Refinanzierung der Ankaufsgesellschaften des Conduits Rhineland Funding Capital Corporation eingetreten. Unter Berücksichtigung von Tilgungen und Verlustrealisierungen verbleiben zum 31.12.2011 Forderungen in Höhe von 3,4 Mrd. EUR gegenüber den Ankaufsgesellschaften, für die Wertberichtigungen in Höhe von 3,1 Mrd. EUR gebildet wurden.

Plattformverbriefungen

Über die Verbriefungsplattform PROMISE können Kreditinstitute synthetisch Kreditrisiken aus Mittelstandskreditportfolios in den Kapitalmarkt transferieren. Mit dem Verbriefungsprogramm PROVIDE, das auf die Verbriefung von privaten Wohnungsbaukrediten abzielt, ergänzt die KfW ihr Förderinstrumentarium. Die Verbriefung von Hypothekendarlehen und die Verbriefung von Unternehmenskrediten machen zum Stichtag 31.12.2011 jeweils rund die Hälfte des Engagementbestandes bei Plattformverbriefungen aus. Per 31.12.2011 belief sich das Verbriefungsvolumen über die Plattformen auf insgesamt 8,4 Mrd. EUR. Davon sind 8,3 Mrd. EUR über Portfolio-CDS bzw. Credit-Linked Schulscheine besichert. Mit den verbleibenden rund 0,05 Mrd. EUR hat der Konzern Risiken aus Senior-Tranchen einbehalten. Der Rückgang des Verbriefungsvolumens gegenüber dem Vorjahr (- 7,0 Mrd. EUR) resultiert vornehmlich aus der Nutzung der Kündigungsoptionen der Originator-Banken. Zudem wurde im vergangenen Jahr 2011 kein Neugeschäft getätigt.

Das Risiko im Plattformgeschäft wird maßgeblich durch die Qualität der verbrieften Portfolios beeinflusst. Unmittelbare Verlufterwartungen für die KfW bestehen derzeit nicht.

Engagements in europäischen Krisenstaaten

Nettobuchwert (inkl. offener Zusagen)

Risikoland	31.12.2011		31.12.2010	
	Mio. EUR	davon besichert Mio. EUR	Mio. EUR	davon besichert Mio. EUR
Griechenland	22.398	22.320	22.657	22.341
davon staatliche Schuldner	22.380	22.307	22.611	22.324
davon Finanzinstitute	18	13	46	17
Spanien	3.211	2.510	3.644	2.904
davon staatliche Schuldner	399	-	121	-
davon Finanzinstitute	2.812	2.510	3.523	2.904
Italien	1.746	652	3.110	717
davon staatliche Schuldner	387	-	464	-
davon Finanzinstitute	1.359	652	2.646	717
Irland	1.486	1.211	1.832	1.156
davon staatliche Schuldner	2	-	2	-
davon Finanzinstitute	1.484	1.211	1.830	1.156
Portugal	560	236	2.689	1.603
davon staatliche Schuldner	115	-	118	-
davon Finanzinstitute	445	236	2.571	1.603
Gesamt	29.401	26.928	33.932	28.722

Dargestellt werden hier die Nettobuchwerte⁹⁾ der KfW gegenüber staatlichen Schuldern (inkl. Kommunen und Gemeinden) der besonders von der europäischen Staatsschuldenkrise betroffenen Staaten und gegenüber Finanzinstituten in diesen Ländern.

Von dem gezeigten Engagement entfallen per 31.12.2011 insgesamt 27.248 Mio. EUR (Vorjahr: 31.652 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie Kredite und Forderungen, 55 Mio. EUR (Vorjahr: 55 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, 763 Mio. EUR (Vorjahr: 985 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und 1.335 Mio. EUR (Vorjahr: 1.240 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte.

Die größte Position stellt das (durch eine Bundesgarantie abgesicherte) Zuweisungsgeschäft des Bundes für Griechenland aus dem Jahr 2010 in Höhe von 22,3 Mrd. EUR dar. Bei den anderen Positionen gegenüber staatlichen Schuldnern handelt es sich überwiegend um Anleihen, die im Liquiditätsportfolio gehalten werden. Das Engagement gegenüber Finanzinstituten entfällt zum überwiegenden Teil auf Pfandbriefe. Daneben setzt es sich vor allem aus Globaldarlehen, Finanzderivaten und Bankanleihen zusammen. Die Besicherung umfasst - neben der Bundesgarantie für das Zuweisungsgeschäft mit Griechenland - vor allem Barsicherheiten in Höhe von 0,9 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,9 Mrd. EUR) aus dem Derivategeschäft. Zudem wurden auch die im Portfolio enthaltenen Pfandbriefe in Höhe von 3,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 5,2 Mrd. EUR) als besichertes Engagement dargestellt.

⁹⁾ Die Nettobuchwerte wurden in Abhängigkeit von ihrer IAS-39-Bewertungskategorie unter Berücksichtigung von ggf. erfassten Wertminderungen bzw. Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert ermittelt und beinhalten auch anteilige Zinsforderungen. Bei den Derivaten erfolgt eine Verrechnung von gegenläufigen Geschäften mit gleichen Kontrahenten aufgrund vertraglicher Aufrechnungsmöglichkeiten unabhängig von den Vorgaben einer bilanziellen Verrechnung. Darüber hinaus enthalten sind Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere Eventualverpflichtungen.

In der internen Steuerung unterliegen die Engagements einer strikten und regelmäßigen Überwachung. In der Neugeschäftssteuerung bestehen für das Geschäft mit bzw. in diesen Ländern erhöhte Besicherungsanforderungen, teilweise gilt auch ein grundsätzlicher Neugeschäftsstopp. Im Laufe des Jahres wurden darüber hinaus die internen Ratingeinstufungen für diese Länder und dort ansässige Banken abgestuft und somit unter anderem die Neugeschäftsspielräume insgesamt über alle Sektoren eingeschränkt. Da die KfW ihre Risikosteuerung auf eigene interne Ratingeinstufungen stützt, haben Veränderungen der externen Kreditratings der Länder oder dort ansässiger Banken durch unabhängige Ratingagenturen keinen unmittelbaren Einfluss auf die Risikobeurteilung der KfW.

Im Bestandsgeschäft wurde ein selektiver Abbau von Risikopositionen vorgenommen. Insbesondere durch Rückführungen von Globaldarlehen und Pfandbriefen sowie durch die Umschichtung von Geldhandelsgeschäften hat die KfW ihr Exposure gegenüber Finanzinstituten insbesondere in Italien, Portugal und Spanien deutlich reduziert.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken resultieren primär aus potenziellen Verlusten, die aufgrund von Änderungen

- der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken),
- der Wechselkurse (Währungsrisiken),
- von emittentenbedingten Aufschlägen auf den Zinssatz von Wertpapieren (Credit Spread-Risiken) und
- der sonstigen Marktpreise (zum Beispiel Aktienkurse, Rohwarenpreise)

entstehen können. Die KfW und ihre Tochtergesellschaften sind keine Handelsbuchinstitute; ihre Marktpreisrisiken beschränken sich daher auf das Anlagebuch. Die größte Konzentration innerhalb der Marktpreisrisiken liegt beim Zinsänderungsrisiko mit im Jahresverlauf durchschnittlich 75 % des ökonomischen Kapitalbedarfs.

Im Jahr 2011 wurden die Modelle zur Messung von Zins- und Währungsrisiken mit dem Ziel einer KfW-gruppenweiten Vereinheitlichung und methodischen Weiterentwicklung grundlegend überarbeitet:

- Die Methodik zur Berechnung des ökonomischen Kapitalbedarfs für Zinsänderungsrisiken wurde im Jahr 2011 überarbeitet. Anstelle der bisher verwendeten Monte-Carlo-Simulation auf Basis eines Cox-Ingersoll-Ross-Zinsstrukturmodells wird künftig ein parametrisches Delta-Normal-Modell verwendet. Die neue Methodik wird ab dem 01.01.2012 eingesetzt. Damit werden die Effekte aus der Umstellung erst im Jahr 2012 sichtbar. Der sich aus diesen Anpassungen ergebende Mehrbedarf an ökonomischem Kapital beträgt etwa 800 Mio. EUR.
- Zur Messung des ökonomischen Kapitalbedarfs für Währungsrisiken wurde neben der bilanziellen Sicht die ökonomische (barwertige) Sicht als primäres Steuerungsinstrument etabliert. Die Definition des ökonomischen Kapitalbedarfs wurde ebenfalls überarbeitet (siehe Abschnitt Währungsrisiken)
- Auf die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen Markt- und Kreditrisiken wird bei der Ermittlung des ökonomischen Kapitalbedarfs seit 30.06.2011 zugunsten einer auch in extremen Marktsituationen konservativen Darstellung verzichtet.

Eine Übersicht über die wesentlichen methodischen Weiterentwicklungen und den jeweiligen Beginn ihres Einsatzes im Jahr 2011 gibt die unten stehende Grafik.

Insgesamt binden die Marktpreisrisiken im Konzern per 31.12.2011 ökonomisches Kapital in Höhe von 3.584 Mio. EUR. Diese Position setzt sich zusammen aus folgenden Einzelrisiken:



Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken

	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsänderungsrisiken	2.430	1.623
Währungsrisiken	480	114
Credit Spread-Risiken	511	425
Sonstige Marktpreisrisiken	163	121
Marktpreisrisiko	3.584	2.283

Zinsänderungsrisiken

Die wesentlichste Marktpreisrisikokomponente im KfW-Konzern ist das Zinsänderungsrisiko. Der Konzern geht begrenzte Zinsänderungsrisiken zur Nutzung langfristiger Ertragschancen ein. Zinsänderungsrisiken ergeben sich auch durch die besondere Ausgestaltung des inländischen Förderkreditgeschäftes mit den Möglichkeiten zur außerplanmäßigen Kreditrückzahlung. Der Konzern berücksichtigt dies in der Risikosteuerung, indem er das geschätzte Volumen künftig zufließender außerplanmäßiger Tilgungen in seine Refinanzierungsstrategie einbezieht.

Im Rahmen der Erfassung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs werden alle bewertungsrelevanten Datenbestände bei der Erstellung von Zinsbindungsbilanzen (EUR, USD und GBP) berücksichtigt. Auf dieser Grundlage führt der Konzern zur Bewertung seiner Zinsrisikoposition regelmäßige Value-at-Risk-Berechnungen durch.

Wesentliche optionale Bestandteile des Geschäfts werden im Cashflow der KfW berücksichtigt. Der ökonomische Kapitalbedarf wird - analog zum Kreditrisiko - für einen Zeitraum von einem Jahr ermittelt. Ergänzt wird diese Berechnung durch regelmäßige Stresstests, durch die mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen geschätzt werden. Diese wurden an aktuelle aufsichtliche Anforderungen¹⁰⁾ angepasst. Neben der vorgegebenen parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve wurden Szenarien wie die Drehung der Zinsstrukturkurve und Verlängerung der Haltedauer einbezogen.

Der Kapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken ist zum Stichtag 31.12.2011 gestiegen. Wesentliche Treiber für den Anstieg sind geänderte Korrelationsannahmen sowie eine leicht erhöhte Risikoposition, die sowohl das eigen- als auch das fremdfinanzierte Buch beinhaltet.

Währungsrisiken

Fremdwährungskredite werden weitgehend in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. Offene bilanzielle Währungspositionen, die durch den Zufluss von Margen oder durch Wertberichtigungen entstehen, werden hierbei grundsätzlich zeitnah geschlossen. Fremdwährungsbeteiligungen der DEG und im geringen Umfang Förderinstrumente der KfW Entwicklungsbank werden nur dann in gleicher Währung refinanziert, wenn dies möglich und sinnvoll ist.

In den Jahren 2010 und 2011 wurde die Vorgehensweise zur Messung und Steuerung von Fremdwährungsrisiken grundlegend überarbeitet. Die wesentlichste Änderung betrifft die Umstellung der Risikomessung von einer HGB-bilanziellen Sicht auf eine ökonomische (barwertige) Sichtweise. Damit lässt sich das Fremdwährungsrisiko des Konzerns unabhängig von Bilanzierungsnormen konsistent abbilden.

Das neue Steuerungskonzept für Währungsrisiken orientiert sich stärker an den operativen Rahmenbedingungen. Bei Währungsrisiken ist es sowohl unter Marktgesichtspunkten als auch unter dem Gesichtspunkt der operativen Prozesse möglich, die Risikopositionen kurzfristig zu schließen, wenn der operative Wertverlust im Kalenderjahr einen vorab definierten Stop-Loss-Puffer überschreitet. Der ökonomische Kapitalbedarf wird daher neu als Summe aus diesem Puffer und einem "Positionsrisiko" (möglicher Verlust während der Schließungsphase) ermittelt. Zur Bestimmung des Positionsrisikos wird das Risikomaß Value-at-Risk verwendet, wobei sich die Haltedauer am Zeitbedarf für die Positionsschließung (zwei Monate) orientiert. Das Ziel, Wechselkurseffekte auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu vermeiden, wurde innerhalb des Steuerungskonzeptes grundsätzlich beibehalten.

Der Anstieg des Kapitalbedarfs für Währungsrisiken zum 31.12.2011 beruht im Wesentlichen auf dieser Umstellung der Methodik.

Credit Spread-Risiken

Für den Konzern werden Risiken aus Credit Spread-Veränderungen bei Positionen in den Haltekategorien zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte eingeschätzt. Der ökonomische Kapitalbedarf wird mittels einer historischen Simulation auf Basis einer Zeitreihe, die das vergangene Jahr umfasst (250 Handelstage), ermittelt. Zunächst wird der Value-at-Risk für einen Tag Haltedauer zum Konfidenzniveau 95 % aus historischen Credit Spread-Veränderungen bestimmt und dann auf einen Zeitraum von einem Jahr und auf das Solvenzniveau 99,99 % skaliert.

¹⁰⁾ Aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Parallelverschiebung der Zinskurven um 200 BP nach oben (bzw. 200 BP nach unten). Das jeweils ungünstigere Ergebnis wird berichtet. Bis einschließlich Oktober 2011 betrug der BP-Shift + 130 BP (bzw. -190 BP).

Der gestiegene Bedarf an ökonomischem Kapital zur Unterlegung von Credit Spread-Risiken ist im Wesentlichen auf die Spreadvolatilität infolge der Euro-Schuldenkrise zurückzuführen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die sonstigen Marktpreisrisiken umfassen Risiken aus bestimmten Beteiligungen und Rohwarenpreisrisiken aus CO₂-Zertifikaten. Die Risiken aus CO₂-Zertifikaten entstehen, da der Konzern sich entschlossen hat, als Intermediär zwischen Verkäufern und Käufern von CO₂-Zertifikaten aufzutreten. Hierbei werden Zertifikate auch im eigenen Bestand gehalten.

Die sonstigen Marktpreisrisiken werden pro Risikoart über einen eigenständigen Varianz/Kovarianz-Ansatz gemessen. Alle benötigten Parameter (Volatilität der Kurse sowie der Erwartungswert der Veränderungen der Kurse) werden aus historischen Daten ermittelt. Die Historien zur Schätzung der Modellparameter bestehen für CO₂-Zertifikate aus täglichen Kursen seit Juni 2005 und für die Aktienkursrisiken aus monatlichen Kursen seit Anfang 2005.

Der ökonomische Kapitalbedarf für die sonstigen Marktpreisrisiken stieg hauptsächlich aufgrund eines höheren Wertes der Beteiligungen der KfW.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko eines Unternehmens, fällige Zahlungen nicht zeitgerecht erfüllen zu können. Es wird zwischen dem Instituts-Liquiditätsrisiko (Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können) und dem Markt-Liquiditätsrisiko (Risiko, benötigte Zahlungsmittel nur zu höheren Kosten als dem risikoadäquaten Zinssatz besorgen zu können) unterschieden.

Primäres Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns, das heißt der KfW einschließlich ihrer Tochtergesellschaften. Zwar sind die Töchter für ihre Liquiditätssicherung, -steuerung und die Einhaltung bestehender aufsichtsrechtlicher Vorgaben selbst verantwortlich. Jedoch steht die KfW als Abschlusspartner für sämtliche Handelsgeschäfte ihrer Tochtergesellschaften und insbesondere deren Refinanzierung zur Verfügung. Aus diesem Grund sind die Liquiditätserfordernisse der Töchter sowohl in der Refinanzierungsplanung des Konzerns als auch im Liquiditätssicherungskonzept enthalten.

Die Liquiditätsrisikomessung erfolgt auf Basis der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsrisikokennzahl, des Ausnutzungsgrads gemäß KfW-Gesetz sowie ökonomischer Szenarioanalysen.

Eine wesentliche Komponente für die Einschätzung des Liquiditätsrisikos stellen vertragliche Zahlungsverpflichtungen (Kapitalrückzahlungen und Zinsverpflichtungen) des KfW-Konzerns aus Finanzinstrumenten dar, die in der folgenden Tabelle nach Laufzeiten gegliedert sind:

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern, 31.12.2011¹⁾

	Bis ein Monat Mio. EUR	Mehr als ein Monat bis drei Monate Mio. EUR	Mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	Mehr als fünf Jahre Mio. EUR	Summe Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	20.880	4.634	6.906	11.852	15.296	59.568
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	25.411	21.708	50.035	203.733	147.594	448.482
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	- 983	- 611	- 1.698	- 9.673	- 21.818	- 34.785
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	16.391	18.853	36.274	147.495	91.276	310.288
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	146	314	3.303	3.763
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	45.308	25.731	55.389	206.226	144.374	477.028
Eventualverbindlichkeiten	6.287	0	0	0	0	6.287
Unwiderrufliche Kreditzusagen	55.720	0	0	0	0	55.720
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	62.008	0	0	0	0	62.008
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	107.315	25.731	55.389	206.226	144.374	539.036

¹⁾ Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern, 31.12.2010¹⁾

	Bis ein Monat Mio. EUR	Mehr als ein Monat bis drei Monate Mio. EUR	Mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	Mehr als fünf Jahre Mio. EUR	Summe Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	13.355	2.848	1.831	13.366	18.979	50.380
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	9.855	15.183	34.179	199.748	143.622	402.587
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	- 674	- 327	- 3.201	- 6.453	-14.208	-24.862
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ²⁾	13.612	29.820	26.783	151.925	103.174	325.315
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	146	404	3.359	3.909

	Bis ein Monat Mio. EUR	Mehr als ein Monat bis drei Monate Mio. EUR	Mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	Mehr als fünf Jahre Mio. EUR	Summe Mio. EUR
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	22.536	17.705	32.956	207.065	151.752	432.014
Eventualverbindlichkeiten	6.982	0	0	0	0	6.982
Unwiderrufliche Kreditzusagen	65.276	0	0	0	0	65.276
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	72.257	0	0	0	0	72.257
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	94.793	17.705	32.956	207.065	151.752	504.271

¹⁾ Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

²⁾ Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen aufgrund methodischer Verfeinerung. Nicht zahlungswirksame Verpflichtungen aus Nominalwerten zinsbezogener Derivate werden nicht mehr berücksichtigt.

Die Liquiditätsrisikosteuerung basiert auf Szenariorechnungen. In diesem Ansatz werden zunächst die erwarteten Zahlungseingänge und alle Zahlungsausgänge für die nächsten zwölf Monate auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts als Ausgangspunkt betrachtet. Dieser Basis-Cashflow wird um geplante und geschätzte Zahlungen (zum Beispiel Kapitalmarktaufnahmen, liquiditätswirksame erwartete Kreditausfälle oder geplantes Neugeschäft) erweitert. Das Resultat stellt eine Übersicht über die benötigte Liquidität der KfW in den nächsten zwölf Monaten dar. Die benötigte Liquidität wird für insgesamt vier Szenarien berechnet. Hierbei werden marktweite und institutsspezifische Risikofaktoren gestresst und die Auswirkungen auf die Liquidität der KfW Bankengruppe bewertet.

Parallel wird das vorhandene Liquiditätspotenzial bestimmt. Dieses besteht im Wesentlichen aus dem EZB-Sicherheiten-Konto der KfW, aktivischen Repos, Liquiditätsportfolios und dem am Markt regelmäßig platzierbaren Volumen an Commercial Papers. Das vorhandene Liquiditätspotenzial wird analog den anderen Cashflow-Komponenten in den Szenarien "Stress Case (marktweit)", "Worst Case (institutsspezifisch)" und "Worst Case" gestresst. Für jedes Szenario wird das Verhältnis von kumulierter benötigter Liquidität zum kumulierten vorhandenen Liquiditätspotenzial berechnet. Diese Kennzahl darf den Wert 1 in allen Szenarien für unterschiedliche Zeiträume nicht überschreiten. Im "Normal Case" beträgt der vorgegebene Zeithorizont zwölf Monate, im "Stress Case (marktweit)" sechs Monate und in den beiden "Worst Case"-Szenarien jeweils drei Monate.

Die Ermittlung der Kennzahlen sowie das Reporting an das Marktpreis-Risiko-Komitee erfolgen monatlich. Folgende Tabelle zeigt die Risikokennzahlen für die unterschiedlichen Szenarien per 31.12.2011:

Liquiditätsrisikokennzahlen der KfW per 31.12.2011

	Kennzahl
Normal Case	0,29
Stress Case (marktweit)	0,47
Worst Case (institutsspezifisch)	0,41
Worst Case	0,51

Da die Kennzahl in allen vier Szenarien einschließlich des extrem konservativen "Worst Case" deutlich unter 1 liegt, stellt sich die Liquiditätsposition der KfW aktuell als komfortabel dar.

Aktuelles Refinanzierungsumfeld

Die Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise prägte die internationalen Finanzmärkte im Geschäftsjahr 2011. Entsprechend war das allgemeine Marktumfeld von hoher Nervosität, Volatilität und Verunsicherung geprägt. Als sicher geltende Kapitalanlagemöglichkeiten wie KfW-Anleihen waren daher besonders gefragt. Davon profitierte die Bank, sodass 2011 aus Refinanzierungssicht ein sehr erfolgreiches Jahr mit einem Rekordemissionsvolumen wurde. Im Geschäftsjahr 2011 hat die KfW zur langfristigen Refinanzierung 362 Anleihen in insgesamt elf verschiedenen Währungen begeben und damit langfristige Mittel im Gegenwert von 79,7 Mrd. EUR aufgenommen. Auch in der kurzfristigen Refinanzierung am Geldmarkt konnte die KfW von der weiterhin verhaltenen Risikobereitschaft vieler Investoren profitieren. Das hat die Nachfrage in den beiden Commercial-Paper-Programmen der KfW auf vergleichsweise hohem Niveau gehalten. Für das Geschäftsjahr 2012 erwartet die KfW einen im Vergleich zum Vorjahr stabilen langfristigen Refinanzierungsbedarf von rund 80 Mrd. EUR.

Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement (Betriebsrisiken) sowie sonstige Risiken

Betriebsrisiken bilden in der KfW Bankengruppe den Oberbegriff für Operationelle Risiken und Risiken aus der Geschäftsunterbrechung (Betriebliches Kontinuitätsmanagement).

Wesentliche Merkmale der Organisationsstruktur sind die Aufteilung in dezentrale Management- und zentrale Controlling-Einheiten sowie die Anbindung an das Komitee für Operationelle Risiken. Das Management von Betriebsrisiken erfolgt dezentral in den Bereichen und Tochtergesellschaften durch den jeweiligen Bereichsleiter bzw. Geschäftsführer und den jeweiligen Bereichskoordinator für Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement. Das Betriebsrisiko-Management-Team nimmt die Aufgaben des zentralen Controllings von Betriebsrisiken im Bereich Risikomanagement und -controlling wahr. Es erarbeitet die Methoden und Instrumente zur Identifikation und Bewertung von Betriebsrisiken und überwacht deren einheitliche Anwendung.

Das Management und Controlling Operationeller Risiken sowie das Betriebliche Kontinuitätsmanagement haben zum Ziel, potenzielle Schäden für die KfW rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden bzw. Notfälle und Krisen beherrschbar zu machen und die strukturelle Einsatzfähigkeit der Bank trotz des Ausfalls wesentlicher Ressourcen sicherzustellen.

In Anlehnung an § 269 SolvV definiert die KfW das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken mit ein. Reputationsrisiken und strategische Risiken sind nicht beinhaltet. Eintretene Verluste werden in der KfW in einer OpRisk-Ereignisdatenbank erfasst.

Darüber hinaus erfolgt eine systematische Erfassung von Operationellen Risiken in den Risiko-Assessments, die in allen Bereichen und über ausgewählte Prozessketten hinweg durchgeführt werden. Die Messung Operationeller Risiken innerhalb der Risiko-Assessments erfolgt auf der Basis von datengestützten Expertenschätzungen, die mit einer Verteilungsannahme für Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe unterlegt werden. Die erhobenen Risikopotenziale durchgeführter Risiko-Assessments werden nach Abschluss der Erhebung dem jeweiligen Bereichs- und Abteilungsleiter berichtet. Zur unterjährigen Überwachung der im Risiko-Assessment festgestellten Risikopotenziale oberhalb eines festgelegten Grenzwertes ist die Implementierung von Risikoindikatoren dezentral durch die jeweiligen Geschäftsbereiche zu prüfen. Nach jedem Quartal erfolgt ein ausführliches Detailreporting der erfassten Schadensereignisse und ggf. daraufhin eingeleiteter Maßnahmen an die jeweiligen Bereiche. Der Gesamtvorstand, der Verwaltungsrat und das Komitee für Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikoberichtes monatlich bzw. vierteljährlich informiert. Ab einer festgelegten Schadenshöhe besteht zusätzlich ein Ad-hoc-Reporting.

Die Berechnung zur Eigenkapitalunterlegung Operationeller Risiken erfolgt nach dem Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Per 31.12.2011 ergibt sich eine Unterlegung für das OpRisk in Höhe von 570 Mio. EUR (542 Mio. EUR für 2010). Im Rahmen der ökonomischen Steuerung wird der nach dem Standardansatz berechnete regulatorische Kapitalbedarf definierten Geschäftsfeldern zugeordnet. Dieser wird den tatsächlich eingetretenen Schadenssummen gegenübergestellt.

Für den Eintritt einer nicht vermeidbaren Geschäftsunterbrechung aufgrund interner oder externer Ereignisse ist ein Betriebliches Kontinuitätsmanagement implementiert. Es handelt sich dabei um einen ganzheitlichen Managementprozess, der alle Aspekte für die vier wesentlichen Ausfallszenarien Standortausfall (Gebäude oder Infrastruktur), IT-Systemausfall (inkl. Anlagen), Personalausfall und Ausfall von Dienstleistern umfasst. Das Betriebliche Kontinuitätsmanagement berücksichtigt gleichermaßen präventive Komponenten (Notfallvorsorge) und auch reaktive Komponenten (Notfall- und Krisenbewältigung).

Zur Steuerung im Rahmen des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements werden die Geschäftsprozesse analysiert, nach ihrer Kritikalität eingestuft und die jeweils unterstützenden Ressourcen betrachtet. Das Erkennen der kritischen Geschäftsprozesse und deren Abhängigkeiten zu unterstützenden Ressourcen bildet die Grundlage für ein wirkungsvolles Betriebliches Kontinuitätsmanagement. Für diese Geschäftsprozesse und die unterstützenden Ressourcen werden individuelle Maßnahmen erarbeitet, die sicherstellen, dass die benötigte Verfügbarkeit gewährleistet wird und Risiken im wirtschaftlichen Rahmen reduziert werden. Dazu gehören Notfallarbeitsplätze, Notfallpläne, Kommunikationsinstrumente und Alarmierungstools. Der Krisenstab der KfW übernimmt bei nicht zu planenden Ereignissen die Leitung des gesamten Krisenmanagements und trainiert in regelmäßigen Krisenstabstests das Zusammenspiel der Notfall- und Krisenorganisation.

Sofern Reputationsrisiken auf Operationellen Risiken beruhen, werden sie in der KfW Bankengruppe im Risikomanagementprozess Operationeller Risiken bei den Risiko-Assessments, der Ereignisdatenerfassung sowie der Outsourcing-Risikoanalyse berücksichtigt.

Dem Rechtsrisiko begegnet der Konzern durch die frühzeitige Einbindung der eigenen Rechtsabteilung sowie durch die enge Zusammenarbeit mit externen in- und ausländischen Rechtsberatern.

Beteiligungsrisiken

Bei der Steuerung von Beteiligungsrisiken im KfW-Konzern ist zwischen Risiken aus dem operativen und dem strategischen Beteiligungsgeschäft zu unterscheiden.

Operative Beteiligungen

Operative Beteiligungen dienen der Durchführung des Förderauftrags der KfW bzw. der Erfüllung des Gesellschaftszwecks der Tochtergesellschaften. Die konzernweit grundsätzlichen Regelungen für operative Beteiligungen werden über einen "Ordnungsrahmen" vorgegeben. Auf bestimmte Beteiligungssegmente abgestimmte und spezifische Regeln werden darüber hinaus in "Sub-Portfoliorichtlinien" niedergelegt. Die Risikomessung erfolgt für operative Beteiligungen analog zu den Kreditrisiken auf Einzelengagementebene. In Bezug auf das Berichtswesen werden die Risiken des Beteiligungsportfolios zusätzlich in einem eigenen Bericht dargestellt.

Strategische Beteiligungen

Die Betreuung der strategischen Beteiligungen erfolgt in einer spezialisierten Einheit auf Basis eines Beteiligungshandbuchs, das Rechtsgrundlagen, Strategien, Grundsätze, Verfahren und Zuständigkeiten des Beteiligungsmanagements abbildet. Zugang, Abgang und Veränderungen strategischer Beteiligungen unterliegen definierten Due-Diligence-Prozessen und der Genehmigung durch den Gesamtvorstand sowie durch den Verwaltungsrat der KfW. Das Eingehen einer Beteiligung > 25 % erfordert zusätzlich eine Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen gemäß Bundeshaushaltsordnung (BHO). Individuelle Beteiligungsstrategien und spezifische Risiken werden laufend überwacht und im Rahmen eines jährlichen Beteiligungsberichts - sowie in anlassbezogenen Ad-hoc-Berichten - dem Gesamtvorstand vorgelegt. Darüber hinaus ist die KfW in Unternehmen mit maßgeblicher KfW-Beteiligung i. d. R. auf Vorstandsebene in den Aufsichtsorganen vertreten.

Aufgrund der hohen Risikorelevanz für den Konzern sowie der einheitlichen Konzernsteuerung werden Risiken der KfW IPEX-Bank sowie der DEG zum einen im Rahmen der Gruppenrisikosteuerung gemanagt - so werden zum Beispiel die Geschäftsaktivitäten der Töchter im Durchschau-Prinzip ("Look-Through") auf die konzernweiten Limite angerechnet, ihren Geschäftsfeldern ökonomische Kapitalbudgets zugewiesen und Vertreter der Töchter in die Konzern-Risikogremien eingebunden. Zum anderen erfolgt für diese beiden Töchter eine Risikoüberwachung auf Stand-Alone Ebene. Diese Überwachung umfasst unter anderem ein regelmäßiges Reporting im Rahmen des Konzern-Risikoberichts an den Gesamtvorstand.

Management von Compliance-Risiken

Die Einhaltung regulatorischer Vorgaben und selbst gesetzter Verhaltensstandards (Compliance) ist Teil der Unternehmenskultur der KfW. Im Rahmen der Compliance-Organisation existieren in der KfW insbesondere Systeme für den Datenschutz sowie zur Prävention von Insiderhandel, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen. Entsprechend bestehen verbindliche Regelungen und Prozesse, die die gelebten Wertmaßstäbe und die Unternehmenskultur beeinflussen und kontinuierlich entsprechend

den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Marktanforderungen angepasst werden. Compliance führt diesbezüglich eigenständige Kontrollhandlungen zur Einhaltung und kontinuierlichen Verbesserung durch. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW finden regelmäßig Compliance-Schulungen statt. Neben diesen Präsenzs Schulungen sind auch E-Learning-Programme verfügbar.

Internes Kontrollsystem

Ziel des Internen Kontrollsystems der KfW Bankengruppe (KfW IKS) ist es, durch geeignete Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit und die Einhaltung der für die KfW Bankengruppe maßgeblichen rechtlichen Vorschriften sowie den Schutz des Vermögens sicherzustellen.

Das IKS der KfW Bankengruppe orientiert sich dabei an den einschlägigen (bankenaufsichts-)rechtlichen Vorgaben¹¹⁾, insbesondere BilMoG, KWG und MaRisk sowie an einem marktüblichen Standard, dem COSO-Modell¹²⁾.

Analog dem COSO-Modell besteht das KfW IKS aus den fünf Komponenten Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollaktivität sowie Information/Kommunikation und Überwachung, die sich auf alle Unternehmenseinheiten sowie Unternehmensfunktionen und -prozesse der KfW Bankengruppe erstrecken und die in wechselseitigen Beziehungen zueinander stehen. Das Kontrollumfeld ist als der Rahmen zu verstehen, innerhalb dessen die KfW Regelungen einführt und anwendet. Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Identifizierung, Analyse und Einschätzung der Risiken, die aus der Umsetzung der Unternehmensstrategie resultieren. Die Kontrollaktivitäten zielen darauf ab, dass die Unternehmensziele effektiv erreicht werden und Risiken verhindert bzw. aufgedeckt werden. Durch eine angemessene Information und Kommunikation in der KfW Bankengruppe wird ermöglicht, dass allen Beteiligten die notwendigen Informationen im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Die Funktionsfähigkeit und Effektivität des KfW IKS wird durch entsprechende Überwachungsmechanismen festgestellt.

Grundlage des KfW IKS bildet die schriftlich fixierte Ordnung. Sie setzt den Rahmen für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation in der KfW Bankengruppe und formuliert verbindliche Vorgaben bzw. Anforderungen zur Prozessdokumentation, zu Kontrollen sowie für ein Organisationshandbuch. Aufbauorganisatorische Vorkehrungen und Kontrollen in den Arbeitsabläufen stellen eine prozessintegrierte Überwachung sicher. Die prozessintegrierten Überwachungsmaßnahmen dienen der Vermeidung, Verringerung, Aufdeckung und/oder der Korrektur von Bearbeitungsfehlern oder Vermögensschäden.

Das System wird ergänzt durch die Compliance, die auf Basis der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben/Rahmenbedingungen für die Themen Schutz personenbezogener Daten (Datenschutz), Geldwäsche- und Betrugsprävention, Wertpapierhandel sowie für die Einhaltung von Finanzsanktionen und den Schutz gegen Terrorismusfinanzierung Maßnahmen definiert und deren Einhaltung überwacht.

Die Wirksamkeit und Angemessenheit des KfW IKS wird zudem von der Internen Revision auf Basis der prozessunabhängig durchgeführten Prüfungen beurteilt. Die detaillierte Umsetzung des IKS in der KfW und den rechtlich selbstständigen Töchtern DEG und KfW IPEX-Bank richtet sich nach den jeweiligen Risikostrategien, Geschäftsfeldern und vorliegenden Rahmenbedingungen.

Die Gesamtverantwortung für das Interne Kontrollsystem der KfW liegt beim Vorstand, für die rechtlich selbstständigen Töchter DEG und KfW IPEX-Bank bei der Geschäftsführung. Die Ausgestaltung und Umsetzung auf den verschiedenen Unternehmensebenen liegt entsprechend der Organisation in der Verantwortung der jeweiligen Führungskräfte. Gegenüber den Aufsichtsorganen in der KfW Bankengruppe erfolgt eine jährliche Berichterstattung.

Um die Wirksamkeit des KfW IKS zu gewährleisten, werden die gesetzten Standards und Konventionen regelmäßig hinterfragt und kontinuierlich weiterentwickelt sowie eine nachhaltige Verankerung in den Bereichen der KfW sichergestellt.

Zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen im Zusammenhang mit dem Rechnungslegungsprozess besteht in der KfW Bankengruppe ein rechnungslegungsbezogenes IKS. Das rechnungslegungsbezogene IKS ist Bestandteil des konzernweiten IKS.

¹¹⁾ Vgl. § 25 a Absatz 1, Nummer 1 KWG, MaRisk AT 4.3, §§ 289 HGB Absatz 5, 315 Absatz 2 Nummer 5 HGB, 324 HGB, 264 d HGB

¹²⁾ COSO = "Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission", www.coso.org

Internes Kontrollsystem mit Bezug auf den Rechnungslegungsprozess

Zur Minimierung des Fehlerrisikos im Einzel- und Konzernabschluss sowie zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen und verlässlichen internen und externen Rechnungslegung hat die KfW ihr rechnungslegungsbezogenes IKS implementiert.

Das rechnungslegungsbezogene IKS umfasst insgesamt fünf Komplexe:

1. Kontrollumfeld

Das Kontrollumfeld definiert den Rahmen, innerhalb dessen Regelungen eingeführt und angewandt werden. Im rechnungslegungsbezogenen IKS werden dabei alle Systeme und Prozesse von der Erfassung der Geschäftsvorfälle bis zur Weiterverarbeitung und Buchung betrachtet und entsprechende Schlüsselkontrollen für die verantwortlichen Organisationseinheiten definiert.

2. Risikobeurteilung

Im Rahmen einer Risikobeurteilung erfolgen die Identifizierung, Analyse und Einschätzung von Risiken. Im rechnungslegungsbezogenen IKS werden dabei zwischen dem Rechnungswesen und den Fachabteilungen alle Prozesse unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten einer Risikoeinschätzung mit Blick auf deren Auswirkung für Vollständigkeit, Richtigkeit, den Ausweis und die Bewertung im Abschluss unterzogen. Die Aufstellung und Strukturierung der einzelnen Kontrollpunkte in den Prozessen der Markt- und Abwicklungsabteilungen und der Bilanzierungsabteilung richten sich dabei nach fest definierten Themengebieten, die von der Geschäftserfassung bis hin zur externen Berichterstattung eine vollständige Kette der rechnungslegungsbezogenen Schritte umfassen. Regelmäßig finden zwischen Rechnungswesen und den Bereichen des Hauses Workshops statt, bei denen auf Basis der praktischen Erfahrungen Unstimmigkeiten bereinigt und Prozessanpassungen abgestimmt werden.

3. Kontrollaktivitäten

Kontrollaktivitäten zielen darauf ab, dass die Unternehmensziele effektiv erreicht werden und Risiken verhindert bzw. aufgedeckt werden. Alle definierten Kontrollfunktionen sind eindeutig zugeordnet und werden von den Führungskräften der jeweiligen Abteilungen ausgeübt. Die jeweiligen Kontrollen werden revisions sicher dokumentiert und zentral überwacht. Die Koordination und das zentrale Monitoring dieser Prozesse erfolgen im Rechnungswesen.

Die in der KfW Bankengruppe eingesetzten EDV-Systeme sind gegen unbefugte Zugriffe geschützt und in das IKS integriert. An den Schnittstellen der bestandsführenden Vorkontrollsysteme (Nebenbücher) und dem Hauptbuch finden monatlich Abstimmungen statt, die die Vollständigkeit und Richtigkeit der Daten für die Weiterverarbeitung im Abschluss gewährleisten. Zur Bewertung von Finanzinstrumenten werden externe Datenquellen (zum Beispiel Bloomberg, Reuters) herangezogen und laufend überprüft. Modellbewertungen entsprechen dem Marktstandard.

4. Information und Kommunikation

Durch Information und Kommunikation wird sichergestellt, dass alle Beteiligten die erforderlichen Informationen erhalten, um ihrer Verantwortung im Rahmen der Kontrollen gerecht werden zu können.

Die jeweils gültigen Grundsätze, Aufbau- und Ablauforganisation sowie die zentralen für die Rechnungslegung und das Risikomanagement relevanten Prozesse sind in Prozessbeschreibungen, Arbeitsanweisungen und allgemein zugänglichen Handbüchern niedergelegt. Die relevanten bilanziellen Vorgaben sind in einer Konzernbilanzierungsrichtlinie (IFRS) sowie einem Bilanzierungshandbuch (HGB) umfassend dokumentiert. Diese werden laufend den jeweiligen Vorgaben der Standardsetter bzw. Gesetzgeber folgend aktualisiert und den relevanten Einheiten des Konzerns zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die mit der Rechnungslegung betrauten Mitarbeiter im Konzern regelmäßig und umfassend geschult.

Im Rahmen des IKS verläuft der Kontrollprozess von der Kontrolldurchführung über die Kontrollbestätigung hin zur laufenden Überwachung in einem automatisierten Verfahren. Dabei wird den Entscheidungsträgern im Zeitraum der Jahresabschlusserstellung eine zeitnahe und entscheidungsorientierte Berichterstattung zur Verfügung gestellt.

Der Vorstand und der Prüfungsausschuss werden regelmäßig über die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben unterrichtet.

5. Überwachung

Die Überwachung des Internen Kontrollsystems stellt dessen Funktionsfähigkeit und Effektivität sicher. Das rechnungslegungsbezogene IKS unterliegt einem laufenden Überwachungs- und Eskalationsprozess. Aktualisierungen und Erweiterungen werden fortlaufend berücksichtigt. Die etablierten Prozesse bieten genügend Handlungsspielraum, um Neuerungen sowohl fachlicher als auch technisch-prozessualer Art adäquat zu begegnen und so weiterhin die hohe Qualität des Jahresabschlusses gewährleisten zu können.

PROGNOSEBERICHT

Der vorliegende Prognosebericht entspricht in Umfang und Inhalt im Wesentlichen dem Konzernprognosebericht, der im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Da die Geschäftsfeld- und Ergebnisplanung auf den KfW-Konzern ausgerichtet ist, wird auf die Erstellung eines Prognoseberichts auf Einzelinstitutsebene verzichtet. Die im Folgenden genannten Planzahlen beziehen sich daher auf den KfW-Konzern.

Die Lage der Weltwirtschaft ist äußerst fragil. Die Industrieländer leiden unter den Auswirkungen der Staatsschuldenkrise. Dabei haben sich die Entwicklungen in der Europäischen Währungsunion (EWU) zu einer breiten Vertrauenskrise ausgeweitet, die nicht nur das Finanzsystem infiziert hat, sondern auch auf die Realwirtschaft auszustrahlen beginnt. Die Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahr 2012 wird entscheidend davon abhängen, ob es der Politik gelingen wird, die Schuldenkrise nachhaltig einzudämmen.

Selbst im Erfolgsfall wird das Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gedämpft bleiben. Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung sowie erhebliche fiskalpolitische Konsolidierungsmaßnahmen sind gewichtige Belastungsfaktoren für die Konjunktur. Da der geldpolitische Spielraum in den meisten fortgeschrittenen Ökonomien weitgehend ausgeschöpft ist, sind auch von dieser Seite kaum belebende Impulse zu erwarten.

Auch die Schwellenländer werden 2012 schwächer wachsen, denn sie sind nicht vollständig immun gegen ein Nachlassen der Nachfrage aus den Industrieländern. Da aber die Binnennachfrage wie auch der regionale Handel für die Schwellenländer an Bedeutung gewonnen hat und die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume vergleichsweise komfortabel sind, dürften die negativen Folgen für die Wachstumsdynamik begrenzt bleiben. Insgesamt sollte die Weltwirtschaft 2012 moderat wachsen und eine Rezession vermieden werden können. Es bestehen jedoch erhebliche Abwärtsrisiken.

Die Konjunkturperspektiven für den Euroraum für das Jahr 2012 werden durch die weiter schwelende Staatsschuldenkrise erheblich überschattet. Selbst wenn diese erfolgreich eingedämmt werden kann und sich die Lage an den Finanzmärkten nachhaltig beruhigen sollte, werden die realwirtschaftlichen Folgen spürbar bleiben. Vor allem der in vielen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion verfolgte und unter dem Eindruck der Finanzkrise zum Teil nochmals verschärfte fiskalische Konsolidierungskurs wird das Wachstum in der Eurozone stark belasten. Vor diesem Hintergrund ist mit einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung in fast allen EWU-Krisenländern zu rechnen. Auch die Kernländer werden sich dem Abschwung nicht entziehen können und im Vergleich zum Vorjahr erheblich an Konjunkturpolitik einbüßen. Nach einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigt noch gut 1,4 % im Jahr 2011 ist für die Eurozone insgesamt im Jahr 2012 mit einer Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Leistung zu rechnen. Dieser Ausblick ist mit beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet.

Deutschland ist nach dem kräftigen Aufschwung, der bereits zur Jahresmitte 2009 eingesetzt hatte, im letzten Quartal des Jahres 2011 in eine Abschwungphase eingetreten. Nach Einschätzung der KfW zu Jahresbeginn wird das jahresdurchschnittliche Realwachstum 2012 in kalenderbereinigter Betrachtung auf rund 1 % und damit auf ein Drittel des Wertes von 2011 fallen. Die inländische Verwendung dürfte dabei der maßgebliche Treiber sein. Allerdings bedeutet die weiter schwelende Eurokrise ein extrem hohes Maß an Unsicherheit für alle Wirtschaftsakteure und damit auch für die Konjunkturprognose. In einer solchen Situation ist es besonders angezeigt, explizit auf die Prognoseannahmen hinzuweisen und ein alternatives Risikoszenario zu entwickeln. Die Prognose

steht unter der Annahme, dass in einem überschaubaren Zeitrahmen ein glaubwürdiger Ansatz zur Überwindung der Eurokrise gefunden wird, sodass wieder mehr Zukunftsvertrauen bei Unternehmen, Verbrauchern und an den Finanzmärkten einkehren kann. Unter diesen Bedingungen kommen Deutschlands fortbestehende Stärken - wettbewerbsfähige Unternehmen mit einer global interessanten Angebotspalette hochwertiger Kapitalgüter, robuster Arbeitsmarkt, vergleichsweise solide Staatsfinanzen - wieder vermehrt zum Tragen und der Abschwung wird im Verlauf des Jahres 2012 überwunden. Sollte sich aber keine überzeugende Perspektive zur Kriseneindämmung abzeichnen, dürfte der Schwächeeinbruch tiefer und länger ausfallen. Der Teufelskreis aus fallendem Vertrauen, zunehmendem Attentismus und sinkender Nachfrage dürfte sich intensivieren und nur noch schwer zu durchbrechen sein. Dann wäre auch in Deutschland eine Rezession wahrscheinlich.

Risikoseitig werden 2012 in den einzelnen Segmenten des KfW-Kreditportfolios im Vergleich zum Vorjahr eher negative Entwicklungen erwartet.

Für Länder sind die risikopolitischen Aussichten weiterhin differenziert zu betrachten: Die Industrieländer, insbesondere solche mit hoher bzw. steigender Staatsverschuldung, dürften bonitätsseitig weiterhin unter Druck stehen. Die jüngst noch dynamische Wirtschaftsentwicklung der Schwellenländer wird sich aufgrund der realwirtschaftlichen Verflechtungen mit den Industrieländern abschwächen. Deshalb besteht auch hinsichtlich der aufstrebenden Volkswirtschaften eine tendenziell negative Risikoeinschätzung.

Die hohe Abhängigkeit des Bankensektors von der Entwicklung der europäischen Schuldenkrise (und vice versa) bleibt auch im Jahr 2012 bestehen. Hierbei stehen vor allem die europäischen Banken im Fokus: Diese stehen vor der schwierigen Aufgabe, sich in einem stark angespannten Umfeld zu stabilisieren und ihre Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation zu verbessern. Zusätzlich wirkt die erwartete weltweite wirtschaftliche Abschwächung negativ auf die Kreditrisiken der Banken. Insgesamt wird 2012 für die Banken ein sehr herausforderndes Jahr, da sie sowohl von der regulatorischen als auch von der realwirtschaftlichen Seite stark unter Druck stehen.

Auch der Unternehmenssektor in Deutschland wird von der weiter schwelenden Schuldenkrise in Europa sowie der sich abschwächenden Weltkonjunktur und damit einhergehend schlechteren Stimmungslage zunehmend geprägt sein. Vor diesem Hintergrund werden die Unternehmen 2012 eher in einer abwartenden Haltung verharren, die deutschen Unternehmen werden vorsichtiger investieren und Investitionen verschieben, was wiederum vor allem negativ für den Sektor Maschinenbau/Ausrüster ist. Da die vergangene Rezession von den deutschen Unternehmen allerdings relativ schnell überwunden wurde und Reserven angelegt werden konnten, wird für 2012 insgesamt keine wesentliche Gefährdung deutscher Unternehmen gesehen. Sofern Kreditangebot und -nachfrage ungefähr im Gleichschritt zurückgehen, sind keine Symptome einer Kreditklemme absehbar, allerdings bestehen in dieser Richtung Risiken.

Deutlich positive Impulse sind auch vom US-amerikanischen Unternehmenssektor für Deutschland nicht zu erwarten. Sofern durch die US-amerikanischen und europäischen Staatsschuldenkrisen kein weltweiter Flächenbrand entsteht, werden die Unternehmen ihre Expansion in den Schwellenländern voraussichtlich auf aktuellem Niveau fortsetzen oder nur leicht abschwächen.

Der deutsche Beteiligungsmarkt wird im Jahr 2012 nach wie vor geprägt sein durch die Zurückhaltung der Banken, Beteiligungen zum Beispiel über Akquisitionsfinanzierungen mitzufinanzieren. Insbesondere die Unternehmensbewertungen, die auf den guten Zahlen der Jahre 2010 und 2011 basieren, dürften vielen Investoren und Banken vor dem Hintergrund einer sich möglicherweise abschwächenden Konjunktur zu hoch sein. Diese unsichere Lage kann an manchen Stellen jedoch auch für Opportunitäten beim Erwerb von Beteiligungen sorgen. Bezüglich Beteiligungsverkäufen (Exits) ist damit zu rechnen, dass Unternehmen, die in den zwei vorangegangenen Jahren gut verdient haben, vermehrt als strategische Investoren auftreten und sich diesbezüglich der Exitkanal wieder leicht öffnet.

Der europäische Verbriefungsmarkt dürfte sich 2012 auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. Die Aktivitäten auf dem Primär- und Sekundärmarkt bleiben damit unverändert weit hinter dem Vorkrisenniveau zurück. Die Spreads am europäischen ABS-Markt blieben im Vorjahr weitgehend konstant, wobei es zu leichten Ausweitungen in den Peripherieländern der Eurozone kam. Im Jahr 2012 dürften sich die Risikoprämien für ABS-Anleihen auf dem Niveau des Vorjahres bewegen, sofern es zu keiner weiteren Zuspitzung der europäischen Staatsschuldenkrise bzw. keiner deutlichen weltweiten Abkühlung der Konjunktur kommt.

Das für 2012 geplante Neugeschäftsvolumen des KfW-Konzerns von 73 Mrd. EUR erreicht die Größenordnung des Vorjahres. Im Fördergeschäft wird der Fokus weiterhin auf der Mittelstandsfinanzierung und der Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen liegen. Dabei wird sich die KfW zukünftig noch stärker auf die Qualität der Förderung konzentrieren und ungebundene Aktivitäten - wie zum Beispiel Globaldarlehen ohne Eingrenzung auf Förderthemen - weniger stark betonen. Die Stärkung der Zusammenarbeit mit Entwicklungs-, Transformations- und Schwellenländern und der Ausbau der Unterstützung der Exportwirtschaft bleiben weiterhin Kernaufgaben der KfW. Eine der Herausforderungen für das Fördergeschäft wird die Begleitung und Unterstützung der Energiewende werden, im konzernweiten Schwerpunktthema Umwelt- und Klimaschutz plant die KfW den stärksten Zuwachs.

Im Inlandsgeschäft unterstützt die KfW die Wirtschaft in Deutschland mit den Förderprogrammen der KfW Mittelstands-, KfW Privatkunden- und KfW Kommunalbank.

Für die KfW Mittelstandsbank steht im Jahr 2012 die Finanzierung von Investitionen zur Unterstützung der Energiewende im Fokus, ohne dabei die Fördertätigkeit bei Gründungen, kleineren und mittleren Unternehmen sowie Innovationen zu reduzieren. Vorgesehen sind die Anpassung und Ausweitung bestehender Programme mit den Förderschwerpunkten Energieeffizienz und erneuerbare Energien, vor allem durch Erhöhungen der Förderhöchstbeträge und die Verbreiterung des Finanzierungsangebots auch für größere Unternehmen. Zudem sollen unter dem bereits 2011 erfolgreich eingeführten KfW-Programm "Offshore Windenergie" weitere Projekte finanziert werden. Das Programm dient als Anschubfinanzierung, mit dessen Hilfe trotz der Größe der Vorhaben und der mit der Installation auf offener See verbundenen hohen technischen Risiken erste Offshore-Windpark-Projekte realisiert werden können. Die Beteiligungsfinanzierung wird ab 2012 mit einem Angebot für Sozialunternehmen erweitert. Sozialunternehmen als Entwickler von innovativen Ideen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme können Eigenkapital zur Finanzierung ihres Wachstums erhalten. Mit einem geplanten Fördervolumen von 24,5 Mrd. EUR für 2012 baut die KfW Mittelstandsbank ihre Förderung im Vergleich zum Vorjahr aus. Das Finanzierungsangebot deckt die Förderfelder allgemeine Unternehmensfinanzierung, Gründung, Innovation sowie Umweltschutz ab.

Die KfW Privatkundenbank fokussiert ihre wohnwirtschaftlichen Förderaktivitäten im Jahr 2012 noch stärker auf die zentralen zukünftigen Herausforderungen Energiewende und demografischer Wandel. Die Bundesprogramme "Energieeffizient Bauen und Sanieren" werden 2012 gezielt ausgebaut und weiterentwickelt und der Antragsprozess wird vereinfacht. Das Eigenprogramm "Wohnraum Modernisieren" wird eingestellt, um Überschneidungen mit den förderpolitisch priorisierten Programmen zu vermeiden und die hohen Förderstandards des Bundesprogramms zu stärken. Das bisherige Bundesprogramm "Altersgerecht Umbauen" führt die

KfW ab 2012 in der Kreditvariante als Eigenprogramm mit voraussichtlich höherem Zusagevolumen fort. Die KfW wird die Wohneigentumsbildung weiterhin mit dem "KfW-Wohneigentumsprogramm" fördern, jedoch mit reduziertem Förderhöchstbetrag. Im Förderfeld Bildung wird den Anforderungen des "lebenslangen Lernens" insbesondere durch eine Erweiterung des "KfW-Studienkredits" Rechnung getragen. Mit der Refinanzierung von Familienpflegezeitkrediten durch die KfW wird ein weiterer großer Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan. Die KfW Privatkundenbank plant für 2012 in den Förderfeldern Wohnen, Bildung und Soziales ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von 16,1 Mrd. EUR.

Die KfW Kommunalbank wird den Kommunen, kommunalnahen Unternehmen und sozialen Organisationen auch im Jahr 2012 als verlässlicher Partner zur Verfügung zu stehen. Das Fördervolumen wird daher auf einem hohen Niveau gesichert und das Finanzierungsangebot weiter verbessert. Die KfW Kommunalbank wird ihre Finanzierungsaktivitäten im kommenden Jahr weiterhin auf das Schwerpunktthema Umwelt- und Klimaschutz fokussieren und zudem einen weiteren Förderschwerpunkt beim Thema demografische Entwicklung setzen. Reduziert wird die allgemeine, nicht vorhabensbezogene Refinanzierung der Landesförderinstitute (LFI), während die KfW ihr Angebot zur LFI-Refinanzierung bei thematisch hochwertigen Förderprodukten verbessert. Kommunen und kommunale Unternehmen werden im Rahmen ihrer Investitionen zur Umsetzung der Energiewende besonders wirkungsvoll unterstützt. 2012 soll dafür unter anderem die 2011 gestartete bundesverbilligte Programmfamilie "Energetische Stadtsanierung" ausgebaut und damit den Beschlüssen zum Energiekonzept der Bundesregierung entsprochen werden. Unter anderem plant die KfW Kommunalbank im Rahmen dieser Programmfamilie ein neues Förderfenster "Energieeffiziente Quartiersversorgung" aufzusetzen. Kommunal wird mit dem geplanten Programm "Barrierearme Stadt" das Thema Demografie neu in den Blickpunkt der Förderung gerückt. Die KfW Kommunalbank plant für 2012 ein Fördervolumen in Höhe von 9,9 Mrd. EUR.

Die Rahmenbedingungen auf den europäischen Vertriebsmärkten werden auch im kommenden Jahr wesentlich geprägt durch die Staatsschuldenkrise und einen hohen langfristigen Finanzierungs- und Rekapitalisierungsbedarf der Banken. In diesem Umfeld werden Verbriefungen als eine Form der besicherten Finanzierung weiter gefragt sein. Vor allem etablierte Assetklassen aus Eurokernländern und Großbritannien (zum Beispiel Verbriefungen von privaten Wohnraumfinanzierungen aus Großbritannien und den Niederlanden und deutsche Autofinanzierungen) werden sich weiterhin als marktgängig erweisen. Mit ihren Verbriefungsprodukten unterstützt die KfW die langfristige Finanzierung für die gewerbliche Wirtschaft und den Mittelstand in Deutschland. Dies umfasst die Bereitstellung der KfW-Verbriefungsplattform PROMISE sowie die Beteiligung an Verbriefungstransaktionen insbesondere von gewerblichen Leasing- und Kreditforderungen als Investor. Auch 2012 wird die KfW aktiv an Initiativen zur Verbesserung der Qualität und der Transparenz des Verbriefungsmarktes mitwirken. Zudem wird das Förderspektrum durch den erweiterten Einsatz kapitalmarktnaher Produkte ergänzt. Während der Exportwirtschaft über das "Programm zur Refinanzierung bundesgedeckter Exportkredite" auch im Jahr 2012 weiter langfristige Liquidität in unterschiedlichen Währungen zur Verfügung gestellt wird, werden großvolumige Förderkredite für deutsche Leasingfinanzierungen und europäische Umweltvorhaben eingesetzt. Mit ihren verschiedenen Instrumenten plant die KfW für 2012 ein Zusagevolumen in Höhe von 3,6 Mrd. EUR.

In dem anspruchsvollen weltwirtschaftlichen Umfeld ist es Ziel des Geschäftsfelds Export- und Projektfinanzierung, das von der KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main, verantwortet wird, seine Marktposition als führender Spezialfinanzierer zu stärken. Die Bank plant, sich bei Vorhaben im Bereich Energie und Umwelt im Jahr 2012 weiter auf hohem Niveau zu engagieren.

Zum Zwecke der deutschen Rohstoffsicherung sollen die Engagements in den Sparten Grundstoffe sowie Trade und Commodity Finance leicht ausgebaut werden. Das Neugeschäft im Bereich der Assetfinanzierungen (Schiffe, Schienenfahrzeuge, Flugzeuge) setzt die Bank auf bisherigem Niveau selektiv und mit guter Besicherung fort. Regional liegt der Schwerpunkt auf den für die deutsch-europäische Exportindustrie wichtigen Märkten mit einem Ausbau der Begleitung von Kunden in Ländern außerhalb Europas, insbesondere Schwellenländern. Das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung plant für 2012 ein originäres Neugeschäft in Höhe von 11,4 Mrd. EUR. Zusätzlich wird eine Banken-Refinanzierung unter dem Schiffs-CIRR ("Commercial Interest Reference Rate") in Höhe von 1,2 Mrd. EUR erwartet. Das Fördergeschäft der KfW betreffen insgesamt 5,3 Mrd. EUR.

Im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Transformationsländer sind die Geschäftsaktivitäten der KfW Entwicklungsbank und der DEG -Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln, zusammengefasst.

Aufgrund der anhaltend hohen Fördernachfrage plant die KfW Entwicklungsbank im Jahr 2012 einen weiteren Ausbau ihres Zusagevolumens in Entwicklungs- und Transformationsländern auf 5,0 Mrd. EUR. Hiermit unterstützt sie die Bundesregierung in erheblichem Umfang in ihren entwicklungs- und klimapolitischen Zielen. Zwei entwicklungspolitische Initiativen stehen dabei 2012 im Vordergrund, die die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des Bundes umsetzen wird. Um nachhaltiges Wachstum in Entwicklungsländern zu fördern und die Armut wirksam zu bekämpfen, wird sie mit der "Wirkungsinitiative" den Einsatz eigener Mittel für die deutsche Entwicklungsförderung weiter steigern. Die "Deutsche Klima-Technologie Initiative" (DKTI) soll Mitteleinkommensländern helfen, den Klimaschutz mit modernen Technologien voranzutreiben. Damit baut die KfW ihr Engagement im globalen Klima- und Umweltschutz weiter aus. Gleichzeitig trägt sie mit beiden Initiativen zur Steigerung der internationalen Hilfszusagen der Bundesregierung ("ODA-Quote") bei. Auch im internationalen und EU-Rahmen wird die KfW Entwicklungsbank ihre Kompetenzen aktiv in die Ausgestaltung der internationalen Klimafinanzierung einbringen. Hierzu wird sie den klimabezogenen Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit nationalen und subregionalen Förderbanken im Rahmen des von der KfW 2011 mitinitiierten "International Development Finance Club" (IDFC) intensivieren.

Die KfW hält im Zuge der Privatisierungsgeschäfte des Bundes weiterhin Anteile an der Deutschen Telekom AG, Bonn, und der Deutschen Post AG, Bonn. Die Durchführung weiterer Privatisierungstransaktionen erfolgt unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktbedingungen und strategischer Vorgaben des Bundes.

Die KfW könnte im Jahr 2012 - im Rahmen eines Zuweisungsgeschäfts mit dem Bund gemäß KfW-Gesetz - gebeten werden, eine Investorenrolle für eine 7,5-prozentige Beteiligung an EADS N.V., Niederlande, zu übernehmen.

Die KfW rechnet für die beiden kommenden Jahre mit einem weiterhin hohen Refinanzierungsvolumen. Für das Geschäftsjahr 2012 erwartet die KfW einen Refinanzierungsbedarf von rund 80 Mrd. EUR. Wesentliche Bestimmungsgröße des geplanten Mittelbedarfs, der sich auf einem vergleichbaren Niveau wie 2011 befindet, ist das Fördervolumen, das KfW-Planungen zufolge hoch bleiben wird. Die KfW ist für die Kapitalmärkte 2012 verhalten optimistisch, erneute Rückschläge sind dennoch möglich. Mit der expliziten, direkten Garantie des Bundes sieht sie sich gut dafür aufgestellt. Durch das Zusammenspiel der erstklassigen KfW-Kreditqualität mit einer diversifizierten und verlässlichen Refinanzierungsstrategie steht die Bank auf einem soliden Fundament. Angebote über das gesamte Laufzeitband hinweg und Flexibilität hinsichtlich Format und Währung werden auch zukünftig zum Erfolg einer auf Investorenbedürfnisse zugeschnittenen Emissionstätigkeit beitragen. Zur Refinanzierung ihres Mittelbedarfs wird die KfW auf den bewährten Mix aus großvolumigen Benchmark-Anleihen, anderen öffentlichen Anleihen und Privatplatzierungen zurückgreifen. Euro und US-Dollar werden die Hauptrefinanzierungswährungen bleiben. Weiterhin ist zu erwarten, dass neben dem britischen Pfund und dem japanischen Yen auch Währungen wie der australische Dollar sowie die norwegische und schwedische Krone wieder eine wichtige

Rolle spielen werden. Die KfW rechnet damit, dass sie von der zunehmenden Währungsdiversifikation der Zentralbanken und großer Investoren profitieren kann.

Für das Jahr 2012 geht die KfW in ihrer aktuellen Ergebnisplanung für den Konzern von einem Gesamtergebnis von rund 1,2 Mrd. EUR aus. Maßgebliche Grundannahme dieser Ergebnisprognose ist ein moderates Wirtschaftswachstum. Einhergehend damit werden leicht steigende Zinssätze bei einer sich verflachenden Zinsstruktur erwartet. Obwohl eine solche Entwicklung den Zinsüberschuss negativ beeinflusst, werden dennoch auch für 2012 Zinsüberschüsse auf einem hohen Niveau erwartet. Wie schon im Jahr 2010 profitierte die KfW auch 2011 davon, dass große Teile der im Jahr 2009 gebildeten Risikovorsorge wieder aufgelöst werden konnten. Für 2012 wird von einer Normalisierung und damit von einem Anstieg des Kreditrisikovorsorgebedarfs im Vergleich zu 2011 ausgegangen. Die Verwaltungskosten werden 2012 gegenüber dem Niveau von 2011 ansteigen. Dies resultiert im Wesentlichen aus Initiativen und Großprojekten zur Modernisierung der KfW (unter anderem stärkere Kundenorientierung, Umbau/Neustrukturierung der IT-Architektur im Finanzbereich, IT-Restrukturierung und -Neuorientierung).

In einem Szenario, in dem die Wirtschaft in eine Rezession abgleitet, geht die KfW im Gegensatz zum erwarteten Szenario von leicht sinkenden Zinsen aus, was zu einem höheren Zinsüberschuss führen würde. Dem stünde jedoch ein erhöhter Wertberichtigungsbedarf im Kreditgeschäft gegenüber. Dagegen würde in einem Szenario mit einer unerwartet kräftigen konjunkturellen Entwicklung und damit einhergehender steigender und sich verflachender Zinsstruktur das Zinsergebnis niedriger ausfallen. In diesem Fall werden aber auch deutlich sinkende Kreditausfälle erwartet, was die Ertragslage stabilisieren würde.

Die Ergebnisplanung der KfW ist vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Eurozone nach wie vor durch ein hohes Maß an Unsicherheit geprägt. Diese besteht insbesondere in Bezug auf die Entwicklung der Zinssätze und Wechselkurse, die maßgeblich den Ergebnisbeitrag des Zinsüberschusses und des Bewertungsergebnisses beeinflussen.

Nach den enormen Anstrengungen im Jahr 2011, ausreichend Personal in den kritischen Bereichen - insbesondere Rechnungswesen und IT - zu beschaffen, werden die Beschaffungsaktivitäten im Jahr 2012 auf hohem Niveau weiterlaufen. Dies ist vor allem den Initiativen und Großprojekten zur umfassenden Modernisierung der Bank geschuldet. Die Bank erwartet bis zum Jahresende 2012 eine weitere Aufstockung des Personalbestandes. Ausbildungsplätze wird die KfW im bisherigen Umfang zur Verfügung stellen, um damit in besonderer Weise Verantwortung gegenüber der jungen Generation zu übernehmen.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Der Vorstand und der Verwaltungsrat der KfW haben beschlossen, die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) für die KfW anzuerkennen. Die Entsprechenserklärung zur Einhaltung der Empfehlungen des PCGK enthält der Corporate Governance Bericht der KfW.

JAHRESABSCHLUSS BILANZ ZUM 31.12.2011

Aktivseite

	31.12.2011				31.12.2010		31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Barreserve							
a) Kassenbestand			235			0	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			996.733			604	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	996.733			996.968	604		604
2. Forderungen an Kreditinstitute							
a) täglich fällig			4.417.641			149	
b) andere Forderungen			316.435.008	320.852.649		292.240	292.389
3. Forderungen an Kunden				79.642.098			68.620
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert							
darunter: Kommunalkredite	52.946.808				40.440		
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere							
a) Geldmarktpapiere							
aa) von öffentlichen Emittenten		0				0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				0		
ab) von anderen Emittenten		299.883	299.883			360	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				91		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen							
ba) von öffentlichen Emittenten		4.142.575				3.578	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.978.041				3.445		
bb) von anderen Emittenten		22.218.152	26.360.727			24.784	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	16.459.032				18.963		

	31.12.2011			31.12.2010		31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR
c) eigene Schuldverschreibungen			14.096.801	40.757.411		37.918
Nennbetrag	14.719.832				9.870	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				12.364.910		14.187
6. Beteiligungen				604.925		514
darunter: an Kreditinstituten	40.193				36	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0				0	
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				2.553.986		2.486
darunter: an Kreditinstituten	306.852				307	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0				0	
8. Treuhandvermögen				16.426.033		16.282
darunter: Treuhandkredite	16.165.732				16.191	
9. Immaterielle Anlagewerte						
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			12.526	12.526		12
10. Sachanlagen				861.928		853
11. Sonstige Vermögensgegenstände				15.622.242		9.230
12. Rechnungsabgrenzungsposten				2.286.252		2.392
13. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG				26.519		27
Summe der Aktiva				493.008.447		445.514
Passivseite						

	31.12.2011			31.12.2010		31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig			17.336.675		11.223	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			9.745.363	27.082.038	8.292	19.515
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) andere Verbindlichkeiten						
aa) täglich fällig		862.074			557	
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		20.873.213	21.735.287	21.735.287	22.168	22.725
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen			399.160.345	399.160.345	360.145	360.145
4. Treuhandverbindlichkeiten				16.426.033		16.282
darunter: Treuhandkredite	16.165.732				16.191	
5. Sonstige Verbindlichkeiten				141.024		72
6. Rechnungsabgrenzungsposten				6.529.423		6.427
7. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			765.077		747	
b) andere Rückstellungen			1.308.532	2.073.609	1.466	2.213
8. Abführungspflichten nach DMBilG				280		0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				3.246.589		3.247
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				1.700.000		600

	31.12.2011				31.12.2010		31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
11. Eigenkapital							
a) Eingefordertes Kapital		0				0	
Gezeichnetes Kapital		3.750.000				3.750	
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		(450.000)	3.300.000			(450)	
b) Kapitalrücklage			5.946.989			5.947	
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.650.000				4.650		
Zuführung	0				0		
c) Rücklage aus Mitteln des ERP -Sondervermögens			1.055.663			977	
Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen	78.629				84		
d) Gewinnrücklagen							
da) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz		1.875.000				1.838	
db) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz		2.688.560				2.178	
dc) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG		47.607	4.611.167	14.913.819		48	14.288
Summe der Passiva				493.008.447			445.514
1. Eventualverbindlichkeiten							
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			10.645.259	10.645.259		18.348	18.348
2. Andere Verpflichtungen							
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			51.910.610	51.910.610		60.766	60.766

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 01.01. BIS 31.12.2011

	Aufwendungen				2010		2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Zinsaufwendungen				10.419.364			9.207
2. Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen zur Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens				78.629			84
3. Provisionsaufwendungen				202.672			209
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen							
a) Personalaufwand							
aa) Löhne und Gehälter		285.681			274		
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		48.878	334.559		61	335	
darunter: für Altersversorgung	11.099				24		
b) andere Verwaltungsaufwendungen			215.928	550.487		193	528
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				30.148			27
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				30.834			118
7. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				1.100.000			554
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				101.295			0
9. Außerordentliche Aufwendungen				0			75

	2011				2010		2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				5.624			0
11. Abschreibungen auf Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG				38			0
12. Jahresüberschuss				547.565			2.013
Summe der Aufwendungen				13.066.656			12.815
1. Jahresüberschuss				547.565			2.013
2. Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0			- 1.499
3. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				0			0
4. Einstellungen in Gewinnrücklagen							
a) in die gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz			- 37.101			- 264	
b) in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz			- 510.464	- 547.565		- 250	- 514
5. Bilanzgewinn/Bilanzverlust				0			0

Erträge

	2011				2010		2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Zinserträge aus							
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			11.665.097			11.028	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			682.024	12.347.121		543	11.571
2. Laufende Erträge aus							
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			99			0	
b) Beteiligungen			13.521			26	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0	13.620		0	26
3. Provisionserträge				355.640			413
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				244.142			527
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				0			150
6. Sonstige betriebliche Erträge				106.133			128
Summe der Erträge				13.066.656			12.815

Anhang

Der Jahresabschluss der KfW wurde entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie dem Gesetz über die KfW aufgestellt. Zusätzlich wurden die besonderen Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Mark-Bilanz-Gesetz - DMBilG) beachtet.

Die Gliederung für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde erweitert um einen gesonderten Ausweis der Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und die hierfür vorgenommene vertragsgemäße Zuführung von Zinsen sowie die nachträglich vermerkten Zuführungen zu den Kapitalrücklagen. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang vorzunehmen sind, erfolgen im Anhang.

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, dem Nennbetrag oder einem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen werden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind, soweit sie nicht gesichert sind, nach dem strengen Niederstwertprinzip, Wertpapiere des Anlagevermögens grundsätzlich gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Teilweise werden Wertpapiere mit den zu ihrer Kurssicherung eingesetzten Zinssicherungsgeschäften (im Wesentlichen Zinsswap-Geschäften) zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Dem Handelsbestand sind keine Wertpapiere zugeordnet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen

werden vorgenommen. Strukturierte Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden als Einheit bilanziert und zum strengen Niederstwert bewertet.

Die Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei Bedarf werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden als Sammelposten erfasst und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert, Unterschiedsbeträge zwischen einem vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag und dem Ausgabebetrag werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der "Richttafeln 2005 G" von Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Bei den Berechnungen wurden für die KfW die Projected-Unit-Credit-Methode mit einem Rechnungszins von 5,14 % gemäß § 253 Absatz 2 HGB, Anwartschaftsdynamiken im Bereich von 1,00 % bis 3,00 % in Abhängigkeit von der Tarifeinstufung, Rentendynamiken zwischen 1,00 % und 2,50 % in Abhängigkeit von der Versorgungsordnung und einer Fluktuationsrate in Höhe von 1,50 % für den Gesamtbestand der aktiven Mitarbeiter angewendet. Die anderen Rückstellungen werden in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme unter Berücksichtigung zukünftiger Preis-/Kostensteigerungen ausgewiesen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mittels der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinsen auf den Bilanzstichtag diskontiert.

Den Risiken, die aufgrund der Geschäftsstruktur der KfW überwiegend aus dem Kreditgeschäft resultieren, wird durch Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Die Zuführungs- und Auflösungsbeiträge werden netto in der Position Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft ausgewiesen. Von den Verrechnungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 340c Absatz 2 HGB sowie § 340f Absatz 3 HGB wird Gebrauch gemacht. Bei leistungsgestörten Kreditforderungen findet die Vereinnahmung von Zinserträgen grundsätzlich auf Basis der Erwartungen statt.

ANGABEN ZU AKTIVA

Forderungen an Kreditinstitute

	Täglich fällig	Restlaufzeit				Anteilige Zinsen	Insgesamt
		bis drei Monate	mehr als drei Monate	mehr als ein Jahr	mehr als fünf Jahre		
			bis ein Jahr	Jahr bis fünf Jahre			
Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	
31.12.2011	4.418	52.008	25.542	126.405	106.213	6.267	320.853
31.12.2010	149	36.696	22.864	123.026	103.987	5.667	292.389
darunter an (Vorjahr):							
Verbundene Unternehmen						20.167	(17.828)
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						16	(24)
ohne Haftungsverpflichtung durchleitender Banken						3.898	(4.247)
Nachrangige Vermögensgegenstände						2.404	(2.326)

Forderungen an Kunden

	Mit unbestimmter Laufzeit	Restlaufzeit				Anteilige Zinsen	Insgesamt
		bis drei Monate	mehr als drei Monate	mehr als ein Jahr	mehr als fünf Jahre		
			bis ein Jahr	Jahr bis fünf Jahre			
Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	
31.12.2011	0	7.245	5.549	37.848	28.156	844	79.642
31.12.2010	0	6.570	5.955	32.814	22.408	873	68.620
darunter an (Vorjahr):							
Verbundene Unternehmen						678	(814)
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						33	(30)
Nachrangige Vermögensgegenstände						5.964	(6.337)

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden:

Im Folgejahr fällig werdend

	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. EUR	Mio. EUR
Bilanzstichtag		
Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen	3.589	3.835
Nominalwert	3.609	3.825
Eigene Schuldverschreibungen	376	96
Nominalwert	369	94
Summe	3.965	3.931
Nominalwert	3.978	3.919

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind enthalten:

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	38.479
Nicht börsennotierte Wertpapiere	2.278
Börsenfähige Wertpapiere	40.757

Zum Bilanzstichtag sind in dem Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere nachrangige Wertpapiere mit einem Buchwert von 24 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) enthalten.

Pensionsgeschäfte

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften (Repo-Geschäften) wurden Wertpapiere im Buchwert von 1.489 Mio. EUR in Pension gegeben.

Anlagevermögen

Anlagespiegel zum 31.12.2011

	Veränderungen 2011 (7) TEUR	Restbuchwert 31.12.2011 (8) TEUR	Restbuchwert 31.12.2010 (9) TEUR
Beteiligungen	90.847	604.925	514.078
Anteile an verbundenen Unternehmen	67.465	2.553.986	2.486.521
Wertpapiere des Anlagevermögens	- 2.313.966	24.305.676	26.619.642
Summe	- 2.155.654	27.464.587	29.620.241

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten ²⁾ (1) TEUR	Zugänge (2) TEUR	Abgänge (3) TEUR	Umbuchungen (4) TEUR	Zuschreibungen (5) TEUR
Immaterielle Anlagewerte ³⁾	22.410	4.666	1.028	0	0
Sachanlagen ⁴⁾	1.073.497	35.934	3.122	0	0
Summe	1.095.907	40.600	4.150	0	0

	Abschreibungen/ Wertberichtigungen Insgesamt (6) TEUR	Abschreibungen/ Wertberichtigungen 2011 (7) TEUR	Restbuchwert 31.12.2011 (8) TEUR	Restbuchwert 31.12.2010 (9) TEUR
Immaterielle Anlagewerte ³⁾	13.522	4.637	12.526	12.522
Sachanlagen ⁴⁾	244.381	25.511	861.928	852.600
Summe	257.903	30.148	874.454	865.122
Insgesamt			28.339.041	30.485.363

¹⁾ Einschließlich Kursdifferenzen

²⁾ Von der Erleichterungsmöglichkeit gemäß Artikel 31 Absatz 6 EGHGB wurde Gebrauch gemacht.

³⁾ Außerplanmäßige Abschreibung Immaterielle Anlagewerte von 662 TEUR

⁴⁾ Davon zum 31.12.2011:

- Gesamtbetrag der im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude 820.514 TEUR

- Gesamtbetrag der Betriebs- und Geschäftsausstattung 41.413 TEUR

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und deshalb grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten werden, werden den Wertpapieren des Anlagevermögens zugeordnet. Sie sind getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens erfasst und werden grundsätzlich gemäß gemildertem Niederstwertprinzip bewertet.

Der Buchwert der börsenfähigen, nicht mit dem Niederstwert bewerteten Wertpapiere des Anlagevermögens beträgt zum 31.12.2011 23.913 Mio. EUR. Darin enthalten sind Wertpapiere, deren Buchwert in Höhe von 8.634 Mio. EUR über dem beizulegenden Zeitwert von 8.106 Mio. EUR liegt. Auf eine Abschreibung wurde im Hinblick auf die Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Wertpapiere verzichtet.

In der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind enthalten:

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	11.239
Nicht börsennotierte Wertpapiere	1.126
Börsenfähige Wertpapiere	12.365

Der Wertpapierbestand ist vollumfänglich dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Unter dieser Position sind Geschäfte in einem Volumen von 11.239 Mio. EUR ausgewiesen, die die KfW auf Zuweisung des Bundes gemäß § 2 Absatz 4 des KfW-Gesetzes abgeschlossen hat.

Angaben zum Anteilsbesitz

Name und Sitz der Gesellschaften, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
1. DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	100,0	1.700.287	217.900
2. KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn ¹⁾	100,0	343.445	67.473
3. KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main ¹⁾	100,0	1.626.490	527
4. Astra Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt am Main ²⁾	100,0	1.500	0
5. KfW International Finance Inc. i. L., Delaware, USA	100,0	0	0
6. AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG, München ²⁾	47,7	2.695	- 285
7. Deutsche Post AG, Bonn ²⁾	30,5	10.696.000	2.630.000
8. Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), Berlin ²⁾	26,0	5.223	351
9. Berliner Energieagentur GmbH, Berlin ²⁾	25,0	3.647	304
10. Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg ²⁾	24,9	10.219	- 643
11. eCapital Technologies Fonds II GmbH & Co. KG, Münster ²⁾	24,8	23.541	116
12. Post 2012 Carbon Credit Fund CV, Amsterdam, Niederlande ²⁾	20,0	21	- 192
13. Galaxy S. à r. l., Luxemburg, Luxemburg ²⁾	20,0	125.569	38.961

¹⁾ Letzter vorliegender Abschluss 2011

²⁾ Letzter vorliegender Abschluss 2010

In der Position Beteiligungen sind enthalten:

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	2
Nicht börsennotierte Wertpapiere	18
Börsenfähige Wertpapiere	20

Anteile an Investmentvermögen

	Anteil am Gesamtvermögen %	Buchwerte TEUR	Ausschüttungen TEUR	Möglichkeit der täglichen Rückgabe
Fonds Frankfurt I	100,0	617.693	0	Ja
Fonds Atlantik	100,0	506.804	0	Ja
Europäischer Fonds für Südosteuropa S. A., SICAV-SIF	18,8	120.000	3.646	Nein
Global Climate Partnership Fund SA, SICAV-SIF	19,1	11.979	56	Nein
Green for Growth Fund, Southeast Europe S. A., SICAV-SIF	10,5	10.025	0	Nein
Fondo PPP Italia c/o Fondaco SGR S.p.A.	14,6	8.483	58	Nein
2020 European Fund Galaxy for Energy, Climate Change and Infrastructure SICAV	14,1	7.100	0	Nein
Galaxy S. à r. l. SICAR	20,0	6.986	4.351	Nein
Rural Impulse Fund II S.A., SICAF-SF	16,5	3.500	0	Nein
Post 2012 Carbon Credit Fund CV	20,0	0	95	Nein

Für die am 31.12.2011 im Bestand befindlichen Fonds Frankfurt I und Atlantik liegen Marktwerte von jeweils 0,6 Mrd. EUR vor. Es handelt sich bei beiden Fonds um Spezial-Sondervermögen, die im IFRS-Konzernabschluss konsolidiert werden. Im Rahmen der bereits in den Vorjahren eingeschlagenen Wertpapierstrategie erfolgte 2011 die planmäßige Reduzierung der Anteile an Spezialfonds.

Die übrigen Anteile an Investmentvermögen dienen im Wesentlichen der Stärkung und Förderung von Projekten des Klimaschutzes, erneuerbarer Energien und des Infrastrukturausbaus. Die Beschränkung der Möglichkeit einer täglichen Rückgabe resultiert aus der langfristigen Ausrichtung der Fonds und des speziellen Kreises der Investoren. Es handelt sich im Wesentlichen um illiquide Anlagevehikel.

Aufgrund der stark gefallen Marktpreise wurde 2011 der Wertansatz für den Post 2012 Carbon Credit Fund CV auf 0 TEUR abgeschrieben. Sämtliche übrigen Investments sind werthaltig und unterliegen einem regelmäßigen Bewertungsprozess.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen den Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung von Derivaten (14.928 Mio. EUR), die im Rahmen der Steuerung der Fremdwährungspositionen eingesetzt werden. Daneben wird die Forderung an die Bundesanstalt für versicherungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in Höhe von 602 Mio. EUR aufgrund des der KfW zugewiesenen Versicherungsgeschäfts der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SinA) ausgewiesen. Der Forderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die in der Position Aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthaltenen Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten betragen 851 Mio. EUR (Vorjahr: 829 Mio. EUR).

ANGABEN ZU PASSIVA

Fristenstruktur der aufgenommenen Mittel

	Täglich fällig		Restlaufzeit			Anteilige Zinsen Mio. EUR
	Mio. EUR	bis drei Monate Mio. EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	mehr als fünf Jahre Mio. EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
zum 31.12.2011	17.337	1.687	123	1.211	1.761	4.963
zum 31.12.2010	11.224	1.431	74	1.263	1.074	4.449
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
zum 31.12.2011	862	5.392	4.393	6.550	4.083	455
zum 31.12.2010	557	4.145	4.005	10.907	2.763	349
zum 31.12.2011	18.199	7.079	4.516	7.761	5.844	5.418
in %	37	15	9	16	12	11
						Insgesamt Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
zum 31.12.2011						27.082
zum 31.12.2010						19.515
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
zum 31.12.2011						21.735
zum 31.12.2010						22.726
zum 31.12.2011						48.817
in %						100
						Im Folgejahr fällig werdend
Verbriefte Verbindlichkeiten						
zum 31.12.2011						87.344
zum 31.12.2010						89.158

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Verbriefte und unverbrieftete Verbindlichkeiten			
	gegenüber verbundenen Unternehmen		gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	2011 Mio. EUR	2010 Mio. EUR	2011 Mio. EUR	2010 Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50	63	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	142	165	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	840	50	0	0
Insgesamt	1.032	278	0	0

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus Forderungen in Höhe von 2.305 Mio. EUR (Vorjahr: 2.460 Mio. EUR) erfasst.

Rückstellungen

Neben den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 765 Mio. EUR werden zum 31.12.2011 andere Rückstellungen in Höhe von 1.309 Mio. EUR ausgewiesen, die im Wesentlichen versicherungstechnische Rückstellungen im Zusammenhang mit der Übertragung des Versicherungsgeschäfts der SinA, Rückstellungen zur Absicherung künftiger Zinsbelastungen aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens sowie Rückstellungen im Rahmen der Risikovorsorge der KfW betreffen.

Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem Bilanzansatz zum 31.12.2011 von 191 Mio. EUR hat die KfW das Beibehaltungswahlrecht nach Artikel 67 Absatz 1 Satz 4 EGHGB ausgeübt. Der Wert nach Diskontierung mit dem geltenden Bundesbankzinssatz beträgt 178 Mio. EUR.

Aufwendungen in Höhe von 37 Mio. EUR, die aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen resultieren, werden unter dem Zinsaufwand ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung zum 01.07.2007 hat das ERP-Sondervermögen der KfW ein Nachrangdarlehen in Höhe von 3.247 Mio. EUR gewährt. Das Darlehen ist in drei Tranchen mit unterschiedlichen Zinsbindungsfristen aufgeteilt. Die Kapitalbindungsfrist aller Tranchen endet am 31.12.2017. Die Tranchen werden mit einem Zinssatz von 4,5 % p. a. verzinst.

Für das Nachrangdarlehen besteht keine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die KfW. Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes.

Die Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 146 Mio. EUR.

	Eigenkapital			31.12.2011 Mio. EUR
	31.12.2010 Mio. EUR	Jahresüberschuss Mio. EUR	Sonstige Veränderungen Mio. EUR	
Gezeichnetes Kapital der KfW	3.750	0	0	3.750
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	- 450	0	0	- 450
Kapitalrücklage	5.947	0	0	5.947
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.650	0	0	4.650
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	977	0	79	1.056
Erwirtschaftete Gewinne				
a) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.838	37	0	1.875
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	2.178	510	0	2.689
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	48	0	0	48
Eigenkapital	14.288	547	79	14.914

Die Förderrücklage des ERP-Sondervermögens betrifft den im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung im Geschäftsjahr 2007 durch das ERP-Sondervermögen eingebrachten Betrag.

Der Jahresüberschuss 2011 wird in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt. Zum Jahresende 2011 beträgt das Eigenkapital der KfW 14.914 Mio. EUR.

WEITERE VERMERKPFLICHTIGE ANGABEN ZU DEN PASSIVA

Eventualverbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen betragen 10.645 Mio. EUR. Von dem Gesamtbetrag zum 31.12.2011 entfallen 8.368 Mio. EUR auf Plattformverbriefungen, im Wesentlichen PROMISE-/PROVIDE-Geschäfte.

Über die Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE können Kreditinstitute synthetisch Kreditrisiken aus Mittelstandskreditportfolios bzw. privaten Wohnungsbaukrediten in den Kapitalmarkt transferieren. Zum Bilanzstichtag beläuft sich das Verbriefungsvolumen über die Plattform auf 8.368 Mio. EUR, wovon 8.322 Mio. EUR über Credit Default Swaps bzw. über Credit-Linked Schuldsscheine besichert sind. Mit den verbleibenden 46 Mio. EUR hat die KfW Risiken aus Senior-Tranchen einbehalten.

Das Risiko in diesem Plattformgeschäft wird maßgeblich durch die Qualität der verbrieften Portfolios beeinflusst. Da die KfW im Rahmen dieses Geschäftszweigs Tranchen mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit an den Kapitalmarkt weitergibt und selbst nur Senior-Tranchen mit bester Bonität einbehalten hat, ist von einem sehr geringen Ausfallrisiko seitens der KfW auszugehen.

Daneben sind unter anderem Bürgschaften für Sonderkredite von 785 Mio. EUR, für Flugzeugfinanzierungen von 418 Mio. EUR, für den Wohnungsbau von 148 Mio. EUR sowie Bürgschaften für Schiffs- und Werftkredite von 72 Mio. EUR enthalten.

Den Risiken aus diesen Geschäften wird durch die Bildung von Portfolio- bzw. Individual-Rückstellungen Rechnung getragen.

Andere Verpflichtungen

Die Unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 51.911 Mio. EUR betreffen mit 28.726 Mio. EUR Investitionsfinanzierungen, wobei der größte Anteil auf die KfW Privatkundenbank mit 11.155 Mio. EUR und auf die KfW Mittelstandsbank mit 7.820 Mio. EUR entfällt, mit 9.454 Mio. EUR Export- und Projektfinanzierungen, mit 6.192 Mio. EUR Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer, mit 283 Mio. EUR Avalkredite sowie mit 84 Mio. EUR Forward Forward Deposits.

Darüber hinaus bestehen Unwiderrufliche Kreditzusagen für den über die KfW bereitgestellten Anteil Deutschlands an der Kreditfazilität der EU-Staaten für die Republik Griechenland in Höhe von 7.171 Mio. EUR.

Den Risiken aus diesen Geschäften wird durch die Bildung von Portfolio- bzw. Individual-Rückstellungen Rechnung getragen.

Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandposten betreffen im Wesentlichen Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Das Treuhandvermögen beinhaltet Treuhandkredite in Höhe von 16.166 Mio. EUR.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde im Geschäftsjahr 2011 mit 1.100 Mio. EUR auf 1.700 Mio. EUR dotiert. Der Ausweis erfolgt in einem gesonderten Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung. 2011 richtet sich die Bildung des Fonds für allgemeine Bankrisiken auf die Sicherung gegen die allgemeinen geschäftsspezifischen Risiken.

Geografische Märkte

Auf eine geografische Aufgliederung der Gesamtbeträge bestimmter Ertragspositionen gemäß § 34 Absatz 2 Nummer 1 RechKredV wurde verzichtet, da die KfW keine Auslandsfilialen unterhält.

SONSTIGE VERMERKPFLICHTIGE ANGABEN

Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung

Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie die am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte sind zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet worden.

Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB an.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden unter Beachtung der §§ 277 Absatz 5 Satz 2, 340h HGB brutto unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (9 Mio. EUR, Vorjahr: 33 Mio. EUR) und Sonstigen betrieblichen Erträgen (12 Mio. EUR, Vorjahr: 40 Mio. EUR) ausgewiesen.

Wechselkursbedingte Wertänderungen der in fremden Währungen gebildeten Einzelwertberichtigungen sind ebenso unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Zum 31.12.2011 betrug der gemäß § 340h HGB umgerechnete Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände 42 Mrd. EUR, der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten 238 Mrd. EUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und freie Fazilitäten

Im Rahmen von Beteiligungsfinanzierungen bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 567 Mio. EUR.

Der KfW stehen im Rahmen der geldpolitischen Geschäfte mit der Deutschen Bundesbank noch nicht ausgeschöpfte Liquiditätsfazilitäten zur Verfügung.

Derivatebericht

Die KfW setzt im Wesentlichen zur Absicherung von Zinsänderungs-, Wechselkurs-, sonstigen Preis- und Kreditrisiken folgende Termingeschäfte/derivative Produkte ein:

1. Zinsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

- Zinsswaps
- Zinsoptionen, Swaptions
- Zinsbegrenzungsvereinbarungen

2. Währungsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

- Zins- und Währungsswaps
- Devisenswaps
- Devisenkassageschäfte
- Devisentermingeschäfte

3. Aktienkurs- und sonstige preisrisikobezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

- Aktienoptionen
- Klimaschutzfonds-Terminkäufe und -verkäufe

4. Kreditderivate

— Single Name Credit Default Swaps

Die nachfolgende Darstellung der derivativen Geschäfte richtet sich nach den Anforderungen der §§ 285 Nummer 19 HGB, 36 RechKredV. Darin werden die positiven und negativen Marktwerte der Derivate zum 31.12.2011 offengelegt.

Die Berechnung erfolgt für alle Kontraktarten nach der Marktbewertungsmethode. Soweit für die derivativen Instrumente keine Marktwerte feststellbar waren, wurden ersatzweise Werte mittels Marktparametern errechnet, deren Ermittlung auf allgemein anerkannten Optionspreismodellen und Barwertberechnungen basiert.

Erworbene bzw. geschriebene Optionen werden in Höhe der gezahlten Prämie als Sonstige Vermögensgegenstände bzw. als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

	Nominalwerte 31.12.2011 Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2010 Mio. EUR	Marktwerte positiv 31.12.2011 Mio. EUR	Marktwerte negativ 31.12.2011 Mio. EUR
Volumina				
Kontrakte mit Zinsrisiken				
Zinsswaps	479.555	456.050	22.525	20.579
Zinsoptionen				
davon: Käufe	0	44	0	0
davon: Verkäufe	0	44	0	0
Zinsbegrenzungsvereinbarungen ¹⁾	226	376	0	0
Insgesamt	479.781	456.514	22.525	20.579
Kontrakte mit Währungsrisiken				
Zins- und Währungsswaps	213.448	199.993	18.129	5.557
Devisenswaps	23.421	24.946	744	46
Devisentermingeschäfte	198	600	3	3
Devisenkassageschäfte	3	0	0	0
Insgesamt	237.070	225.539	18.876	5.606
Aktien- und sonstige Preisrisiken ²⁾	768	906	62	63
Kreditderivate ³⁾				
davon: Käufe	150	290	1	0
davon: Verkäufe	0	0	0	0
Insgesamt	150	290	1	0

¹⁾ Ausweis der separat gehandelten Zinsbegrenzungsvereinbarungen

²⁾ Verzicht auf den Ausweis von eingebetteten Derivaten

³⁾ Hier: Single Name Credit Default Swaps

Nominalwerte	Zinsrisiken ¹⁾		Währungsrisiken	
	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR
Restlaufzeit				
bis drei Monate	21.807	23.900	32.414	40.452
mehr als drei Monate bis ein Jahr	41.758	33.990	26.337	18.222
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	226.033	216.328	113.839	105.091
mehr als fünf Jahre	190.183	182.296	64.480	61.774
Insgesamt	479.781	456.514	237.070	225.539
Nominalwerte	Sonstige Preisrisiken ¹⁾		Kreditderivate ²⁾	
	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR
Restlaufzeit				
bis drei Monate	4	4	50	90
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2	3	100	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	752	888	0	200
mehr als fünf Jahre	10	11	0	0
Insgesamt	768	906	150	290

¹⁾ Darstellung der derivativen Finanzinstrumente ohne eingebettete Derivate

²⁾ Hier: Single Name Credit Default Swaps

	Nominalwerte 31.12.2011 Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2010 Mio. EUR	Marktwerte positiv 31.12.2011 Mio. EUR	Marktwerte negativ 31.12.2011 Mio. EUR
Kontrahenten				
OECD-Banken	678.417	639.756	39.548	23.568
Banken außerhalb der OECD	64	37	1	6
Sonstige Kontrahenten	30.553	33.111	1.733	2.422
Öffentliche Stellen	8.735	10.345	182	252

	Nominalwerte	Nominalwerte	Marktwerte	Marktwerte
	31.12.2011	31.12.2010	positiv 31.12.2011	negativ 31.12.2011
Kontrahenten	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Insgesamt	717.769	683.249	41.464	26.248

Nachfolgend wird über Bewertungseinheiten gemäß §§ 254 bzw. 285 Nummer 23 HGB berichtet.

In der Tabelle sind die in Bewertungseinheiten gegen Zinsänderungs- und Aktienrisiken abgesicherten Volumina der Grundgeschäfte von Wertpapieren des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve zum Abschlussstichtag aufgeführt.

	Buchwerte Mio. EUR	Nominalwerte Mio. EUR	Marktwerte Mio. EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.692	17.109	17.667
Wertpapiere der Liquiditätsreserve			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.533	8.180	7.944
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11.239	-	10.897
Insgesamt	36.464	25.289	36.508

Die KfW setzt Derivate grundsätzlich nur zur Absicherung offener Positionen ein.

Das Wahlrecht, ökonomische Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit bilanziell nachzuvollziehen, wird bei Wertpapieren des Eigenbestands und bei Terminkäufen mit CO₂-Zertifikaten als designierte Grundgeschäfte ausgeübt. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mittels der Einfrierungsmethode.

Ein Teil der Wertpapiere des Anlagevermögens wird durch die Bildung von Mikro-Bewertungseinheiten gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert, indem festverzinsliche Wertpapiere und Absicherungsgeschäfte (im Wesentlichen Zinsswaps) zusammengeführt werden. Wirtschaftlich betrachtet ergeben sich somit variabel verzinsliche Anleihen.

Aufgrund der Identität wertbeeinflussender Parameter der Grund- und Sicherungsgeschäfte wird die kompensatorische Wirkung sowohl prospektiv als auch retrospektiv mittels der Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen.

Durch die grundsätzliche Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips im Anlagevermögen werden lediglich dauernde Wertminderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt.

Die festverzinslichen Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden ebenfalls mit Absicherungsgeschäften (im Wesentlichen Zinsswaps) gegen Zinsänderungsrisiken in Mikro-Bewertungseinheiten zusammengeführt. Etwaige Ineffektivitäten werden imparitätlich in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Daneben bestehen Bewertungseinheiten im Rahmen des Rückkaufs von Eigenemissionen, denen korrespondierende Verbriefte Verbindlichkeiten als Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden. Die Aktien aus Platzhaltergeschäften (Deutsche Telekom AG und Deutsche Post AG) wurden durch vertragliche Regelungen mit dem Bund gegen Kursänderungsrisiken abgesichert.

Die Terminkäufe von CO₂-Zertifikaten (nominal 98 Mio. EUR) werden gegen das Marktpreisänderungsrisiko mittels entsprechender Terminverkäufe (nominal 98 Mio. EUR) im Rahmen eines Portfolios abgesichert. Bei der Stichtagsbewertung mit Marktdaten ergibt sich per saldo eine stille Reserve von 0,8 Mio. EUR.

Aufgrund der negativen Korrelation der Wertänderungen und der vergleichbaren Risiken von Grund- und Sicherungsgeschäften haben sich zum Abschlussstichtag gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme weitestgehend ausgeglichen. Im Hinblick auf die Durchhalteabsicht der Sicherungsbeziehungen ist auch künftig von sich nahezu vollständig kompensierenden Effekten hinsichtlich des abgesicherten Risikos bis zu den vorgesehenen Fälligkeiten der Bewertungseinheiten auszugehen.

Neben den Bewertungseinheiten nach § 254 HGB fließen im Rahmen der wirtschaftlichen Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch die hierfür eingesetzten derivativen Finanzinstrumente und die zinstragenden Grundgeschäfte in die Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Die KfW steuert die Zinsmarge bzw. den Marktwert aller zinstragenden Geschäfte im Bankbuch als Gesamtheit. Zum 31.12.2011 wurde ein positiver Barwert ermittelt.

Kredite im fremden Namen für fremde Rechnung

Die Kredite im fremden Namen und für fremde Rechnung valutieren zum 31.12.2011 in Höhe von 4.317 Mio. EUR.

Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, aber einschließlich Aushilfen und Dualstudenten ist aus den vier Quartalsendständen des Berichtsjahres ermittelt.

	2011	2010
Mitarbeiterinnen	1.868	1.745
Mitarbeiter	1.896	1.798
davon: Außertariflich Eingestufte	2.564	2.441
davon: Tariflich Eingestufte	1.200	1.102
Insgesamt	3.764	3.543

BEZÜGE UND KREDITE AN MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

	Gehalt TEUR	Variable Vergütung TEUR	Sonstige Bezüge ¹⁾ TEUR	Gesamt TEUR
Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)	673,1	240,0	117,9	1.031,0
Dr. Günther Bräunig	515,8	0,0	27,2	543,0
Dr. Norbert Kloppenburg	474,0	0,0	69,7	543,7
Dr. Edeltraud Leibrock	124,5	0,0	11,4	135,9
Bernd Loewen	487,7	0,0	45,4	533,1
Dr. Axel Nawrath	473,5	0,0	104,7	578,2
Gesamt	2.748,6	240,0	376,3	3.364,9

¹⁾ Die sonstigen Bezüge bestehen im Wesentlichen aus Dienstwagennutzung, Aufwendungen für Versicherungsbeiträge sowie darauf entfallenden Steuern und Sozialabgaben. Zudem enthalten sind die Bezüge aus Aufsichtsratsmandaten in Tochterunternehmen.

Die Bezüge des Verwaltungsrats der KfW betragen 175 TEUR. Sie setzen sich strukturell wie folgt zusammen:

Die Vergütung für die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat beträgt 5 TEUR p. a., im Kreditausschuss, Präsidial- sowie im Prüfungsausschuss 0,6 TEUR p. a., jeweils anteilig bei nur unterjähriger Mitgliedschaft. Die Vergütung für Mitglieder der Bundesregierung, die aufgrund § 7 Absatz 1 Nummer 2 KfW-Gesetz Mitglied des Verwaltungsrats sind, wurde für das Geschäftsjahr 2011 auf 0 EUR festgesetzt. Ferner wurde die Vergütung für den Vorsitzenden des KfW-Verwaltungsrats und seinen Stellvertreter ebenfalls auf 0 EUR festgesetzt.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind zum 31.12.2011 46.039 TEUR zurückgestellt. Die laufenden Bezüge betragen 3.827 TEUR.

An ehemalige Vorstandsmitglieder wurden auf Basis eines Vergleichs im Berichtsjahr Einmalzahlungen in Höhe von 660 TEUR geleistet.

Der Gesamtbetrag der Kredite an Mitglieder des Vorstands betrug zum 31.12.2011 75 TEUR. Die Zinssätze liegen zwischen 3 % und 4 %. Die Restlaufzeit der Kredite betrug zum Abschlussstichtag 9,9 Jahre.

Honorar des Jahresabschlussprüfers

Die KfW nimmt die Erleichterung gemäß § 285 Nummer 17 HGB in Anspruch und verweist auf die Aufgliederung der Abschlussprüferhonorare im Konzernabschluss der KfW Bankengruppe.

Konzernzugehörigkeit

Die KfW ist zum 31.12.2011 in den Konzernabschluss der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, einbezogen. Der Konzernabschluss nach IFRS wird in deutscher Sprache im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Mandate gesetzlicher Vertreter oder anderer Mitarbeiter in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften gemäß § 267 Absatz 3 HGB

Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)

DEG - Deutsche Investitions- und
Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln
Deutsche Post AG, Bonn
Deutsche Telekom AG, Bonn

Dr. Günther Bräunig

Deutsche Pfandbriefbank AG, München
Hypo Real Estate Holding AG, München

Dr. Norbert Kloppenburg

DEG - Deutsche Investitions- und
Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln
DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Langen
KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

Bernd Loewen

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

Dr. Axel Nawrath

Saarstahl AG, Völklingen

SHS - Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA, Dillingen

Dr. Lutz-Christian Funke

IKB - Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf

Doris Köhn

ProCredit Holding AG & Co. KGaA, Frankfurt am Main

VERWALTUNGSRAT

Dr. Philipp Rösler

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Vorsitzender (seit 01.01.2012)

Stellvertretender Vorsitzender

(12.05.2011 bis 31.12.2011)

Dr. Wolfgang Schäuble

Bundesminister der Finanzen

Stellvertretender Vorsitzender

(seit 01.01.2012)

Vorsitzender

(01.01.2011 bis 31.12.2011)

Rainer Brüderle

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie a. D.

Stellvertretender Vorsitzender

(01.01.2011 bis 12.05.2011)

Ilse Aigner

Bundesministerin für Ernährung,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Norbert Barthle

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Jan Bettink

Präsident des Verbandes

Deutscher Pfandbriefbanken

Vertreter der Realkreditinstitute

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes

Großhandel, Außenhandel,

Dienstleistungen e. V.

Vertreter des Handels

Volker Bouffier

Ministerpräsident des Landes Hessen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Frank Bsirske

Vorsitzender der ver.di - Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

Vertreter der Gewerkschaften

Helmut Dedy

Ständiger Vertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages

Vertreter der Gemeinden

(seit 01.01.2012)

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK)

Vertreter der Industrie

Ingeborg Esser

Hauptgeschäftsführerin GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Vertreterin der Wohnungswirtschaft

Georg Fahrenschon

Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen a. D.

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(bis 03.11.2011)

Heinrich Haasis

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Vertreter der Sparkassen

Hubertus Heil

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Gerhard Hofmann

Mitglied des Vorstands des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)

Vertreter der genossenschaftlichen Kreditinstitute

Frank Horch

Senator der Freien und Hansestadt Hamburg

Behörde für Wirtschaft,

Verkehr und Innovation

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(seit 17.06.2011)

Bartholomäus Kalb

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Markus Kerber

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

Vertreter der Industrie

(seit 01.01.2012)

Dr. h. c. Jürgen Koppelin

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Monika Kuban

Ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages a. D.

Vertreterin der Gemeinden

(bis 31.12.2011)

Karoline Linnert

Bürgermeisterin Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Gesine Löttsch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Stefan Mappus

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg a. D.

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (bis 31.08.2011)

Claus Matecki

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vertreter der Gewerkschaften

Dr. Michael Meister

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Franz-Josef Möllenberg

Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Vertreter der Gewerkschaften

Dirk Niebel

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Norbert Röttgen

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Hanns-Eberhard Schleyer

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks a. D.

Vertreter des Handwerks

Dr. Nils Schmid

Minister für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (seit 04.11.2011)

Andreas Schmitz

Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e. V.

Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Vertreter der Kreditbanken

Dr. Werner Schnappauf

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. a. D.

Vertreter der Industrie

(bis 31.12.2011)

Carsten Schneider

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Markus Söder

Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(seit 16.12.2011)

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vertreter der Gewerkschaften

Gerd Sonnleitner

Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V.

Vertreter der Landwirtschaft

Marion Walsmann

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

und Chefin der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Norbert Walter-Borjans

Minister der Finanzen

des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Guido Westerwelle

Bundesminister des Auswärtigen

VORSTAND

Dr. Ulrich Schröder

Vorstandsvorsitzender

Dr. Günther Bräunig

Dr. Norbert Kloppenburg

Dr. Edeltraud Leibrock (seit 01.10.2011)

Bernd Loewen

Dr. Axel Nawrath

Frankfurt am Main, den 31. Januar 2012

Dr. Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender

Dr. Günther Bräunig

Dr. Norbert Kloppenburg

Dr. Edeltraud Leibrock

Bernd Loewen

Dr. Axel Nawrath

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang -unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der KfW, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW liegen in der Verantwortung des Vorstands der KfW. Unsere Aufgabe ist

es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der KfW sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der KfW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Mock, Wirtschaftsprüfer

Schweitzer, Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber:

KfW Bankengruppe

Abteilung Kommunikation

Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944

infocenter@kfw.de, www.kfw.de

Konzeption und Realisation:

MEHR Werbe- und Projektagentur, Düsseldorf

KfW Bankengruppe

Palmengartenstraße 5-9

60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0

Telefax 069 7431-2944

infocenter@kfw.de

www.kfw.de
